

# **RAUMORDNUNGSPLAN DER WOJE- WODSCHAFT NIEDERSCHLESIE**

## **TEXTTEIL**

### **AUSGEWÄHLTE KAPITEL DES RAUMORDNUNGSPLANS IN DEUTSCHER SPRACHE**

Anlage Nr. 1

zum Beschluss Nr. XIX/482/20

des Sejmik der Wojewodschaft Niederschlesien

vom 16. Juni 2020

über die Verabschiedung des Raumordnungsplans der Woje-  
wodschaft Niederschlesien





Instytut Rozwoju Terytorialnego

ul. J. Wł. Dawida 1A

50-527 Wrocław

[www.irt.wroc.pl](http://www.irt.wroc.pl)

Die Titelseite verwendet ein Foto:

<https://www.flickr.com/photos/bartku/27998912270/>

autor: Bartek Kuzia

**ERSTELLT VON:**

Instytut Rozwoju Terytorialnego [Institut für Territoriale Entwicklung]  
ul./Str. J. Wł. Dawida 1A  
50-527 Wrocław

**INSTITUTSLEITER**

Maciej Zathey

**STELLVERTRETENDE DIREKTOREN**

Magdalena Belof

Przemysław Malczewski

**VERFASSER**

Agnieszka Wałęga

**VERFASSER DES REGIONALPLANS FÜR DEN FUNKTIONALRAUM WROCŁAW**

Anna Dudziuk-Dudzik

Witold Warczewski

**AUTORENTEAM**

Robert Banasiak

Jan Blachowski

Piotr Chmiel

Renata Cieślak

Ewelina Czuksanow

Karolina Drewnicka

Anna Dudziuk-Dudzik

Konrad Giejsztor

Karolina Gmur

Marzenna Halicka-Borucka

Marta Kukuła

Kamila Lesiw-Głowacka

Wojciech Maleszka

Ewa Markowicz-Judycka

Małgorzata Mongiałło

Marta Oleszczuk

Marzena Pasak

Jarosław Patron

Magdalena Pietrukiewicz

Anna Pytlarz

Jakub Rosowski

Maciej Samulewicz

Aleksandra Sieradzka-Stasiak

Ewa Skoczeń

Robert Skrzypczyński

Ilona Szarapo

Agnieszka Wałęga

Witold Warczewski

Małgorzata Wolańska

Dariusz Zięba

**SATZ UND LAYOUT**

Olena Mykhailovska

Marta Oleszczuk

Magdalena Pietrukiewicz

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>A. WÖRTERBUCH</b>	<b>8</b>
<b>B. EINLEITUNG</b>	<b>18</b>
B.1. Rechtliche rahmenbedingungen	18
B.2. Aufbau des plans	21
<b>C. LEITBILD UND ZIELE</b>	<b>24</b>
C.1. Leitbild	24
C.2. Begründung	25
C.3. Ziele	26
C.4. ElementE DER RAUMSTRUKTURierung	29
<b>D. PERSPEKTIVEN</b>	<b>31</b>
D.1. Ziel 1. Sicherstellung der notwendigen Voraussetzungen für eine nachhaltige und gleichmäßige sozioökonomische Entwicklung im Rahmen einer den Zugang zu Dienstleistungen und zum Arbeitsmarkt gewährleistenden hierarchischen Siedlungsstruktur.	33
D.1.1. Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen.	33
D.1.2. Perspektive 1.2. Entgegenwirken von tendenzen einer voranschreitenden Peripherisierung bzw. Marginalisierung peripherer (ländlicher) Räume.	42
D.1.3. Perspektive 1.3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wojewodschaft im Bereich Investitionsförderung mittels Ausweisung optimaler Standorte für neue Investitionsvorhaben.	45
D.1.4. Perspektive 1.4. Erhöhung der räumlichen Zugänglichkeit zu den Leistungen der Daseinsvorsorge für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.	47
D.2. Ziel 2. Effiziente und nachhaltige Nutzung von Ressourcen: Schutz von Naturräumen, Landschaften und Kulturgütern	48
D.2.1. Perspektive 2.1. Schaffung eines zusammenhängenden regionalen Schutzgebietssystems im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturen.	48
D.2.2. Perspektive 2.2. Inwertsetzung kultureller Ressourcen und Landschaften.	55
D.2.3. Perspektive 2.3. Schutz und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen.	61
D.3. Ziel 3. Gewährleistung der Sicherheit aller Bürger-/innen: Gestaltung und Förderung gegenüber den Folgen des Klimawandels sowie natürlichen und anthropogenen Gefahren widerstandsfähigeN Raumstrukturen.	65
D.3.1. Perspektive 3.1. Sicherstellung von Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Energieinfrastruktur sowie einer rationalen Entwicklung erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten.	65
D.3.2. Perspektive 3.2. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine Ausstattung der Stadträume mit Anlagen und Systemen im Rahmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Abfallwirtschaft.	69
D.3.3. Perspektive 3.3. Sicherstellung von Voraussetzungen für Eine weitere Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur.	72



- D.3.4. Perspektive 3.4. Verringerung der vom Massenguttransport ausgehenden verkehrlichen Belastungen. \_\_\_\_\_ 73
- D.3.5. Perspektive 3.5. Begrenzung der negativen Auswirkungen von Extremereignissen: Hochwasser, Überschwemmungen und Dürren. \_\_\_\_\_ 74
- D.3.6. Perspektive 3.6. Begrenzung nachteiliger Auswirkungen anthropogener Tätigkeiten auf die menschliche Gesundheit und die Sicherheit der Bevölkerung. \_\_\_\_\_ 78
- D.4. Ziel 4. Gute verkehrliche Erreichbarkeit und funktionstüchtige Systeme der Verkehrsinfrastruktur. \_\_\_\_\_ 79
- D.4.1. Perspektive 4.1. Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit im Rahmen des Verkehrsnetzes TEN-V. \_\_\_\_\_ 79
- D.4.2. Perspektive 4.2. Abstimmung von Verkehrsmaßnahmen im leistungs- und grundnetz (Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen), die aus Perspektive der Raumentwicklung in der Wojewodschaft von strategischer Bedeutung sind. \_\_\_\_\_ 83

## **E. REGIONALPLAN FÜR DEN FUNKTIONALRAUM WROCLAW**

- E.1. Einleitung
- E.2. Grundlegende Unterlagen und Dokumente
- E.3. Leitbild
- E.4. Perspektiven
- E.4.1. Ertüchtigung des Verkehrssystems und des Öffentlichen Personennahverkehrs im FrWro
- E.4.2. Sicherstellung einer hohen Lebensqualität einschl. einer hohen Qualität von Investitionen unter Erhalt der Werte und Merkmale der Kulturlandschaft im FrWro
- E.4.3. Wirksamer Schutz von Naturräumen und Landschaften sowie rationale Nutzung natürlicher Ressourcen
- E.4.4. Gestaltung einer den Folgen des Klimawandels sowie nachteiliger anthropogener Einflüsse gerecht werdenden Siedlungsstruktur des FrWro

## **F. ÖFFENTLICHE INVESTITIONSVORHABEN ÜBERÖRTLICHER BEDEUTUNG**

### **G. PLANUMSETZUNG**

- G.1. Grundsätze der Planumsetzung
- G.2. Planfeststellungen zur Raumordnungspolitik auf Ebene der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien
- G.3. Für die Gemeinden verbindliche Planfeststellungen
- G.4. Empfehlungen

### **H. AUFSTELLUNGEN**

- H.1. Aufstellung Nr. 1 – Gemeinden des Funktionalraums Wrocław
- H.2. Aufstellung Nr. 2 – Gemeinden des Funktionalraums Jelenia Góra
- H.3. Aufstellung Nr. 3 - Gemeinden des Funktionalraums Legnica-Głogów
- H.4. Aufstellung Nr. 4 – Gemeinden des Funktionalraums Wałbrzych
- H.5. Aufstellung Nr. 5 – Gemeinden des grenznahen Funktionalraums

H.6. Aufstellung Nr. 6 – Gemeinden des Funktionalraums „wertvolle Naturräume“

H.7. Aufstellung Nr. 7 – Gemeinden des Funktionalraums Sudeten

H.8. Aufstellung Nr. 8 – Gemeinden in Sperrgebieten und ihren Schutzzonen, die dem Verteidigungsministerium unterstellt sind sowie in Sperrgebieten und ihren Schutzzonen, durch die Bahnstrecken verlaufen

H.9. Aufstellung Nr. 9 – Gemeinden, in denen abbauwürdige Lagerstätten regionaler und nationaler Bedeutung sowie Schutzgebiete für Grundwasser ausgewiesen wurden

#### **I. LITERATURVERZEICHNIS**

#### **J. ABBILDUNGSVERZEICHNIS**

#### **K. TABELLENVERZEICHNIS**

#### **L. ANLAGEN**

L.1. ANLAGE NR. 1. Verzeichnis öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung

L.2. ANLAGE NR. 2. Verzeichnis der Sperrgebiete und ihrer Schutzzonen, Gebiete, für die Nutzungsbeschränkungen festgelegt wurden sowie der Standorte von Unternehmen, von denen ein hohes oder erhöhtes Risiko schwerer Industrieunfälle ausgeht

L.3. ANLAGE NR. 3. Verzeichnis von Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung, die von Energieunternehmen geplant werden

L.4. ANLAGE NR. 4. Verzeichnis nachgewiesener Rohstoffvorkommen nationaler Bedeutung

L.5. ANLAGE NR. 5. Verzeichnis empfohlener Rückhaltebecken



## KARTENTEIL: GRAFIKEN UND PLANZEICHNUNGEN

- 1) Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen
- 2) Planzeichnung Nr. 2. Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter
- 3) Planzeichnung Nr. 3. Funktionalraum „wertvolle Naturräume“
- 4) Planzeichnung Nr. 4. Umweltressourcen
- 5) Planzeichnung Nr. 5. Verkehrssysteme
- 6) Planzeichnung Nr. 6. Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur
- 7) Planzeichnung Nr. 7. Abfall- sowie Wasser- und Abwasserwirtschaft
- 8) Planzeichnung Nr. 8. Sicherheit
- 9) Planzeichnung Nr. 9. Öffentliche Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung
- 10) Planzeichnung Nr. 10. Regionalplan für den Funktionalraum [Regionalzentrum] Wrocław. Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter
- 11) Planzeichnung Nr. 11. Regionalplan für den Funktionalraum [Regionalzentrum] Wrocław. Siedlungswesen und Verkehrssystem
- 12) Planzeichnung Nr. 12. Regionalplan für den Funktionalraum [Regionalzentrum] Wrocław. Grüne Infrastruktur
- 13) Planzeichnung Nr. 13. Funktionalraum [Doppelzentrum] Legnica-Głogów



## A. WÖRTERBUCH

Nachstehend werden [im Original:] in alphabetischer Reihenfolge in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien verwendete Begriffe und Abkürzungen definiert bzw. erläutert:

- 1) **Energiebilanz** – Ermittlung des gegenwärtigen und künftigen Energiebedarfs eines Gebiets im jeweils vorgesehenen Zeitraum;
- 2) **Umweltziele für Grundwasserkörper** – gem. Art. 4 Wasserrahmenrichtlinie sind dies: Verhinderung oder Begrenzung der Einleitung von Schadstoffen in das Grundwasser, Verhinderung einer Verschlechterung des Zustands aller Grundwasserkörper, Gewährleistung des Gleichgewichts zwischen Grundwasserentnahme und Grundwasserneubildung, Umsetzung aller erforderlichen Maßnahmen, um alle signifikanten und anhaltenden Trends einer Steigerung der Konzentration von Schadstoffen aufgrund der Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten umzukehren und so die Verschmutzung des Grundwassers schrittweise zu reduzieren;
- 3) **(hydromorphologische) Durchgängigkeit von Fließgewässern** – freie Bewegungsfähigkeit von Fließgewässern unter Berücksichtigung aller maßgeblichen biotischen und abiotischen Faktoren, so dass Zusammensetzung, Mengen und Altersstruktur der Wasserorganismen, insb. Fische gewährleistet werden können; als Referenzzustand gilt ein mindestens guter ökologischer Zustand oder ein gutes ökologisches Potenzial der Fließgewässer;
- 4) **Niederschlesische Radverkehrskonzept** – von der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien mit Beschluss Nr. 23847/V/17 des Vorstands der Wojewodschaft Niederschlesien vom 31. Mai 2017 verabschiedete Richtlinie zur umfassenden Fahrradmobilität, die ihrerseits die Grundlage für die Gestaltung und Förderung eines integrierten und sicheren Radverkehrs in der gesamten Region bildet;
- 5) **Naturschutzformen** – im Naturschutzgesetz vom 16. April 2004 werden folgende Kategorien des Arten- und Gebietsschutzes aufgestellt: Nationalparks; Naturschutzgebiete; Landschaftsparks; geschützte Landschaftsbestandteile; Natura 2000-Gebiete; Naturdenkmäler; Dokumentationsstandorte; geschützte Biotope; geschützte Natur- und Landschaftsbestandteile; Artenschutz: Pilze, Tiere und Pflanzen; im Einvernehmen mit Nachbarstaaten können in Grenzregionen gelegene wertvolle Naturräume ausgewiesen werden, um diese gemeinsam zu schützen;
- 6) **Hauptradweg** – entsprechend dem Niederschlesischen Radverkehrskonzept ein Verkehrs- oder für den Tourismus bedeutender Radweg, der zwischen größeren Ortschaften und den wichtigsten Verkehrszellen in der Wojewodschaft verläuft, wie ebenso zwischen den Wojewodschaften und Nachbarländern sowie wichtigsten Verkehrszellen innerhalb der Städte; der genaue Verlauf der Hauptradwege wurde im „Radwegenetzkonzept der Wojewodschaft Niederschlesien“ festgelegt, verabschiedet mit Beschluss Nr. 5425/V/18 des Vorstands der Wojewodschaft Niederschlesien vom 29. Mai 2018;
- 7) **wichtigste Verkehrsachse eines Ballungsraums** – Verlauf von Landes-, Wojewodschafts- oder Kreisstraßen mit einem Ausbaustandard von mind. „G“ (Hauptstraße) in jeweiliger Ergänzung zum regionalen Straßenverkehrsnetz;



- 8) **Bedeutende Grundwasservorkommen** – (natürlicher) Grundwasserleiter, der Grundwasser speichert und besondere Kriterien an deren Menge und Qualität erfüllt. Die bedeutendsten Grundwasservorkommen [Aquifere] sind von strategischer Bedeutung für die nationale Wasserwirtschaft;
- 9) **Tourismusinfrastruktur** – Objekte und Anlagen [Tourismusbetriebe], die der Betätigung im Rahmen des Tourismus dienen;
- 10) **Oberflächenwasserkörper** – im Sinne der Vorschriften des Art. 16 Punkt 20 Wasserrechtsgesetz vom 20. Juli 2017 ein abgegrenzter, einheitlicher und bedeutender Abschnitt eines Oberflächengewässers, wie bspw.:
  - a) ein See oder anderer natürlicher Wasserkörper,
  - b) ein künstlich angelegtes Speicherbecken,
  - c) ein Fließgewässer, Bach, Fluss oder Kanal oder ihre Teile,
  - d) innere Gewässer, Übergangsgewässer oder Küstengewässerstreifen;
- 11) **Siedlungseinheit** – Gebiet im Sinne des Art. 2 Punkt 1 des Gesetzes über die amtlichen Bezeichnungen von Ortschaften und Objekten vom 29. August 2003, d.h. ein räumlich abgegrenztes bebautes Gebiet mit Wohnstätten einschl. der erforderlichen technischen Infrastruktur, das von Menschen bewohnt wird;
- 12) **Elemente der Grünen Infrastruktur (GI)** – einzelne Gebiete und Grünflächen von besonderer Bedeutung für Umwelt und Natur, die einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt von Umweltflüssen und Biodiversität leisten und hierbei Elemente eines einheitlichen Systems zur Sicherstellung des Zugangs zu ökosystemaren Leistungen bilden. Sie werden auf der Grundlage der „Konkretisierung und Erstellung von Grundsätzen zur Ausgestaltung eines optimalen Netzwerks im Rahmen der ‚Grünen Infrastruktur‘ im Funktionalraum [Regionalzentrum] Wrocław“ festgelegt und in der Planzeichnung Nr. 12 ausgewiesen;
- 13) **Funktionalraum Jelenia Góra** – städtischer Funktionalraum, der in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien auf der Grundlage von Art. 39 Abs. 3 Punkt 4 Raumordnungs- und Raumplanungsgesetz vom 27. März 2003 als Funktionalraum von regionaler Bedeutung [Oberzentrum] festgelegt wurde; ihm zugeordnet werden Gemeinden, die die Vereinbarung über die gemeinsame Umsetzung der Strategie Integrierte territoriale Investitionen im Ballungsraum Jelenia Góra 2014-2025 vom 6. Mai 2015 unterzeichnet haben (ITI FrJG) wie ebenso Gemeinden, deren Zugänglichkeit zur Stadt Jelenia Góra aufgrund des geplanten und entsprechend umgesetzten Umbaus des Verkehrsnetzes erheblich verbessert wird; zwecks Sicherstellung des räumlichen und funktionalen Zusammenhalts sowie territorialen Kohärenz des ausgewiesenen Gebiets, wurden – um eine gemeinsame Grenze des Funktionalraums festlegen zu können – gem. Art. 49c Abs. 1 Punkt 1 Raumordnungs- und Raumplanungsgesetz vom 27. März 2003 weitere Gemeinden zugeordnet; die Grenzen des Funktionalraums werden in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen abgebildet, eine Liste der zugehörigen Gemeinden befindet sich in der Aufstellung Nr. 2;
- 14) **FrJG** – Funktionalraum Jelenia Góra, s. Punkt 13;
- 15) **Konzept Hauptradwegenetz der Wojewodschaft Niederschlesien** – wichtigstes, mit Beschluss Nr. 5425/V/18 des Vorstands der Wojewodschaft Niederschlesien vom 29. Mai 2018 verabschiedetes



- regionales Planungsinstrument im Rahmen des Niederschlesischen Radverkehrskonzepts, in dem sowohl der genaue Verlauf der Hauptradwege in der Region wie auch die Grundsätze der Radwegeplanung in der Wojewodschaft Niederschlesien festgelegt werden. Link zum Konzept: [https://irt.wroc.pl/pliki/koncepcja\\_sieci\\_glownych\\_tras\\_rowerowych/index.html](https://irt.wroc.pl/pliki/koncepcja_sieci_glownych_tras_rowerowych/index.html);
- 16) **ökologischer Korridor** – im Sinne des Art. 5 Punkt 2 Naturschutzgesetz vom 16. April 2004 eine Migrationsachse von Pflanzen, Tieren oder Pilzen;
  - 17) **ökologischer Korridor mit lokaler Funktion** – ökologischer Korridor im Sinne des Naturschutzgesetzes vom 16. April 2004, der auf lokaler Ebene für die Sicherstellung des Schutzes und der Kontinuität des Biotopverbundes von wesentlicher Bedeutung ist;
  - 18) **ökologischer Korridor überörtlicher Bedeutung** – ökologischer Korridor im Sinne des Naturschutzgesetzes vom 16. April 2004, der auf regionaler, nationaler oder internationaler Ebene für die Sicherstellung des Schutzes und der Kontinuität des Biotopverbundes von wesentlicher Bedeutung ist; der etwaiger Verlauf dieser Korridore mit überörtlichen Funktionen wurde in den Planzeichnungen Nr. 2, 3 und 10 wiedergegeben;
  - 19) **Funktionalraum Legnica-Głogów** [Doppelzentrum] – städtischer Funktionalraum, zugleich Funktionalraum Kupferindustrie, der in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien auf der Grundlage von Art. 39 Abs. 3 Punkt 4 Raumordnungs- und Raumplanungsgesetz vom 27. März 2003 als Funktionalraum von regionaler Bedeutung [Oberzentrum] festgelegt wurde; ihm zugeordnet werden sowohl Gemeinden, die bereits funktionale Verbindungen zum Kern dieses Funktionalraums aufweisen sowie Gemeinden, deren Verbindungen aufgrund des geplanten und entsprechend umgesetzten Umbaus des Verkehrsnetzes künftig erheblich verbessert werden; die Grenzen des Funktionalraums werden in den Planzeichnungen Nr. 1 Siedlungswesen sowie Nr. 13 Funktionalraum Legnica-Głogów abgebildet, eine Liste der zugehörigen Gemeinden befindet sich in der Aufstellung Nr. 3;
  - 20) **FrLG** – Funktionalraum Legnica-Głogów, s. Punkt 19 dieses Wörterbuchs;
  - 21) **lokale Planungsdokumente** – hierunter werden Flächennutzungspläne sowie Bebauungspläne der Gemeinden zusammengefasst;
  - 22) **Stadt** – Abkürzung des Worts „Stadt“, verwendet bei der Bezeichnung von Stadtgemeinden, bspw. kennzeichnet „Stadt Bolesławiec“ die Stadtgemeinde Bolesławiec; zur Bezeichnung von Stadt- und Landgemeinden sowie von Landgemeinden wird daher keine Abkürzung verwendet, bspw. kennzeichnet „Bolesławiec“ die Landgemeinde Bolesławiec, „Bardo“ die Stadt- und Landgemeinde Bardo;
  - 23) **städtischer Funktionalraum** [Verdichtungsraum] – in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien folgende festgelegte Gebiete: Funktionalraum Legnica-Głogów [Doppelzentrum], Funktionalraum Jelenia Góra [Oberzentrum], Funktionalraum Wałbrzych [Oberzentrum], Funktionalraum Wrocław [Regionalzentrum]; s. Punkte 13, 19, 57 und 65 vorliegenden Wörterbuchs;
  - 24) **Gebiete, in den die zulässigen Schadstoffbelastungen (Lustschadstoffe) überschritten werden** – Gebiete, die im Rahmen der Jahresberichte zur Luftqualität vom Wojewodschaftsamt für Umwelt-

- schutz ausgewiesen werden, in denen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität ergriffen werden müssen (Verringerung der Schadstoffbelastung);
- 25) **Optimaler Standort für neue Investitionsvorhaben** – großflächiges, im Rahmen einer multikriteriellen Entscheidungsanalyse für das Gesamtgebiet der Wojewodschaft ausgewiesenes Gebiet, in dem die günstigsten Voraussetzungen für die Entwicklung wirtschaftlicher Funktionen sowie eine Verdichtung der Bebauung mit Produktions- und Dienstleistungsstätten bestehen, wie ebenso das Stadtgebiet von Kreisstädten innerhalb der jeweiligen (von den Kreisstädten nach den von ihnen gewählten Kriterien selbst festgelegten) Verwaltungsgrenzen sowie im Sinne des Art. 7 Abs. 2 Punkt 10 des Gesetzes über die Förderung neuer Investitionsvorhaben vom 10. Mai 2018 als Vorrangkriterium zur Empfehlung optimaler Standorte für neue Investitionsvorhaben dient; die Verteilung der einzelnen Gebiete als optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben wurde in den Planzeichnungen Nr. 1, 10 und 11 abgebildet; in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten können ebenso Gebiete als optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben geltend gemacht werden, die in einer Entfernung von bis 1.000 Metern von den in den o.g. Planzeichnungen ausgewiesenen Standorten gelegen sind;
- 26) **besonders hochwassergefährdete Gebiete** – Gebiete im Sinne des Art. 16 Punkt 34 Wasserrechtsgesetz vom 20. Juli 2017, d.h.:
- a) Gebiete, in denen ein Hochwasserereignis statistisch alle 100 Jahren zu erwarten und das Hochwasserrisiko demnach als gering zu bewerten ist (HQ100),
  - b) Gebiete, in denen ein Hochwasserereignis statistisch alle 10 Jahren zu erwarten und das Hochwasserrisiko demnach als hoch zu bewerten ist (HQ10),
  - c) Gebiete zwischen der Uferlinie und einem Hochwasserschutzdamm oder einem natürlich hohen Ufer, in denen ein Hochwasserschutzdamm errichtet wurde, wie ebenso in Art. 224 genannte Inseln und Aufschlammungen, insoweit diese als Flurstücke eingetragen wurden,
  - d) wasserbaulich genutzte Randstreifen;
- 27) **von Peripherisierung bedrohte Gebiete** – Gebiete mit einem sehr geringen oder gering ausgeprägten sozialen und/oder wirtschaftlichen Entwicklungsstand, die im Rahmen der Erstellung vorliegenden Raumordnungsplans der Wojewodschaft Niederschlesien in der „Diagnose der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinden der Wojewodschaft Niederschlesien“ (IRT, Juli 2017) festgelegt wurden;
- 28) **Kulturpark** – gem. Art. 16 Denkmalschutzgesetz vom 23. Juli 2003 ein Gebiet, das mit Beschluss eines Gemeinderats (oder Zweckverbands bzw. einer Stadtverordnetenversammlung) zum Schutz der Kulturlandschaft sowie dem Erhalt von sich aufgrund seiner für die jeweilige Gemeinde oder Stadt charakteristischen, in traditioneller Bauweise errichteten Baudenkmäler unterscheidenden Kulturlandschaft eingerichtet wird; die Errichtung eines Kulturparks erfolgt auf der Grundlage des Art. 7 o.g. Gesetzes und bildet ein Instrument des Denkmalschutzes; Kulturparks werden in den Planzeichnungen Nr. 2 und 10 ausgewiesen;
- 29) **Plan** – vorliegender Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien;
- 30) **Bebauungsplan** – ortsrechtlich verbindlicher Plan u.a. zur Regelung der Bebauung von Grundstücken entsprechend den Vorschriften des Raumordnungs- und Raumplanungsgesetzes;



- 31) **Hochwasserpolder** – entsprechend Art. 16 Punkt 41 Wasserrechtsgesetz vom 20. Juli 2017 eine wasserbauliche, vom Flussbett getrennte Anlage zur zeitweisen Rückhaltung von Hochwasser, die überschwemmt und anschließend unter Einsatz von Einlauf- und Ablaufvorrichtungen selbsttätig oder kontrolliert wieder entwässert wird;
- 32) **Polnische Gebäudeklassifizierung** (PGK) – Klassifizierung im Sinne der Verordnung des Minister-rats über die Aufstellung einer Polnischen Gebäudeklassifizierung vom 30. Dezember 1999;
- 33) **Historisches Denkmal** – im Denkmalverzeichnis eingetragenes Baudenkmal oder Kulturpark von besonderer Bedeutung für das kulturelle Erbe Polens, gem. Art. 15 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz vom 23. Juli 2003 errichtet mit Verordnung des Präsidenten der Republik Polen auf Antrag des Ministers für Kultur und Nationales Erbe; die Anerkennung als historisches Denkmal gem. Art. 7 o.g. Gesetzes bildet ein Instrument des Denkmalschutzes; historische Denkmäler werden in den Planzeichnungen Nr. 2 und 10 ausgewiesen;
- 34) **sonstige Radwege** – gem. Niederschlesischem Radverkehrskonzept sowie dem Radwegenetzkonzept der Wojewodschaft Niederschlesien ein Verkehrs- oder für den Tourismus bedeutender Radweg; Verkehrswege: dienen dem Radverkehr zwischen örtlichen Quellen und Reisezielen außerhalb des Einzugsbereichs der Hauptradwege in Ergänzung des Hauptradwegenetzes; touristisch relevante Radwege: Einteilung in eintägige, der Erholung dienender Radtouren sowie Radsportwege einschl. Leistungssport;
- 35) **grenznaher Funktionalraum** – Funktionalraum, der in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien auf der Grundlage von Art. 39 Abs. 3 Punkt 4 in Verbindung mit Art. 49b Punkt 4 Raumordnungs- und Raumplanungsgesetz vom 27. März 2003 als Funktionalraum von überregionaler Bedeutung festgelegt wurde;
- 36) **Kerne der städtischen Funktionalräume** – folgende Städte:
- a) Kern des Funktionalraums Jelenia Góra (FrJG): Jelenia Góra,
  - b) Kern des Funktionalraums Legnica-Głogów (FrLG): Głogów, Legnica, Lubin und Polkowice,
  - c) Kern des Funktionalraums Wałbrzych (FrW): Wałbrzych und Świdnica,
  - d) Kern des Funktionalraums Wrocław (FrWro): Wrocław;
- 37) **Planzeichnung** – Zeichnung/Karte in der Anlage zu vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien;
- 38) **Zeichnung** – Zeichnung/Karte im Textverlauf vorliegenden Raumordnungsplans der Wojewodschaft Niederschlesien;
- 39) **Gewässerkorridor** – Migrationsachse von Fischen (Fließgewässer oder ihre Teile, die für den Erhalt der hydromorphologischen Durchlässigkeit von wesentlicher Bedeutung sind); ihre Ausweisung erfolgt zwecks Sicherstellung eines guten ökologischen Zustands oder entsprechenden Potenzials der Gewässer;
- 40) **Entwurfs- und Ausführungsstandards für die Radinfrastruktur der Wojewodschaft Niederschlesien** – Richtlinie (Beschluss Nr. 4710/V/17 des Vorstands der Wojewodschaft Niederschlesien vom 28. Dezember 2017) zur Festlegung und Umsetzung einheitlicher Grundsätze von Entwurfs- und Ausführungsstandards für die in der Wojewodschaft Niederschlesien errichteten Radinfrastruktur; die Anwendung dieser Standards ist für das Marschallamt der Wojewodschaft Niederschlesien und der ihm unterstellten Behörden und Einrichtungen verbindlich, für alle anderen Gebietskör-

perschaften (kommunale Behörden und Einrichtungen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden) dienen sie als Leitlinien im Rahmen der Planung und Umsetzung von Vorhaben zur Errichtung von Radinfrastruktur;

- 41) **Strategie Integrierte territoriale Investitionen im Funktionalraum Wrocław (ITI FrWro)** – Dokument zur Regelung von Fördervorhaben im Funktionalraum Wrocław (FrWro) im Rahmen integrierter territorialer Investitionen;
- 42) **Zone I** – Kerngebiet mit intensiver Entwicklung im FrWro: die Ausweisung der Zone erfolgte in der Planzeichnung Nr. 11; ihr gehören folgende Gemeinden an: Stadt Wrocław, Długołęka, Czernica, Siechnice, Żórawina, Kobierzyce, Kąty Wrocławskie, Miękinia, Oborniki Śląskie sowie Wisznia Mała;
- 43) **Zone II** – *innerhalb des FrWro gelegene Zone mit starker wirtschaftlicher Entwicklung*: die Ausweisung der Zone erfolgte in der Planzeichnung Nr. 11; ihr gehören folgende Gemeinden an: Stadt Oleśnica, Oleśnica, Dobroszyce, Stadt Oława, Oława, Jelcz-Laskowice, Domaniów, Strzelin, Borów, Sobótka, Jordanów Śląski, Mietków, Środa Śląska, Kostomłoty, Brzeg Dolny, Trzebnica, Prusice, Żmigród sowie Zawonia;
- 44) **Zone III** – *innerhalb des FrWro gelegene Zone mit stabiler wirtschaftlicher Entwicklung*: die Ausweisung der Zone erfolgte in der Planzeichnung Nr. 11; ihr gehören folgende Gemeinden an: Milicz, Cieszków, Krośnice, Twardogóra sowie die ff. Stadt- und Landgemeinden: Międzybórz, Syców, Bierutów, Dziadowa Kłoda, Wiązów, Przeworno, Kondratowice, Udanin, Malczyce, Wołów und Wińsko;
- 45) **Zone I FrJG, FrLG und FrW** – Zonen, die in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien innerhalb der Funktionalräume Jelenia Góra, Legnica-Głogów und Wałbrzych ausgewiesen wurden, zu denen die jeweiligen Kerne dieser Funktionalräume sowie Gemeinden gezählt werden, die enge funktionale Verbindungen mit diesen Kernen aufweisen; die Festlegung der Grenzen dieser Gebiete erfolgte auf der Grundlage der Untersuchung „Zur Reichweite (Abgrenzung) städtischer Funktionalräume der Oberzentren in der Wojewodschaft Niederschlesien, IRT, Januar 2017“, sie werden in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen wiedergegeben; eine Liste der zugehörigen Gemeinden befindet sich in den Aufstellungen Nr. 2, 3 und 4;
- 46) **Gebirgsregion innerhalb des Funktionalraums Sudeten** – das Gebiet wurde in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien als Gebiet mit Merkmalen von besonderer makroregionaler Bedeutung ausgewiesen; die Abgrenzung erfolgte auf der Grundlage der Untersuchung „Zur Reichweite (Abgrenzung) der Gebirgsregion innerhalb des Funktionalraums Sudeten, IRT, Januar 2017“; die Grenzen dieser Region werden in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen abgebildet, eine Liste der zugehörigen Gemeinden befindet sich in der Aufstellung Nr. 7;
- 47) **FrS** – Funktionalraum Sudeten, s. Punkt 50 vorliegenden Wörterbuchs;
- 48) **Flächennutzungsplan/FNP Gemeinde** – vorbereitender Bauleitplan einer Stadt oder Gemeinde entsprechend den Vorschriften des Raumordnungs- und Raumplanungsgesetzes;
- 49) **Flächennutzungsplan der Stadt Wrocław** – verabschiedet mit Beschluss Nr. L/1177/18 der Stadtverordnetenversammlung in Wrocław über die Verabschiedung des Flächennutzungsplans der Stadt Wrocław vom 11. Januar 2018);



- 50) **Funktionalraum Sudeten** – als von seiner Lage innerhalb eines Gebirgszugs gekennzeichneter Funktionalraum, der im Sinne des Art. 49b Punkt 3a Raumordnungs- und Raumplanungsgesetz vom 27. März 2003 als Funktionalraum von überregionaler Bedeutung gilt, deren Grenzen und Entwicklungsgrundsätze gem. Art. 39 Abs. 3 Punkt 4 o.g. Gesetzes in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien festgelegt wurden; als räumliche Abgrenzungseinheit innerhalb dieses Funktionalraums wurden Subregionen ausgewiesen, in deren Grenzen die in Punkt 46 dieses Wörterbuchs genannte Gebirgsregion gelegen ist; ihr gehören die in der Aufstellung Nr. 7 genannten Gemeinden an, die die „Sudetenerklärung“ über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger-/innen sowie einer rascheren wirtschaftlichen Entwicklung dieses Teil Niederschlesiens vom 11.12.2017 unterzeichnet haben; bei der „Sudetenerklärung“ handelt es sich um eine Initiative von insg. 107, in den Subregionen Wałbrzych und Jelenia Góra gelegenen Städten und Gemeinden, die gemeinsam die Entwicklungsstrategie Sudeten 2030 verfasst haben;
- 51) **Netzwerk „Grüne Infrastruktur“ im FrWro** – das Netzwerk „Grüne Infrastruktur (GI)“ umfasst natürliche und naturnahe Flächen mit unterschiedlichsten Umweltmerkmalen, die rund um Wrocław sowie in die Stadt hinein- sowie aus ihr herausführend Keile, Ringe und Verbindungen zwecks Bereitstellung eines breiten Spektrums ökosystemarer Leistungen bilden. Diese werden auf der Grundlage der „Konkretisierung und Erstellung von Grundsätzen zur Ausgestaltung eines optimalen Netzwerks im Rahmen der ‚Grünen Infrastruktur‘ im Funktionalraum [Regionalzentrum] Wrocław“ festgelegt und in der Planzeichnung Nr. 12 ausgewiesen;
- 52) **Erholungsgebiet** – öffentlicher Bereich im Sinne der Klassifizierung topologischer Objekte [Objektartenkatalog] gem. Anlage 2 zur Verordnung des Ministers des Innern und für Verwaltung über die Erstellung einer Datenbasis topographischer und allgemeiner geographischer Objekte sowie zur Aufstellung der Standards für kartographische Werke vom 17. November 2011: Kinderspielplätze, Parkanlagen, Plätze, Grünanlagen (unter Ausnahme von Grünstreifen entlang von Straßen), zoologische und botanische Gärten, Arboreten, Promenaden oder Boulevards, unter Denkmalschutz stehende Flächen und Bauten wie Burgruinen, Burganlagen, Kurgane, Sport- oder Sport- und Erholungsanlagen mit einem Anteil biologisch aktiver Flächen von mind. 60 % wie ebenso öffentliche Bereiche im Sinne des Art. 3 Punkt 2 und Art. 13b. Abs. 3 Waldgesetz vom 28. September 1991: Waldförderbestände oder andere als Waldparkplätze sowie touristisch genutzte Waldflächen, die der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge in den Bereichen Bildung, Erholung und Sport dienen;
- 53) **geschlossene Ortschaft** – Gebiet, das als Einzelobjekt in der BDOT 10k [Datenbasis topographischer Objekte] von der Objektklasse mit der Bezeichnung Bebauung und dem Code PTZB wiedergegeben wird, i.S. der Verordnung des Ministers des Innern und für Verwaltung über die Erstellung einer Datenbasis topographischer und allgemeiner geographischer Objekte sowie zur Aufstellung der Standards für kartographische Werke vom 17. November 2011;
- 54) **Grünflächen** – öffentlicher Bereich: Parks, Grünanlagen, Promenaden, Boulevards, zoologische, botanische, historische und sog. Jordan-Gärten [angelegt nach historischem Vorbild der von Henryk Jordan um die Jahrhundertwende errichteter Gärten für Kinder und Jugendliche], die der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge in den Bereichen Bildung, Erholung und Sport dienen;



- 55) **Stadtraum** – einzelne Gebiete, die jeweils als Einzelobjekt in der BDOT 10k [Datenbasis topographischer Objekte] von den Objektklassen mit den Bezeichnungen: Straßenraum und Gleisbett (Code PTKM), Deponie (Code PTSO), Abbauraum und Kipphalde (Code PTWZ), sonstiges unbebautes Gelände (Code PTNZ) sowie Platz (Code PTPL), im Sinne der Verordnung des Ministers des Innern und für Verwaltung über die Erstellung einer Datenbasis topographischer und allgemeiner geographischer Objekte sowie zur Aufstellung der Standards für kartographische Werke vom 17. November 2011;
- 56) **Bedingungen** – „Bedingungen der Raumordnung und Raumentwicklung in der Wojewodschaft Niederschlesien“, erstellt im Rahmen der Aufstellung vorliegenden Raumordnungsplans der Wojewodschaft Niederschlesien, IRT, Dezember 2017;
- 57) **Funktionalraum Wałbrzych** – städtischer Funktionalraum, der in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien auf der Grundlage von Art. 39 Abs. 3 Punkt 4 Raumordnungs- und Raumplanungsgesetz vom 27. März 2003 als Funktionalraum von regionaler Bedeutung [Oberzentrum] festgelegt wurde; ihm zugeordnet werden Gemeinden, die die Vereinbarung über die gemeinsame Umsetzung der Strategie Integrierte territoriale Investitionen im Ballungsraum Wałbrzych vom 24.02.2015 (ITI FrW) unterzeichnet haben; die Grenzen des Funktionalraums werden in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen abgebildet, eine Liste der zugehörigen Gemeinden befindet sich in der Aufstellung Nr. 4;
- 58) **Knotenpunkt in einem Ballungsraum** – sog. integrierter Umsteigeknoten [s. Punkt 72 in vorliegendem Wörterbuch] in einer Stadt mit direkter Anbindung an das Regionalzentrum Wrocław sowie Umsteigemöglichkeiten zum ÖPNV der jeweiligen Gemeinde (Anbindung an die umliegenden Ortschaften); hierbei kennzeichnend ist der Zugang zu einer modernisierten Bahninfrastruktur resp. einer Bahninfrastruktur, deren Instandsetzung geplant ist;
- 59) **nationaler Knotenpunkt** – im Plan für die nachhaltige Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im Bereich des interregionalen und internationalen Personenverkehrs im Rahmen des Bahnverkehrs (Anlagen zur Verordnung des Ministers für Infrastruktur und Bauwesen vom 8. Dezember 2016) ausgewiesener sog. integrierter Umsteigeknoten mit Umsteigemöglichkeiten von den interregionalen [zwischen den Wojewodschaften verlaufenden] Bahnverbindungen [Bahnfernverkehr] zu den Verkehrsmitteln des öffentlichen Personenfern- und nahverkehrs;
- 60) **urbaner Knotenpunkt** – im Plan für die nachhaltige Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrs in der Wojewodschaft Niederschlesien (Beschluss Nr. LV/2107/2014 des Sejmik der Wojewodschaft Niederschlesien vom 30. Oktober 2014) ausgewiesener sog. integrierter Umsteigeknoten mit Umsteigemöglichkeiten vom Regionalverkehr zu den Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis, in der Gemeinde oder der Stadt;
- 61) **städtischer Knoten des Verkehrsnetzes TEN-V** – gem. Art. 3 Buchstabe p) Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 661/2010/EU ein städtisches Gebiet, in dem die Verkehrsinfrastruktur des transeuropäischen Netzes, wie beispielsweise Häfen einschließlich Passagierterminals, Flughäfen, Bahnhöfe, Logistikplattformen und Güterterminals, die innerhalb oder in der Nähe städtischer Gebiete liegen, mit anderen Teilen dieser Infrastruktur und mit der Infrastruktur für den Nah- und Regionalverkehr verbunden ist;



- 62) **Knotenpunkt auf Kreisebene** – im Plan für die nachhaltige Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrs in der Wojewodschaft Niederschlesien (Beschluss Nr. LV/2107/2014 des Sejmik der Wojewodschaft Niederschlesien vom 30. Oktober 2014) ausgewiesener sog. integrierter Umsteigeknoten mit Umsteigemöglichkeiten von den Bahn- und Busverbindungen im Landkreis zu den Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs in der Gemeinde oder Stadt;
- 63) **multikriterielle Entscheidungsanalyse für das Gesamtgebiet der Wojewodschaft Niederschlesien** – im Rahmen der Aufstellung vorliegenden Raumordnungsplans der Wojewodschaft Niederschlesien erstellte Analyse;
- 64) **FrW** – Funktionalraum Wałbrzych, s. Punkt 57 in vorliegendem Wörterbuch;
- 65) **Funktionalraum Wrocław** – städtischer Funktionalraum [Regionalzentrum] des Wojewodschaftszentrums im Sinne des Art. 49b Punkt 1 Raumordnungs- und Raumplanungsgesetz vom 27. März 2003, deren Grenzen und Entwicklungsgrundsätze gem. Art. 39 Abs. 3 Punkt 4 o.g. Gesetzes in vorliegendem Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien festgelegt wurden; die Grenzen dieses Funktionalraums werden in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen sowie den Planzeichnungen Nr. 10, 11 und 12 abgebildet, eine Liste der zugehörigen Gemeinden befindet sich in der Aufstellung Nr. 1;
- 66) **FrWro** – Funktionalraum Wrocław, s. Punkt 65 vorliegenden Wörterbuchs;
- 67) **Leitlinien** – Leitlinien bzw. Vorgaben der von den Gemeinden und Städten aufgestellten Flächennutzungspläne für die jeweiligen Bebauungspläne gem. Art. 6 Punkte 1, 2 und 5 der Verordnung des Ministers für Infrastruktur über den Umfang von Entwürfen der von den Gemeinden und Städten aufgestellten Flächennutzungspläne vom 28. April 2004;
- 68) **Bebauung mit besonderen Anforderungen an den Lärmschutz** – in Art. 113 Abs. 2 Punkt 1 Umweltschutzgesetz vom 27. April 2001 benannte Gebäude, die als Wohngebäude, Krankenhaus, Seniorenheime der Sozialfürsorge, Gebäude, in denen sich ständig oder zeitweise Kinder und Jugendliche aufhalten, zu Kur- und Erholungszwecken sowie von kleingewerblichen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben genutzt werden und für die zulässige Schalldruckpegel entsprechend der Einzelpegel  $L_{DN}$ ,  $L_N$ ,  $L_{Aeq D}$  und  $L_{Aeq N}$  festgelegt wurden;
- 69) **Sportgelände** – Gebiet, in dem Sport- und Erholungsanlage im Sinne der Polnischen Gebäudeklassifizierung (Gruppe 241) errichtet wurden;
- 70) **Grüne Infrastruktur** – strategisch geplantes Netzwerk natürlicher und naturnaher Flächen mit unterschiedlicher naturräumlicher Ausstattung zwecks Bereitstellung eines breiten Spektrums ökosystemarer Leistungen, wie bspw. Herstellung von Lebensmitteln, Rückhalt von Wasser, Erhalt der Biodiversität, Gewährleistung einer guten Luftqualität, Bereitstellung von Erholungsflächen, Klimaschutz sowie Anpassung an den Klimawandel; dieses Netzwerk mit seinen „grünen“ (an Land gelegenen) und „blauen“ (Wasser-) Flächen dient einer Verbesserung der Umweltbedingungen und damit der Gewährleistung einer guten Lebensqualität der Menschen;
- 71) **Empfehlungen** – insoweit im Text die Formulierung „empfohlen (wird)“ verwendet wird, handelt es sich um eine Empfehlung des Vorstands der Wojewodschaft Niederschlesien, die für die Gemeinden bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen keine verbindliche Festlegung darstellt;





- 72) **integrierter Umsteigeknoten** – gem. Art. 4 Abs. 1 Punkt 27 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr ein mit der hierzu erforderlichen Infrastruktur ausgestatteter Knotenpunkt, der den bequemen Wechsel von Verkehrsmitteln gestattet, insbesondere: Halte- und Stellplätze, Haltestellen, Fahrkartenschalter und -automaten, Fahrplanauskünfte (Fahrpläne, Linien, Streckennetzpläne, Tarifzonen, etc.);
- 73) **Rohstofflagerstätte** – Gebiet im Sinne des Art. 6 Abs. 1 Punkt 19 Berg- und Geologierecht vom 9. Juni 2011, bezeichnet als natürliche Ansammlung von Erzen, Gestein und andere Mineralien sowie weiteren Bodenschätzen, deren Abbau mit wirtschaftlichen Nutzen verbunden sein kann;
- 74) **Produktions- und/oder Dienstleistungsstandort** – funktionalräumlich abgegrenztes Gebiet mit einer Fläche von mindestens ca. 10 ha mit jeweils einzeln ausgewiesenen Flächen im Sinne der Bezeichnungen für die Nutzung eines Gebiets gem. Anlage Nr. 1 zur Verordnung des Ministers für Infrastruktur über den Umfang von Entwürfen vorhabenbezogener Bebauungspläne vom 26. August 2003, d.h. Dienstleistungsbetriebe, Einkaufszentren mit einer Verkaufsfläche von mehr als 2.000 m<sup>2</sup>, Produktionsstätten, Lagerhallen und Speicher einschl. Zufahrts- und Betriebswege, technischer Infrastruktur sowie im Rahmen ihres Betriebs angelegter Grünflächen, in denen mehrere Unternehmen tätig sind oder das von einem einzigen Unternehmen in Anspruch genommen wird.



## B. EINLEITUNG

### B.1. RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Rechtsgrundlage für die Aufstellung vorliegenden Raumordnungsplans der Wojewodschaft Niederschlesien („Plan“) bildet der Beschluss Nr. IX/118/15 des Sejmik [Wojewodschaftstag] der Wojewodschaft Niederschlesien über die Fortschreibung des Raumordnungsplans der Wojewodschaft Niederschlesien vom 30. April 2015 sowie Art. 39 Raumordnungs- und Raumplanungsgesetz vom 27. März 2003.<sup>1</sup>

Entsprechend den Vorgaben des Art. 39 Abs. 3 o.g. Gesetzes berücksichtigt der Raumordnungsplan der Wojewodschaft sowohl die Festlegungen der Entwicklungsstrategie der Wojewodschaft wie auch die Empfehlungen und Rückschlüsse der Landschaftsprüfung. In vorliegendem Plan fanden die Festlegungen der Entwicklungsstrategie für die Wojewodschaft Niederschlesien 2030 Berücksichtigung. Da eine Landschaftsprüfung nicht vorliegt, enthält der Plan keine diesbezüglichen Empfehlungen und Rückschlüsse.

Gemäß Art. 39 Abs. 6 o.g. Gesetzes bildet der Regionalplan für den städtischen Funktionalraum des Wojewodschaftszentrums einen Bestandteil des Plans. In vorliegendem Plan ist dies der Regionalplan für den Funktionalraum Wrocław in Teil E sowie den Planzeichnungen Nr. 10, 11 und 12.

Die einzelnen Elemente, die gem. Art. 39 Abs. 3 im Raumordnungsplan der Wojewodschaft bestimmt werden sollen, wurden in vorliegendem Plan wie folgt bestimmt:

- 1) wichtigste Elemente der Siedlungsstruktur in der Wojewodschaft sowie ihrer Verkehrs- und infrastrukturellen Verflechtungen einschl. der grenzüberschreitenden (Verkehrs-)Infrastruktur:
  - a) die wichtigsten Elemente der Siedlungsstruktur wurden in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen dargestellt;
  - b) Verkehrsverflechtungen unter Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur wurden in der Planzeichnung Nr. 5. Verkehrssysteme dargestellt;
  - c) infrastrukturellen Verflechtungen unter Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Infrastruktur wurden in den Planzeichnungen Nr. 6 Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur und Nr. 7 Abfall- sowie Wasser- und Abwasserwirtschaft dargestellt;
- 2) Schutzgebietssystem unter besonderer Berücksichtigung des gebietsbezogenen Schutzes von Umwelt- und Naturgütern, Kulturlandschaften, Kurgeländen sowie des kulturellen Erbes und Kulturgütern der Moderne:
  - a) Gebiete zum Schutz von Umwelt- und Naturgütern, Kulturlandschaften sowie des kulturellen Erbes wurden in der Planzeichnung Nr. 2. Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter ausgewiesen;
  - b) Kurgelände wurden in der Planzeichnung Nr. 4. Umweltressourcen als gesonderte Schutzgebiete in den Kategorien A, B und C ausgewiesen;
  - c) Gebiete zum Schutz von Kulturgütern der Moderne wurden im Plan nicht festgelegt, da eine Bewertung und Aufstellung von unter Schutz zu stellender Kulturgüter der Moderne nicht vorliegt; die Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien verfügt über keine da-

<sup>1</sup> [poln. GBl.] Dz.U. 1945.2018 Mit spät.Änd.

hingehende Kompetenzen/Zuständigkeiten, der Denkmalschutzbeauftragte der Wojewodschaft führt keine Liste mit diesen Kulturgütern; nur in einigen Gemeinden wurde ihr Schutz auf der Grundlage ortsrechtlich verbindlicher Dokumente festgelegt, was jedoch keinen komplexen Zugang zum Schutz von Kulturgütern der Moderne auf Ebene der gesamten Wojewodschaft sicherstellt;

- 3) Öffentliche Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung wurden in der Planzeichnung Nr. 9. Öffentliche Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung sowie in der Aufstellung dieser Vorhaben und ihrer Standorte in der Anlage Nr. 1 Aufstellung öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung dargelegt;
- 4) Grenzen und Entwicklungsgrundsätze von Funktionalräumen überregionaler Bedeutung sowie Grenzen und Entwicklungsgrundsätze von Funktionalräumen regionaler Bedeutung wurden im Rahmen des in der nachstehenden Tabelle verdeutlichten Verfahrens festgelegt (Tabelle 1). Zu den Funktionalräumen überörtlicher Bedeutung zählen in der Wojewodschaft Niederschlesien vier siedlungsstrukturelle Gebietstypen:<sup>2</sup> der städtische Funktionalraum des Wojewodschaftszentrums, der ländliche Raum, der Grenzraum sowie ein von seiner Lage innerhalb eines Gebirgszugs gekennzeichneter Funktionalraum.<sup>3</sup> Auf der Grundlage eines Schreibens des Ministers für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums<sup>4</sup> als für den Erlass von auf den ländlichen Raum bezogener Verordnungen zuständiger Behörde wurde von der Festlegung dieses Gebietstyps in vorliegendem Plan Abstand genommen; als Funktionalräume von regionaler Bedeutung wurden aufgrund ihrer erheblichen Bedeutung für die Raumordnungs- und Entwicklungspolitik der Wojewodschaft einzelne städtische Funktionalräume sowie ein Funktionalraum „wertvolle Naturräume“ festgelegt;

Tabelle 1. Im Plan festgelegte Funktionalräume.

Bezeichnung des Funktionalraums	Bedeutung/Gebietstyp	Festlegung der Gebietsgrenzen	Festlegung der Entwicklungsgrundsätze
Funktionalraum Wrocław [Regionalzentrum]	überregional/städtischer Funktionalraum des Wojewodschaftszentrums	Planzeichnungen: • Nr. 1. Siedlungswesen, • Nr. 10. Regionalplan für den Funktionalraum Wrocław. Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter • Nr. 11. Regionalplan für den Funktionalraum Wrocław. Siedlungswesen und Verkehrssystem • Nr. 12. Regionalplan für den Funktionalraum Wrocław. Grüne Infrastruktur	Tabelle 11 Tabellen 19 bis 29
Funktionalraum Jelenia Góra [Oberzentrum]	regional/ städtischer Funktionalraum eines regionalen Zentrums	Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen	Tabelle 4 Tabelle 11
Funktionalraum Legnica-Głogów [Oberzentrum:]	regional/ städtischer Funktionalraum eines regionalen Zentrums	Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen Planzeichnung Nr. 13. Funktionalraum Legnica-Głogów	Tabelle 4 Tabelle 11

<sup>2</sup> Art. 49a und 49b Raumordnungs- und Raumplanungsgesetz vom 27. März 2003 ([poln. GBl.] Dz. U. 2018.1945 mit spät. Änd.).

<sup>3</sup> Da bislang keine Verordnung zur Regelung der detaillierten Bedingung zur Festlegung von Funktionalräumen und ihren Grenzen, wie in Art. 49d Abs. 5 und 6 o.g. Gesetzes bestimmt, vorliegen, wurden die Grenzen dieser Funktionalräume auf der Grundlage von den Autoren eigenständig aufgestellter Kriterien festgelegt.

<sup>4</sup> Schreiben SAR-an-bk-667-1/16(772) vom 14. April 2016.



Bezeichnung des Funktionalraums	Bedeutung/Gebietstyp	Festlegung der Gebietsgrenzen	Festlegung der Entwicklungsgrundsätze
Doppelzentrum in Funktionsergänzung]	sowie subregionaler Zentren, Funktionalraum Kupferindustrie		
Funktionalraum Wałbrzych [Oberzentrum]	regional/ städtischer Funktionalraum eines regionalen Zentrums sowie subregionaler Zentren	Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen	Tabelle 4 Tabelle 11
grenznaher Funktionalraum	überregional/grenznah gelegener Funktionalraum	Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen	Tabelle 5, Tabelle 9 Tabelle 11
Funktionalraum Sudeten	überregional/ als von seiner Lage innerhalb eines Gebirgszugs gekennzeichnete Funktionalraum	Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen	Tabelle 9 Tabelle 15 Tabelle 11
Funktionalraum „wertvolle Naturräume“	regional/Funktionalraum „wertvolle Naturräume“	Planzeichnung Nr. 3. Funktionalraum „wertvolle Naturräume“	Tabelle 8 Tabelle 11

Quelle: eigene Erhebungen und Untersuchungen.

- 5) Besonders hochwassergefährdete Gebiete wurden in der Planzeichnung Nr. 8. Sicherheit auf der Grundlage der am 15. April 2015 vom Präsidenten des Landesvorstands für Wasserwirtschaft übermittelten Hochwassergefahren- (HGK) und Hochwasserrisikokarten (HRK) ausgewiesen; für Flussabschnitte, für die solche Karten bislang nicht erstellt wurden, behalten die jeweiligen Studien zum Hochwasserschutz<sup>5</sup> bis zum Zeitpunkt der Erstellung und den zuständigen Behörden übermittelten Hochwassergefahrenkarten ihre Gültigkeit; dies soll im nächsten Planungshorizonten erfolgen; in der Wojewodschaft Niederschlesien hiervon betroffen sind die Kamienica und der Kamienny Potok; gemäß den Vorgaben des *Wasserrechtsgesetzes*<sup>6</sup> vom 20. Juli 2017, sind in besonders hochwassergefährdeten Gebieten, d.h. auf hochwassergefährdeten Flächen mit jeweils statistischen Hochwasserabflüssen von HQ100 (sog. 100-jährliche Hochwasser; mittleres Risiko) und HQ10 (sog. 10-jährliche Hochwasser; hohes Risiko) sowie zwischen der Uferlinie und einem Hochwasserschutzdamm oder einem natürlich hohen Ufer gelegene Flächen einschl. wasserbaulich genutzter Randstreifen, Nutzungsbeschränkungen sowie die Pflicht zur Abstimmung von Festlegungen der Flächennutzung im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung mit dem Staatlicher Wasserwirtschaftsbetrieb „Polnische Gewässer“ vorgesehen. Darüber hinaus ist gem. Art. 390 Wasserrechtsgesetz im Rahmen des baurechtlichen Genehmigungsverfahrens neuer Vorhaben, die mit erheblichen Umweltauswirkungen einhergehen können sowie neuer Bauvorhaben die gesonderte Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis erforderlich; eine solche Erlaubnis muss ebenso erteilt werden, wenn in besonders hochwassergefährdeten Gebieten Abwässer gelagert werden sollen, vorbehaltlich des Erlasses eines in Art. 77 Abs. 3 o.g. Gesetzes genannten Bescheids.
- 6) die Grenzen von Sperrgebieten und ihren Schutzzonen wurde wie folgt festgelegt:

<sup>5</sup> Art. 549 Wasserrechtsgesetz vom 20. Juli 2017 ([poln. GBl.] Dz.U. 2018.2268 mit spät. Änd.).

<sup>6</sup> Wasserrechtsgesetz vom 20. Juli 2017 ([poln. GBl.] Dz.U. 2018.2268 mit spät. Änd.).

- a) in der Planzeichnung Nr. 8. Sicherheit wurden militärische Sperrgebiete unter Berücksichtigung von Schutzbelangen der Verteidigung und öffentlichen Sicherheit ausgewiesen, eine Aufstellung dieser Gebiete und Schutzzonen erfolgte in der Anlage Nr. 2. Aufstellung von Sperrgebieten und ihren Schutzzonen;
  - b) in Kapitel H.8 Textteil vorliegenden Plans wurde eine Aufstellung aller Gemeinden vorgenommen, die sowohl in dem Verteidigungsressort unterstellten Sperrgebieten und ihren Schutzzonen gelegen sind, als auch in Sperrgebieten, durch die Bahnstrecken verlaufen; die Grenzen dieser Gemeinde werden in der Zeichnung Nr. 10. Sperrgebiete sowie Gebiete mit Nutzungsbegrenzungen in der Wojewodschaft Niederschlesien 2019 dargestellt.
- 7) Gebiete mit nachgewiesenen Rohstoffvorkommen sowie natürliche CO<sub>2</sub>-Lagerstätten:
- a) Gebiete mit nachgewiesenen Rohstoffvorkommen wurden in der Planzeichnung Nr. 4. Umweltressourcen dargestellt,
  - b) natürliche CO<sub>2</sub>-Lagerstätten zur unterirdischen Lagerung von Kohlendioxid-Emissionen wurden in der Wojewodschaft Niederschlesien nicht nachgewiesen.

## B.2. AUFBAU DES PLANS

Der Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien gliedert sich in einen Textteil sowie einen Kartenteil mit dreizehn Planzeichnungen, die im Anschluss an das Inhaltsverzeichnis aufgeführt werden.

Die Aufstellung des Plans erfolgte im Rahmen dreier Hauptabschnitte (Abbildung 1), in denen Leitbild, Bedingungen sowie Entwicklungsperspektiven der Raumordnung und Raumplanung in der Wojewodschaft formuliert wurden.

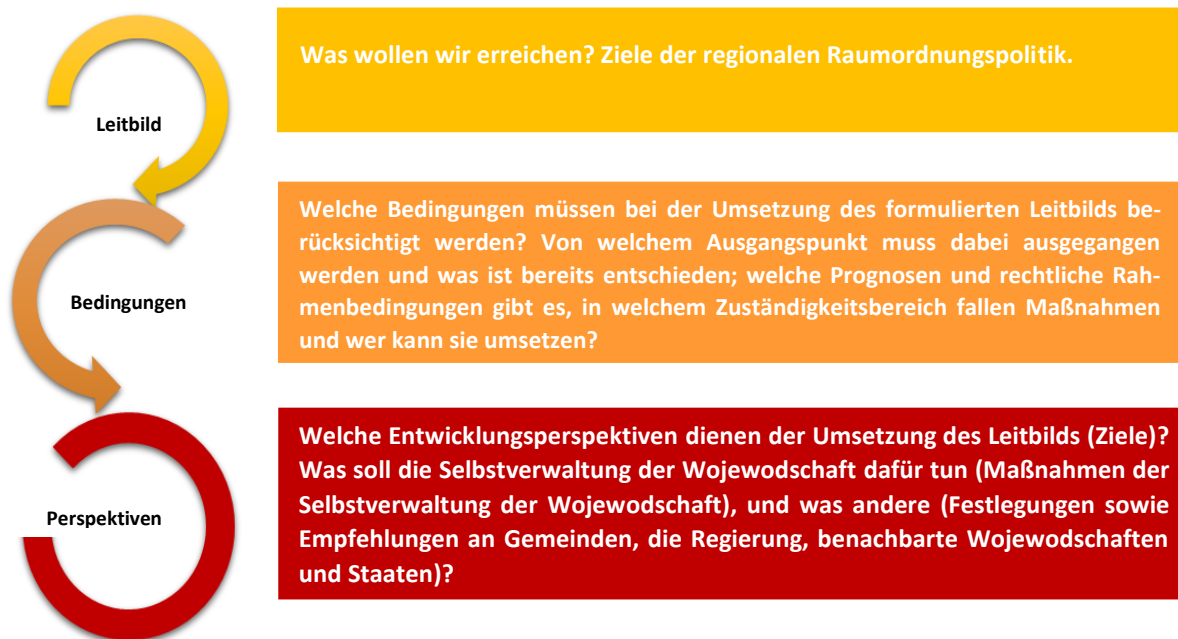
Das Leitbild der Raumentwicklung in der Wojewodschaft („Leitbild“) wurde in Kapitel C des Textteils formuliert. Hierbei handelt es sich um die Beschreibung eines im Planungshorizont bis 2030 zu erreichenden raumordnerischen Zielwerts des Plangebiets. Die Formulierung des Leitbilds erfolgte unter Heranziehung von vier Zielen, deren Umsetzung die Selbstverwaltung der Wojewodschaft anstrebt.

Die (Vor-)Bedingungen der Raumordnung und Raumentwicklung in der Wojewodschaft („Bedingungen“) im Sinne einer Bewertung der die Umsetzung des formulierten Leitbilds bedingenden sowohl bestehenden wie auch künftigen Bedingungen sowie Entwicklungsfaktoren bilden keinen eigenen Bestandteil des Plans, wurden jedoch in einer gesonderten Untersuchung vorgelegt.<sup>7</sup> Hierbei handelt es sich um eine Analyse der erhobenen Daten und Vorbedingungen einschl. der bisherigen Trends, wie ebenso der erwarteten Änderungen. Die Grundlage für die Bewertung dieser Ausgangssituation bildete eine Diagnose des Ist-Zustands der bei raumordnerischen Feststellungen zu berücksichtigenden Strukturen, die entsprechend im Bericht über den Ist-Zustand der Raumordnung sowie der sozio-ökonomischen Entwicklung der Wojewodschaft Niederschlesien<sup>8</sup> sowie in eigens im Rahmen der Planaufstellung erstellter diagnostischer Analysen (für eine Aufstellung dieser Analysen s. das Literaturverzeichnis) vorgelegt wurden.

<sup>7</sup> Bedingungen der Raumordnung und Raumentwicklung in der Wojewodschaft Niederschlesien, IRT, Dezember 2017.

<sup>8</sup> Beschluss Nr. 3916/V/2017 des Vorstands der Wojewodschaft Niederschlesien über die Verabschiedung der Dokumente „Bericht über den Ist-Zustand der Raumordnung sowie der sozio-ökonomischen Entwicklung der Wojewodschaft Niederschlesien“ und „Überprüfung der Umsetzung der im Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien (Planungshorizont 2020) genannten öffentlichen Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung“ vom 12. Juni 2017.

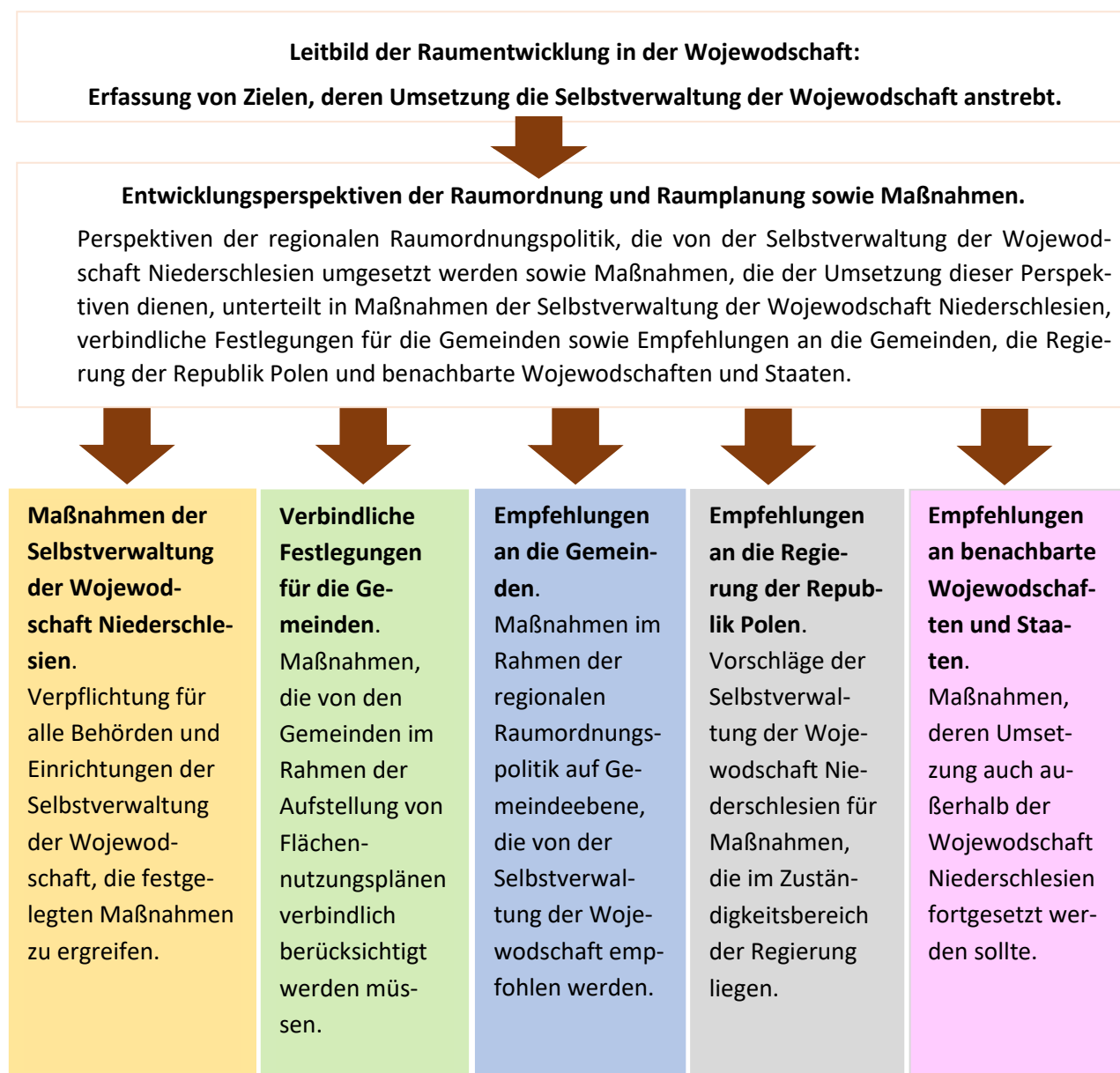
Abbildung 1. Schematische Darstellung des Aufstellungsverfahrens



Die Entwicklungsperspektiven der Raumordnung und Raumplanung in der Wojewodschaft („Perspektiven“) wurden in Kapitel D des Textteils für die gesamte Wojewodschaft sowie in Kapitel E für den Funktionalraum Wrocław festgelegt. Diesen Perspektiven untergeordnet wurde die Umsetzung von vier Zielen. Jede der Perspektiven wurde kurz begründet und mittels fünf Maßnahmenkategorien dargelegt (Abbildung 2): Maßnahmen der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien, Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen, Empfehlung an die Gemeinden, Empfehlungen an die benachbarten Wojewodschaften und Staaten sowie Festlegungen (i.S.v. Vorgaben), die von den Gemeinden im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen verbindlich berücksichtigt werden müssen, unterteilt in Grundsätze der Entwicklung und Nutzung von Funktionalräumen sowie öffentlichen Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung. Eine Ausnahme hiervon bildet der Regionalplan für den Funktionalraum Wrocław in Kapitel E, in dem neben den vorgenannten fünf Maßnahmenkategorien ebenso Empfehlungen an die Landkreise formuliert wurden. Die im Textteil festgelegten Perspektiven bilden eine Gesamtheit mit den in den Planzeichnungen vorgenommenen Darstellungen, in denen die jeweiligen Inhalte nochmals in Informationen, Festlegungen und Empfehlungen (Tabelle 2) unterteilt wurden.

In Kapitel F des Textteils sowie in der Anlage Nr. 1 wurden Festlegungen hinsichtlich der Standorte öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung getroffen. Hierbei handelt es sich um Investitionsvorhaben, die vom Sejm, vom Ministerrat, von den zuständigen Ministerien oder vom Sejmik der Wojewodschaft Niederschlesien ausgewiesen wurden. Die jeweiligen Standorte dieser Investitionsvorhaben wurden in der Planzeichnung Nr. 9 dargestellt. Diese Vorhaben wurden ebenso in den Kapiteln D näher bezeichnet, da sie von den Gemeinden im Rahmen der Festlegungen vorliegenden Plans verbindlich zu berücksichtigen sind, wo sie zugleich den einzelnen Zielen und Perspektiven untergeordnet wurden. Die Anlage Nr. 1 enthält wiederum eine Aufstellung mit allen Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung, die auf nationaler und auf Wojewodschaftsebene festgelegt wurden.

Abbildung 2. Strukturierung der Inhalte im Textteil des Plans





## C. LEITBILD UND ZIELE

### C.1. LEITBILD

Der Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien („Plan“) bestimmt die von der Selbstverwaltung der Wojewodschaft verfolgte regionale Raumordnungspolitik. Den Ausgangspunkt zur Ausrichtung und Umsetzung dieser Politik bildet das Leitbild der Raumentwicklung in der Wojewodschaft, welches zugleich ihr Hauptziel vorgibt, d.h. denjenigen Zustand, den die Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien zu erreichen wünscht, indem sie den Raum als gemeinsames Wohl definiert.

**Das Leitbild der Raumentwicklung in der Wojewodschaft lautet:**

**Eine Region, vielfältige Räume, kohärente Entwicklung, unterschiedlichste Potenziale:  
Niederschlesien 2030.**

Dieses für die regionale Raumordnungspolitik der Wojewodschaft Niederschlesien formulierte Leitbild ordnet sich in die auf europäischer und nationaler wie auch auf regionaler Ebene selbst formulierten Leitvorstellungen der Entwicklungspolitik ein; diese werden von der Europäischen Union, von der Regierung der Republik Polen sowie von der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien u.a. in den folgenden Entwicklungsstrategien vorgelegt:

- regionale Entwicklungspolitik, festgelegt in der Entwicklungsstrategie für die Wojewodschaft Niederschlesien 2030,<sup>9</sup>
- Gemeinsames Zukunftskonzept 2030 für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum: Vision 2030,<sup>10</sup>
- nationale Raumordnungspolitik, festgelegt im Nationalen Raumentwicklungskonzept 2030,<sup>11</sup>
- nationale Entwicklungspolitik, festgelegt in der Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung bis 2020 (mit Planhorizont bis 2030)<sup>12</sup> sowie sektoralen Entwicklungsstrategien,
- Entwicklungspolitik der Europäischen Union, festgelegt in der Strategie Europa 2020 sowie in Branchenstrategien,
- Entwicklungspolitik der Vereinten Nationen, festgelegt in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Zu den gemeinsamen Prioritäten dieser Strategien zählen:

- intelligente Entwicklung, basierend auf Wissen und Innovation,
- nachhaltige Entwicklung, die effektiv Ressourcen einsetzt sowie umweltfreundlich und wettbewerbsfähig ist,

<sup>9</sup> Beschluss Nr. L/1790/18 des Sejmik der Wojewodschaft Niederschlesien über die Verabschiedung der Entwicklungsstrategie für die Wojewodschaft Niederschlesien 2030 vom 20. September 2018.

<sup>10</sup> Verabschiedet vom Ausschuss für Raumordnung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit am 1. Dezember 2016.

<sup>11</sup> Beschluss Nr. 239 des Ministerrats über die Verabschiedung des Nationalen Raumentwicklungskonzepts 2030 vom 13. Dezember 2011, veröffentlicht im polnischen Amtsblatt (Monitor Polski) vom 27. April 2012, Pos. 252.

<sup>12</sup> Beschluss Nr. 8 des Ministerrats über die Verabschiedung der Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung bis 2020 (mit Planhorizont bis 2030) vom 14. Februar 2017, veröffentlicht im polnischen Amtsblatt (Monitor Polski) vom 15. März 2017, Pos. 260.



- auf soziale Teilhabe und Integration ausgerichtete Entwicklung, die soziale und territoriale Kohärenz sicherstellt.

Das Leitbild der Raumentwicklung in der Wojewodschaft Niederschlesien stimmt mit dem in der Entwicklungsstrategie für die Wojewodschaft Niederschlesien 2030 formulierten Leitbild überein,<sup>13</sup> demzufolge die Niederschlesien 2030 eine u.a. umweltfreundliche, moderne und wettbewerbsfähige Region, gekennzeichnet von einer gleichmäßigen Entwicklung ihrer einzelnen Gebietsteile ist, die gemeinsam der Umsetzung des übergeordneten Ziels „Harmonische Entwicklung der Region sowie eine hohe Lebensqualität der Bevölkerung Niederschlesiens“ verpflichtet sind. Zugleich berücksichtigt dieses Leitbild die Festlegungen des Nationalen Raumentwicklungskonzepts 2030 (NREK 2030), welches das auf den folgenden fünf Merkmalen der nationalen Raumentwicklungspolitik beruhende raumordnerische Leitbild für Polen 2030 festlegt: Wettbewerbsfähigkeit und Innovativität, interne Kohärenz, Reichtum natürlicher Ressourcen und biologische Vielfalt, Sicherheit sowie räumliche Ordnung.

## C.2. BEGRÜNDUNG

Von besonderem Vorteil für die Raumordnung in der Wojewodschaft Niederschlesien ist ihre Vielfalt der Entwicklungspotenziale. Die Grundlage der regionalen Raumordnungspolitik bildet daher die zielgerichtete Inwertsetzung dieser Potenziale, um eine aus sehr vielfältigen, sich gegenseitig ergänzenden Räumen bestehende Region herauszubilden. Zugleich ist es wichtig sicherzustellen, dass die Entwicklung dieser einzelnen Teile der Region unter Berücksichtigung ihres territorialen Zusammenhalts kohärent erfolgt und damit eine Gestaltung harmonisch miteinander verflochtener einzelner Raumstrukturen ermöglicht.

Die Kohärenz im Kontext von Raumordnung und Raumentwicklung umfasst drei Aspekte: der erste Aspekt nimmt dabei Bezug auf all diejenigen Elemente, die ein kohärentes und integriertes System bilden sollten, um ihre ordnungsgemäße Funktionsweise zu ermöglichen (insb. Energieversorgung, Verkehrssysteme, Naturräume und ihre Funktionen). Dies erfordert eine systemisch aufeinander abgestimmte Planung ihrer Entwicklung, gezielte Ver- und Anbindungen an ebenso lokale wie überregionale und europäische Infrastrukturen sowie die Vorhaltung von Gebieten, die zu ihrer Umsetzung erforderlich sind. Die Ausweisung überörtlicher Systeme im Raumordnungsplan der Wojewodschaft, d.h. dem einzigen Planungsinstrument der Raumordnung für ein Gebiet, das größer als eine einzige Gemeinde ist, stellt somit ihre Kohärenz sicher und ermöglicht es erst, hierbei auf eine einheitliche Art und Weise die auf Gemeindeebene aufgestellten Pläne zu berücksichtigen.

Der zweite Aspekt betrifft die Siedlungsstruktur und bildet damit bereits ein gestalterisches Element regionaler Entwicklungspolitik, u.a. ebenso die Raumordnungspolitik auf regionaler Ebene, die hier auf dem Aufbau und der Ausgestaltung von Kooperationsnetzwerken sowie funktionaler und Verkehrsverflechtungen beruht und den somit Einbezug von Städten sowie von Peripherisierung betroffener Räume in die Entwicklungsprozesse begünstigen.

Der dritte Aspekt nimmt wiederum Bezug auf Funktionalräume, in denen eine kohärente Entwicklungsplanung, u.a. die Raumplanung, eine Chance für die Lösung spezifischer Problemen sowie die Inwertsetzung ihrer Potenziale bildet. Eine auf die Integration raumplanerischer Ansätze gerichtete Zusammenar-

<sup>13</sup> Beschluss Nr. L/1790/18 des Sejmik der Wojewodschaft Niederschlesien über die Verabschiedung der Entwicklungsstrategie für die Wojewodschaft Niederschlesien 2030 voStadt20. September 2018.



beit ist gerade in städtischen Funktionalräumen sowie gleichermaßen von massenhafter Abwanderung wie auch von einer intensiven Zuwanderung und den damit einhergehenden Änderungen der jeweiligen Siedlungsstrukturen betroffene Gebiete von besonderer Bedeutung; gleiches gilt für grenznah gelegene Räume, für die ein grenzüberschreitendes Planungsverfahren erforderlich ist, sowie für in Gebirgen gelegene Räume, deren touristische Attraktivität einhergeht mit erschwerten Investitionsbedingungen.

Im Rahmen der Gestaltung von Raumordnungspolitik muss stets berücksichtigt werden, dass der Raum eine begrenzte Ressource darstellt und daher rational und effizient unter Berücksichtigung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung genutzt werden muss. Dies bedeutet wiederum, Räume entsprechend ihrer aktuellen und potenziellen Prädisposition zu nutzen und hierbei soziale, wirtschaftliche und Umweltaspekte bzw. Belange zu berücksichtigen sowie gleichzeitig schutzbedürftige Ressourcen und eventuelle Gefährdungen und mögliche Konflikte zu beachten. Sich an dieser Regel ausrichtend müssen u.a. ökologische Potenziale erhalten, die biologische Vielfalt der Lebensräume geschützt, die Begrenztheit natürlicher Ressourcen respektiert, hohe Umweltschutzstandards sowie die Verbesserung der Umweltqualität gewährleistet, Umweltverschmutzung verhindert und ggf. begrenzt sowie ein nachhaltiger Konsum und eine nachhaltige Produktion von Gütern gefördert werden. Die Sicherstellung nachhaltiger Entwicklungsbedingungen sowie eine effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen sind besonders in Gebieten gefährdet, in denen ein steigender Investitionsdruck herrscht, wie ebenso in Gebieten mit einer gegenwärtig intensiv ausgeprägten Siedlungsentwicklung, mit Rohstoffvorkommen sowie in Natur- und Landschaftsschutzgebieten.

### C.3. ZIELE

Der Umsetzung des Leitbilds der Raumentwicklung in der Wojewodschaft, das Niederschlesien 2030 als eine sich kohärent entwickelnde, aber aus vielfältigen Räumen mit den unterschiedlichsten Potenzialen bestehende Region formuliert, wurde die Umsetzung von vier Zielen der regionalen Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft untergeordnet und entsprechend verknüpft.

Den Ausgangspunkt hierfür bildete eine Erhebung von Prozessen, die auf das künftige Bild der Wojewodschaft Einfluss nehmen werden und somit als Determinanten der Raumordnung erfasst wurden:

- Agglomerationsprozesse im Umland größerer Städte, hervorgerufen durch ihre hervorgehobene Stellung innerhalb der Siedlungsstruktur (wirtschaftliche und soziale Potenziale) sowie beruhend auf einer verstärkten Abwanderung von den Städten in das Umland, einer Intensivierung des Pendlerverkehrs im Stadt-Umland-Raum, der Umgestaltung und Änderung von Funktionen des ländlichen Raums sowie einem steigenden Bebauungsdruck im Außenbereich, der eine integrierte Bebauungsplanung einschl. der technischen Infrastruktur, die Planung nachhaltiger Personenverkehrssysteme unter Berücksichtigung des Radverkehrs, die Errichtung Grüner Infrastruktur sowie die Sicherstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge an den Wohnorten erfordert;
- Peripherisierung bzw. Marginalisierung peripherer (ländlicher) Räume, die nicht mehr von den städtischen Ballungsräumen beeinflusst werden und gekennzeichnet sind von einer schlechten sozioökonomischen Lage, bedingt durch eine massive Abwanderung aus diesen Räumen; erforderlich sind öffentliche Interventionsmaßnahmen zum Ausgleich der Unterschiede beim Zugang zu öffentlichen Leistungen und zum Arbeitsmarkt, eine zielgerichtete Förderung von Unternehmertum und beruflicher Mobilität sowie Flexibilität in den Städten und im ländlichen Raum sowie eine Verbesserung der Infrastruktur und verkehrlichen Verflechtungen;

- demographischer Wandel, beruhend auf einer rückläufigen Bevölkerungszahl und einer alternierenden Bevölkerung, territorial unterschiedlich ausgeprägt; erforderlich sind Maßnahmen zur Anpassung der Raumstrukturen an diese Änderungen.

Als zusätzliche Determinante von globalem Ausmaß wurden Prozesse des Klimawandels berücksichtigt, die mit stärkeren Extremwetterereignissen sowie ungünstigen wirtschaftlichen und sozialen Folgen verbunden sind sowie Anpassungsmaßnahmen erfordern, um die Widerstandsfähigkeit von Bevölkerung und Wirtschaft gegenüber diesen Folgen und voraussichtlichen Änderungen zu stärken.

Unter Berücksichtigung dieser Determinanten der Raumordnung geht das Leitbild von der Gestaltung einer aus vielfältigsten Räumen mit den unterschiedlichsten Potenzialen bestehenden sowie sich kohärent weiterentwickelnden Region somit einher mit dem Erreichen des nachstehend beschriebenen Soll-Zustands, der wiederum seinen Ausdruck findet in den vier Zielen der regionalen Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien.

**Ziel 1. Sicherstellung der notwendigen Voraussetzungen einer nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung sowie des Zugangs zu Dienstleistungen und zum Arbeitsmarkt im Rahmen einer hierarchischen Siedlungsstruktur.**

Die Vielfalt der Potenziale des ländlichen und der urbanen Räume einschl. ihrer jeweiligen Verflechtungsbereiche soll mittels gezielter Netzstrukturen genutzt und gestärkt werden. Diese Zusammenarbeit erfolgt innerhalb der im Plan ausgewiesenen hierarchisch geordneten Siedlungsstruktur mit ihren unterschiedlichen Ausstattungsmerkmalen in den Bereichen Leistungen der Grundversorgung und des Arbeitsmarkts. Netzwerke werden ebenso innerhalb der im Plan benannten Funktionalräume sowie anderer, auf lokaler Ebene ausgewiesener Gebiete gebildet. Das Ziel dieser Zusammenarbeit im Rahmen der vorgenannten Netzstrukturen besteht darin, Maßnahmen zu bündeln sowie gemeinsam diese unterschiedlichen, sich gegenseitig ergänzenden Potenziale zu nutzen.

Das Potenzial der städtischen Ballungsräume wird von ihren jeweiligen Funktionalräumen gestärkt, die gemeinsam mit ihnen einen Verflechtungsbereich bilden, der ihnen Wettbewerbsfähigkeit sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene verleiht.

Im Rahmen der städtischen Funktionalräume:

- unterliegen von Zuwanderung geprägte Gebiete mit den hiermit einhergehenden siedlungsstrukturellen Auswirkungen regen Prozessen der funktionalen und räumlichen Umgestaltung, wobei die Entwicklung der Bebauung komplex unter Berücksichtigung der Zugänglichkeit zu öffentlichem Verkehr, technischer Infrastruktur, Leistungen der Grundversorgung, Erholungsgebieten sowie dem umfassenden Ressourcenschutz (Naturräume, Landschaften, Kulturgüter) erfolgt,
- besteht ein integriertes Verkehrssystem, das die Zugänglichkeit zum öffentlichen Verkehr sicherstellt und zu einer Verringerung der Schadstoffemissionen beiträgt,
- stellt die Grüne Infrastruktur eine breite Palette an ökosystemaren Leistungen bereit, die die Umweltqualität verbessern,
- entwickeln sich die Wohngebiete adäquat zum Ausbau der technischen Infrastruktur unter Berücksichtigung der Schutzbelange wertvoller natürlicher und kultureller Ressourcen einschl. des Landschaftsschutzes,
- ergänzen die in den städtischen Funktionalräumen gelegenen Städte die Funktionen des jeweiligen Kerns dieser Funktionalräume.



Städte, die außerhalb der städtischen Funktionalräume gelegen sind, erfüllen eine wichtige Rolle im Siedlungssystem und bilden damit jeweils zentrale Orte für andere, außerhalb der städtischen Funktionalräume gelegenen Gebiete.

Stadt- und ländliche Räume, die keinen intensiven siedlungsstrukturellen Prozessen unterworfen sind, nutzen ihre endogene wirtschaftliche Potenziale, ihre Entwicklung beruht vor allem auf der Revitalisierung sowie der Umgestaltung und Ergänzung der bestehenden Bebauung.

Gebiete mit den besten räumlichen Voraussetzungen für die Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten gelten als optimale Standorte neuer Investitionsvorhaben. Hierbei genutzt wird der entscheidende Standortvorteil der Wojewodschaft, d.h. ihre geographische Lage, die für die Logistikbranche in Europa von strategischer Bedeutung ist. Diese Gebiete stellen, unterstützt von den Unternehmenstätigkeiten der Logistik, eine gute verkehrliche Erreichbarkeit der Region sowie die Möglichkeit zur weiteren Entwicklung des intermodalen Verkehrs sicher.

In der Region wurden Systeme des öffentlichen multimodalen Verkehrs etabliert, die mit den jeweiligen örtlichen Verkehrssystemen verknüpft sind und eine gute verkehrliche Erreichbarkeit der jeweils nächstgelegenen Zentren sowie die Verkehrsverflechtungen zwischen diesen Orten sicherstellen. Dieses Verbundsystem des öffentlichen Personennahverkehrs kann von den Nutzern praktisch und bequem in Anspruch genommen werden (gemeinsame Tickets, aufeinander abgestimmte Fahrpläne) und leistet einen Beitrag zur Erhöhung des Potenzials der Städte sowie zu einem weiteren Anstieg der Nutzung des gegenüber dem Individualverkehr wettbewerbsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs, wie ebenso zur Verringerung der Schadstoffemissionen.

### **Ziel 2. Effiziente und nachhaltige Nutzung von Ressourcen: Schutz von Naturräumen, Landschaften und Kulturgütern.**

Die Entwicklung der Stadträume erfolgt in Anlehnung an eine effiziente und nachhaltige Nutzung natürlicher und kultureller Ressourcen sowie unter Berücksichtigung der vielfältigen Landschaften; hierbei werden Umweltschäden und funktionalräumliche Konflikte möglichst vermieden bzw. verringert:

- die Folgen von Landschaftszerstörungen werden wirksam bekämpft, Natur- und Kulturlandschaften werden im Rahmen der Nutzung und Bewirtschaftung von Flächen berücksichtigt, landschaftlich besonders charakteristische Gebiete bewahren ihre visuellen Merkmale;
- wertvolle Naturräume bilden ein Gefahren gegenüber widerstandsfähiges System;
- die wertvollsten historischen Anlagen sowie Stadt- und Ortskerne weisen auch weiterhin ihre charakteristischen räumlichen Strukturen auf und bilden wesentliche Bestandteile der Kulturlandschaft;
- wertvolle Denkmalanlagen, Ensembles und Einzelobjekte befinden sich in einem guten baulichen Zustand, sind der Öffentlichkeit zugänglich und werden langfristig geschützt;
- die Ressourcen landwirtschaftlicher Nutzflächen werden unter Berücksichtigung der jeweiligen natürlichen Gegebenheiten eingesetzt;
- abbauwürdige Lagerstätten werden geschützt, Rohstoffreserven effizient genutzt;
- ein integriertes und eng vernetztes System regionaler Themen- und Wanderwege sowie Kulturpfade dient einer wirtschaftlichen Stärkung aller angebundenen Orte und Gebiete.

### **Ziel 3. Gewährleistung der Sicherheit aller Bürger-/innen mittels einer Gestaltung und Förderung widerstandsfähiger Raumstrukturen gegenüber den Folgen des Klimawandels sowie natürlichen und anthropogenen Gefahren.**

Die Wojewodschaft ist eine wirksam auf den Klimawandel vorbereitete Region und gewährleistet die Sicherheit ihrer Bürger-/innen vor Extremereignissen und ihren Folgen wie Hochwasser und Überschwemmungen (insb. in Gebirgen und stark verstädterten Räumen) sowie Dürren.

Die städtebauliche Entwicklung und Ordnung richtet sich an Grundsätzen aus, die einer Anpassung an den Klimawandel dienlich sind.

Die Region stellt die Energieversorgung sicher, indem die externen An- und Verbindungen der Energieinfrastruktur sowie die auf der Nutzung erneuerbarer Energien beruhenden endogenen Potenziale genutzt werden.

Eine hohe Energieeffizienz wird durch geringe Schadstoffemissionen sichergestellt. Entwicklung und Ausbau der Energieinfrastruktur erfolgen parallel zur Siedlungsentwicklung, womit die mit der voranschreitenden Entwicklung der Siedlungsstrukturen verbundene Kostenintensität reduziert werden kann.

Ein guter Umweltzustand gewährleistet Sicherheit und eine hohe Lebensqualität in der Region.

#### **Ziel 4. Gute verkehrliche Erreichbarkeit und funktionstüchtige Systeme der Verkehrsinfrastruktur.**

Mit dem transeuropäischen Verkehrsnetz TEN-V sowie den innerregionalen Verflechtungen mit diesem Verkehrsnetz wird die verkehrliche Erreichbarkeit der Region sichergestellt.

Die regionale Verkehrsinfrastruktur bildet Verkehrskorridore, die ein kohärentes und aufeinander abgestimmtes Handeln unterschiedlichster Akteure sicherstellt.

#### **C.4. ELEMENTE DER RAUMSTRUKTURIERUNG**

Im Rahmen der Umsetzung der von der regionalen Raumordnungspolitik verfolgten Ziele werden in vorliegendem Plan die folgenden Elemente der Raumstrukturierung festgelegt:

1. Hierarchie der Siedlungsstruktur, dargestellt in Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen:
  - 1) Stadträume mit überörtlicher Bedeutung:
    - a) Wojewodschaftszentrum [Regionalzentrum]: Stadt Wrocław,
    - b) regionale Zentren [Oberzentren]: Städte Jelenia Góra, Legnica und Wałbrzych,
    - c) subregionale Zentren [Mittelzentren]: Städte Głogów, Lubin und Świdnica,
  - 2) örtliche Zentren [Unterzentren]:
    - a) örtliche Zentren I. Ordnung: Stadt Bolesławiec, Stadt Dzierżoniów, Stadt Kłodzko, Stadt Oława, Stadt Oleśnica, Polkowice, Stadt Zgorzelec,
    - b) örtliche Zentren II. Ordnung: Góra, Stadt Jawor, Stadt Kamienna Góra, Stadt Lubań, Lwówek Śląski, Milicz, Strzelin, Środa Śląska, Trzebnica, Stadt Wołów, Ząbkowice Śląskie, Stadt Złotoryja,
    - c) örtliche Zentren III. Ordnung: sonstige Zentren auf Gemeindeebene, Hauptorte.
2. Stadträume mit besonderen Funktionen: grenzüberschreitende Stadträume:
  - 1) Bogatynia/Hrádek/Zittau,
  - 2) Kudowa-Zdrój/Nachód,
  - 3) Zgorzelec/Görlitz.
3. Städtische Funktionalräume, dargestellt in Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen:
  - 1) Funktionalraum Wrocław, zu dem die in der Aufstellung Nr. 1 genannten Gemeinden zählen,



- 2) Funktionalraum Jelenia Góra, ausgewiesen als städtischer Funktionalraum eines regionalen Zentrums [Oberzentrum], zu dem die in der Aufstellung Nr. 2 in Punkt 1 genannten Gemeinden zählen,
- 3) Zone I des Funktionalraums Jelenia Góra, gekennzeichnet von den stärksten Verbindungen<sup>14</sup> zum Kern des Oberzentrums, der Stadt Jelenia Góra, zu dem die in der Aufstellung Nr. 2 in Punkt 2 genannten Gemeinden zählen,
- 4) Funktionalraum Legnica-Głogów [Oberzentrum als Doppelzentrum in Funktionsteilung], ausgewiesen als städtischer Funktionalraum eines regionalen Zentrums mit vier Kernen: regionales Zentrum Legnica (Stadt), subregionale Zentren (Städte) Głogów und Lubin sowie das sich hinsichtlich des Pendlerverkehrs hervorhebende örtliche Zentrum Polkowice, zu dem die in der Aufstellung Nr. 3 in Punkt 1 genannten Gemeinden zählen,
- 5) Zone I des Funktionalraums Legnica-Głogów, gekennzeichnet von den stärksten Verbindungen<sup>15</sup> zum Kern des regionalen Zentrums, d.h. der Stadt Legnica, den subregionalen Zentren, d.h. den Städten Głogów und Lubin sowie dem sich hinsichtlich des Pendlerverkehrs hervorhebenden örtlichen Zentrum Polkowice, zu dem die in der Aufstellung Nr. 3 in Punkt 2 genannten Gemeinden zählen,
- 6) Funktionalraum Wałbrzych, ausgewiesen als städtischer Funktionalraum eines regionalen Zentrums [Oberzentrum], zu dem die in der Aufstellung Nr. 4 in Punkt 1 genannten Gemeinden zählen,
- 7) Zone I des Funktionalraums Wałbrzych, abgegrenzt<sup>16</sup> in Anlehnung an die stärksten Verbindungen zum Kern des Oberzentrums, d.h. der Stadt Wałbrzych sowie dem subregionalen Zentrum Świdnica, zu dem die in der Aufstellung Nr. 4 in Punkt 2 genannten Gemeinden zählen.,
4. Grenznaher Funktionalraum<sup>17</sup>, dargestellt in Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen, zu dem die in der Aufstellung Nr. 5 genannten Gemeinden zählen,
5. Funktionalraum „wertvolle Naturräume“, dem Kern- sowie ergänzende Gebiete zugeordnet und in der Planzeichnung Nr. 3. Funktionalraum „wertvolle Naturräume“ dargestellt wurde, zu dem die in der Aufstellung Nr. 6 genannten Gemeinden zählen.
6. Funktionalraum Sudeten, dargestellt in Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen, zu dem die in der Aufstellung Nr. 7 in Punkt 1 genannten Gemeinden zählen,
7. Gebirgsregion innerhalb Funktionalraum Sudeten, dargestellt in Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen, zu dem die in der Aufstellung Nr. 7 in Punkt 2 genannten Gemeinden zählen,
8. Elemente der Grünen Infrastruktur im Funktionalraum Wrocław, deren einzelne Flächen in der Planzeichnung Nr. 12. Regionalplan für den Funktionalraum [Regionalzentrum] Wrocław. Grüne Infrastruktur festgelegt wurden.

<sup>14</sup> Zur Reichweite (Abgrenzung) städtischer Funktionalräume der Oberzentren in der Wojewodschaft Niederschlesien, IRT, Januar 2017.

<sup>15</sup> Zur Reichweite (Abgrenzung) städtischer Funktionalräume der Oberzentren in der Wojewodschaft Niederschlesien, IRT, Januar 2017.

<sup>16</sup> Zur Reichweite (Abgrenzung) städtischer Funktionalräume der Oberzentren in der Wojewodschaft Niederschlesien, IRT, Januar 2017.

<sup>17</sup> Zur Reichweite (Abgrenzung) des grenznahen Funktionalraums, IRT, Januar 2017.

## D. PERSPEKTIVEN

Das wichtigste Ziel der von der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien verfolgten regionalen Raumordnungspolitik besteht darin, das Leitbild der Raumentwicklung in der Wojewodschaft (Leitbild) umzusetzen, d.h. die Vielfalt der Räume und Potenziale im Rahmen einer kohärenten Entwicklung der Region zu nutzen. Dieses Leitbild wurde mithilfe von vier Zielen dieser Politik beschrieben und verknüpft, auf die jeweils beziehungsweise Entwicklungsperspektiven von der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien verfolgten regionalen Raumordnungspolitik formuliert wurden. Aus der vorangestellten Untersuchung der Bedingungen ging hervor, dass um die Umsetzung dieses Leitbilds zu ermöglichen, es erforderlich ist, dieser regionalen Raumordnungspolitik einen entsprechende Gestaltungsspielraum zu verleihen und hierin Maßnahmen zu ergreifen, die in den Zuständigkeits- bzw. Kompetenzbereich der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien fallen. Zugleich ist es erforderlich, um die Wirksamkeit dieser Politik sicherstellen zu können, mit den unterschiedlichsten Akteuren zusammenzuarbeiten und komplementäre Maßnahmen zu nationaler und lokaler Ebene zu ergreifen. Die in vorliegendem Kapitel definierten Perspektiven der Raumordnungspolitik der Wojewodschaft Niederschlesien (Perspektiven) umfassen ausschließlich Aspekte der Raumordnung, die im Ergebnis der in den Bedingungen hinsichtlich der zum Leitbild beschriebenen sowie mit ihm verknüpften Ziele erfassten Gesamtlage formuliert wurden. In nachstehender Tabelle werden diese wiederum unterteilt in fünf einzelne Kategorien vorgestellt (Tabelle 2). Eine Ausnahme hiervon bildet der Regionalplan für den Funktionalraum Wrocław in Kapitel E vorliegenden Textteils, in dem zusätzlich Empfehlungen an die Landkreise formuliert wurden.

Tabelle 2. Unterteilung in unterschiedliche Kategorien im Textteil in Kapitel D. Perspektiven sowie im Kartenteil

Nr.	Kategorie	Beschreibung	Adressat	Bezeichnung im Textteil	Bezeichnung im Kartenteil
1	Maßnahmen der Selbstverwaltung der Wojewodschaft	verbindliche Vorgaben für alle Behörden und Einrichtungen der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien, eng verbunden mit den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen.	alle Behörden und Einrichtungen der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien		Festlegungen/Vorgaben für die Wojewodschaft
2	Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen	Empfehlungen umfassen Maßnahmen in der Wojewodschaft Niederschlesien, die im Zuständigkeitsbereich der Regierung liegen. Die empfohlenen Maßnahmen sind erforderlich, um das Leitbild der Raumentwicklung in der Wojewodschaft Niederschlesien umsetzen zu können sowie die auf Ebene der Regierungsverwaltung und der Wojewodschaftsverwaltung ergriffenen Maßnahmen aufeinander abzustimmen.	Regierung der Republik Polen		Empfehlung an die Regierung der Republik Polen
3	Empfehlungen an die Gemeinden	Empfehlungen der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien umfassen Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden, bei de-	Gemeinden		Empfehlung an die Gemeinde





		nen es sich nicht um verbindliche Planfeststellungen auf Gemeindeebene handelt. Die empfohlenen Maßnahmen sind erforderlich, um das Leitbild der Raumentwicklung in der Wojewodschaft Niederschlesien umsetzen zu können sowie die auf Ebene der Wojewodschafts- und der einzelnen Kommunalverwaltung ergriffenen Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um planungsbezogene Empfehlungen, da die Umsetzung der Planfeststellungen mittels Formulierung von Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen in den einzelnen Gemeinden erfolgt.			
4	Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten	Empfehlungen der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien umfassen Maßnahmen, die außerhalb der Wojewodschaft selbst umgesetzt werden sollten, um die Kontinuität des betreffenden Raums oder Objekts sicherzustellen.	benachbarte Wojewodschaften und Staaten		k.A.
5	Verbindliche Festlegungen bzw. Vorgaben für die Gemeinden	verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen (FNP) in den einzelnen Gemeinden. Hierzu zählen u.a. die Grundsätze der Raumentwicklung und Flächennutzung von Funktionalräumen überregionaler und regionaler Bedeutung sowie Standorte von Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung.	Gemeinden		Festlegungen/Vorgaben für die Gemeinden

Die im Textteil festgelegten Perspektiven bilden eine Gesamtheit mit den in den Planzeichnungen vorgenommenen Darstellungen, in denen die jeweiligen Inhalte nochmals in Informationen (Bedingungen), Festlegungen und einen räumlichen Bezug aufweisende Empfehlungen (Tabelle 2) unterteilt wurden, für die wiederum eine Standortbestimmung vorgenommen werden konnte.

In der nachstehenden Tabelle wurden die Ziele und Perspektiven der Raumordnungspolitik in der Wojewodschaft Niederschlesien dargelegt.

Tabelle 3. Ziele und Perspektiven der Raumordnungspolitik der Wojewodschaft Niederschlesien.

Ziele	Perspektiven
ZIEL 1. Sicherstellung der notwendigen Voraussetzungen für eine nachhaltige und gleichmäßige sozioökonomische Entwicklung im Rahmen einer den Zugang zu Dienstleistungen und zum Arbeitsmarkt gewährleistenden hierar-	Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen.
	Perspektive 1.2. Entgegenwirken von Tendenzen einer voranschreitenden Peripherisierung bzw. Marginalisierung peripherer (ländlicher) Räume.
	Perspektive 1.3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wojewodschaft im Bereich Investitionsförderung mittels Ausweisung optimaler Standorte für neue Investitionsvorhaben.
	Perspektive 1.4. Erhöhung der räumlichen Zugänglichkeit zu den Leistungen der Daseinsvorsorge für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.



Ziele	Perspektiven
chischen Siedlungsstruktur.	
ZIEL 2. Effiziente und nachhaltige Nutzung von Ressourcen: Schutz von Naturräumen, Landschaften und Kulturgütern.	Perspektive 2.1. Schaffung eines zusammenhängenden regionalen Schutzgebietssystems im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturen.
	Perspektive 2.2. Inwertsetzung kultureller Ressourcen und Landschaften.
	Perspektive 2.3. Schutz und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen.
ZIEL 3. Gewährleistung der Sicherheit aller Bürger/-innen mittels einer Gestaltung und Förderung widerstandsfähiger Raumstrukturen gegenüber den Folgen des Klimawandels sowie natürlichen und anthropogenen Gefahren.	Perspektive 3.1. Sicherstellung von Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Energieinfrastruktur sowie einer rationalen Entwicklung erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten.
	Perspektive 3.2. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine Ausstattung der Stadträume mit Anlagen und Systemen im Rahmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Abfallwirtschaft.
	Perspektive 3.3. Sicherstellung von Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur.
	Perspektive 3.4. Verringerung der vom Massenguttransport ausgehenden verkehrlichen Belastungen.
	Perspektive 3.5. Begrenzung der negativen Auswirkungen von Extremereignissen: Hochwasser, Überschwemmungen und Dürren.
	Perspektive 3.6. Begrenzung nachteiliger Auswirkungen anthropogener Tätigkeiten auf die menschliche Gesundheit und die Sicherheit der Bevölkerung.
ZIEL 4. Gute verkehrliche Erreichbarkeit und funktionstüchtige Systeme der Verkehrsinfrastruktur.	Perspektive 4.1. Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit im Rahmen des Verkehrsnetzes TEN-V.
	Perspektive 4.2. Abstimmung von Verkehrsmaßnahmen im Leistungs- und Grundnetz (Hauptverkehrsstraßen, Autobahnen), die aus Perspektive der Raumentwicklung in der Wojewodschaft von strategischer Bedeutung sind.

D.1. ZIEL 1. SICHERSTELLUNG DER NOTWENDIGEN VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE NACHHALTIGE UND GLEICHMÄßIGE SOZIOÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG IM RAHMEN EINER DEN ZUGANG ZU DIENSTLEISTUNGEN UND ZUM ARBEITSMARKT GEWÄHRLEISTENDEN HIERARCHISCHEN SIEDLUNGSSTRUKTUR.

D.1.1. PERSPEKTIVE 1.1. STÄRKUNG DES POTENZIALS DES WOJEWODSCHAFTSZENTRUMS SOWIE DER REGIONALEN ZENTREN MITTELS IHRER VERFLECHTUNG MIT DEN JEWEILIGEN FUNKTIONALRÄUMEN.

Die städtischen Funktionalräume des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren sind Verdichtungsräume mit der höchsten Dichte an wirtschaftlichen Tätigkeiten sowie Dienstleistungsangeboten, wie ebenso dem höchsten Qualifikations- und Arbeitsmarktpotenzial. Eine Chance zur Stärkung des Potenzials umliegender Zentren überörtlicher Bedeutung liegt in ihrer gezielten Verflechtung mit den jeweiligen Kernen dieser Funktionalräume, die wiederum mittels gezielter planerischer Maßnahmen erfolgen solle, um sowohl ihre räumliche Ordnung wiederherzustellen und zu festigen, wie auch in der Umsetzung gezielter Investitionsmaßnahmen. In der nachstehenden Tabelle werden, bezugnehmend auf die einzelnen städtischen Funktionalräume, Maßnahmen zur Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit und Integration sowie dem Aufbau eines Netzes der „Grünen Infrastruktur“ und Rationalisierung der Nutzung unbebauter Flächen dargelegt.

Eine wichtige Problemstellung des Funktionalraums Legnica-Głogów, der zugleich einen Funktionalraum der Kupferindustrie bildet, besteht in der Berücksichtigung des Wirkungsbereichs dieses Industriezweigs sowie seiner einzelnen Infrastrukturstandorte im Rahmen der Raumplanung, um eventuellen Raumkonflikten vorzubeugen.



Von besonderer Bedeutung für den FrLG als Funktionalraum der Kupferindustrie sind folgende Empfehlungen im Rahmen der regionalen Raumordnungspolitik:

- Schutz von Lagerstätten vor einer etwaigen Bebauung, die ihren Abbau verhindern würde, unter Berücksichtigung der Anforderungen an eine künftige wirtschaftliche Nutzung der jeweiligen Rohstoffvorkommen,
- Vorhaltung von Reserveflächen für die jeweils erforderliche Bergwerks- bzw. Tagebauinfrastruktur,
- obligatorische Aufstellung von Bebauungsplänen für Gebiete mit nachgewiesenen und abbauwürdigen Lagerstätten,
- Nutzung von Rohstoffvorkommen unter Einbezug der Ziele zum Schutz von Naturräumen, Landschaften sowie Kulturlandschaften.

Im Rahmen der Verkehrsentwicklung in den Funktionalräumen ist es erforderlich, diese auf eine nachhaltige Art und Weise zu fördern. Vor allem sollte das Schienennetz eine erforderliche Dichte einschl. der jeweiligen Ausbaustandards aufweisen, um in den Funktionalräumen ein entsprechendes Angebot des Regionalverkehrs unterbreiten zu können. Hierzu müssen die für den regionalen Schienenverkehr wichtigsten, sowohl in Betrieb befindliche wie ebenso stillgelegte Bahnstrecken modernisiert und Lückenschlüsse vorgenommen werden, um die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs in den einzelnen Funktionalräumen besser ausgestalten zu können. Darüber hinaus sollte eine zielgerichtete Erhöhung von Kapazität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personenverkehrs in den Stadträumen angestrebt werden, indem Bahnfern- und Güterverkehr vom Streckennetz des ÖPNV bzw. Regionalverkehrs getrennt werden. Dem dient eine Erweiterung des Schienennetzes um zusätzliche Zufahrtstrecken zum Bahnknoten Wrocław selbst sowie – innerhalb dieses Knotens – um zusätzliche Gleispaare. Ebenso sollte im Bereich der Verbindungspunkte einzelner Bahnstrecken darauf geachtet werden, Kreuzungsfreiheit sicherstellen zu können. Eine hierzu ergänzende, ebenso auf die Bahninfrastruktur bezogene Maßnahme bildet die Schaffung und Umgestaltung von Umsteigeknoten einschl. der Bereitstellung von P&R- sowie B&R-Parkplätzen an den Haltestellen und Bahnhöfen außerhalb der Kernstädte dieser Funktionalräume. Wichtig ist es, parallel zu diesen Maßnahmen im Rahmen der Raumentwicklung ebenso organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, um ein für die Nutzer praktikables und flexibles Verbundsystem dieses öffentlichen Personennahverkehrs (gemeinsame Tickets, aufeinander abgestimmte Fahrpläne) schaffen zu können. Hinsichtlich des Straßenverkehrs bilden die aus der hohen Verkehrsdichte in den Stadträumen resultierenden Belastungen für die Anlieger die größte städteplanerische Herausforderung. Dem kann entsprochen werden, wenn der Verkehrsfluss in den Innenstädten auf Ortsumgehungen umgeleitet wird, wobei deren Ausbaustandards dem tatsächlichen Verkehrsaufkommen angepasst werden soll.

Ein wichtiger Aspekt dieser zur Umgestaltung des Verkehrssystems ergriffenen Maßnahmen bildet die bauliche Anpassung dieser Infrastruktur an die Anforderungen und Belange von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, u.a. körperlichen Beeinträchtigungen. Daher sollte im Rahmen aller Maßnahmen zum Bau, zur Modernisierung und Instandsetzung sowie zur Revitalisierung der Verkehrsinfrastruktur besonders darauf geachtet werden, die Barrierefreiheit dieser Infrastruktur für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen und mobilitätseingeschränkte Personen zu berücksichtigen.

Ähnliche Maßnahmen betreffen den Bau, die Modernisierung und Instandsetzung sowie die Revitalisierung von Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur. Die Berücksichtigung ihrer Barrierefreiheit für Menschen mit u.a. körperlichen Beeinträchtigungen sowie mobilitätseingeschränkte Personen sollte

eine der Prioritäten bei der Planung und Umsetzung dieser Vorhaben unter Berücksichtigung der Prinzipien des Universellen Designs bilden.

Eine weitere Vermeidung zerstreuter Bebauung trägt zu einer effizienteren Nutzung der bestehenden technischen und Verkehrsinfrastruktur sowie der Inanspruchnahme von sowie dem Zugang zu Leistungen u.a. der Daseinsvorsorge bei. Somit können auch einer land- und forstwirtschaftlichen Nutzung vorbehaltene Gebiete weiterhin offen gehalten werden; gleiches gilt für den Schutz von Naturräumen. Der Verzicht auf eine Wohnbebauung von hierzu nicht geeigneten Flächen, wie überschwemmungsgefährdete sowie Feucht- und Sumpfgebiete oder im Einwirkungsbereich von Industriegebieten gelegene Flächen, vermeidet oder verringert potenzielle Raumkonflikte.

Die Erstellung und Umsetzung von Konzepten der Grünen Infrastruktur für städtische Funktionalräume im Rahmen der Gestaltung einer kohärenten Raumordnungspolitik auf regionaler Ebene, d.h. von Konzepten, die über die Festlegungen auf kommunaler Ebene hinausgehen, bildet eine grundlegende Maßnahmen zum Erhalt offener Landschaftsflächen sowie zur Vermeidung einer zerstreuten Bebauung, um diese zielgerichtet vor einer Umsetzung von Bauvorhaben zu schützen, im Rahmen derer es zu unbegründeten Nutzungen dieser Flächen käme. Hierzu sind entsprechende Absprachen und Vereinbarungen der Kommunalverwaltungen sowie der Einbezug von Vereinen, Bürgerinitiativen und Wissenschaftlern notwendig.

Parallel und ergänzend zu diesen Maßnahmen sollten Maßnahmen zu Erhalt und Stärkung der Bedeutung der jeweiligen Kerne der städtischen Funktionalräume ergriffen werden. Diese wurden in den nachstehenden Tabellen als „Politikgestaltung- bzw. umsetzung“ bezeichnet, worunter Maßnahmen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Raumordnung, wie bspw. die Inanspruchnahme von Versorgungsleistungen der Daseinsvorsorge auf Landkreis- und höheren Ebenen, verstanden werden sollen.

In nachstehender Tabelle wurden Maßnahmen in den Funktionalräumen Jelenia Góra, Legnica-Głogów und Wałbrzych festgelegt. Maßnahmen im Funktionalraum Wrocław werden hingegen im Regionalplan des Funktionalraums Wrocław in Kapitel E vorliegenden Textteils dargelegt.

Tabelle 4. Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen

Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen

<b>Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:</b>
1. Gestaltung einer dem Erhalt und der Stärkung der Bedeutung von Legnica, Jelenia Góra und Wałbrzych als mit dem Wojewodschaftszentrum Wrocław verbundener regionaler Zentren [Oberzentren] dienenden Politik.
2. Gestaltung einer dem Erhalt und der Stärkung der Bedeutung der subregionalen Zentren [Mittelzentren] Głogów, Lubin und Świdnica sowie des örtlichen Zentrums [Unterzentrum] erster Ordnung Polkowice als Kerne der städtischen Funktionalzentren dienenden Politik.
3. Gestaltung einer die Zusammenarbeit zwischen den Funktionalräumen [Oberzentren Legnica, Jelenia Góra und Wałbrzych stimulierenden Politik.
4. Verringerung der Verkehrsbelastungen [Individualverkehr] des Pendlerverkehrs nach Jelenia Góra:
1) Bau einer Ortsumgehung von Piechowice im Verlauf der Wojewodschaftsstraße Nr. 366.
5. Verringerung der Verkehrsbelastungen [Individualverkehr] des Pendlerverkehrs in die Kernstädte des FrLG:
1) Bau einer Ortsumgehung von Krzeczyn Wielki im Verlauf der Wojewodschaftsstraße Nr. 335.
6. Einbezug des Radverkehrs in ein integriertes Verkehrswegesystem.
7. Umsetzung des <i>Niederschlesischen Radverkehrskonzepts*</i> .
8. Förderung einer rationalen Flächennutzung (insb. im Rahmen ihrer Bebauung) sowie einer guten Praxis der Raumplanung, gerichtet auf eine Begrenzung der fortgesetzten Bebauung von hierzu nicht geeigneten Flächen sowie eines Überangebots an Industrie- und Gewerbeflächen.
9. Erstellung eines Konzepts der „Grünen Infrastruktur“ in enger Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften einschl. Zuweisung von Leitfunktionen an die einzelnen Elemente dieses Netzwerks.



Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen

10. Entwurf und Umsetzung von Vorhaben zum Bau von *Hauptträdwegen\** und *sonstiger Radwege\** entlang der Wojewodschaftsstraßen, um die einzelnen Siedlungseinheiten enger miteinander zu vernetzen und hierbei die Ziele der alltäglichen Anfahrten zur Schule, zur Arbeitsstätte und Leistungen der Daseinsvorsorge oder Haltestellen und Umsteigeknoten des öffentlichen Personenverkehrs [Pendlerverkehr] direkt zu berücksichtigen, insoweit diese einzelne Reiseabschnitte bilden könnten (unter Berücksichtigung der jeweils an die Verkehrsdichte der einzelnen Straßenabschnitte angepasste verkehrssicherheitstechnischen Lösungen).

#### **Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Gestaltung einer dem Erhalt und der Stärkung der Bedeutung von Legnica, Jelenia Góra und Wałbrzych als mit dem Wojewodschaftszentrum Wrocław verbundener regionaler Zentren [Oberzentren] dienenden Politik.
2. Anpassung in Betrieb befindlicher Bahnstrecken an die Ausbaustandards des regionalen Bahnverkehrs im Funktionalraum Legnica-Głogów (FrLG), darunter Haltestellen und Bahnhöfe entlang der Strecken:
  - 1) Bahnstrecke 137 Abschnitt Legnica – Jawor,
  - 2) Bahnstrecke 273 Abschnitt Głogów – Rudna Miasto,
  - 3) Bahnstrecke 275 Abschnitt Wrocław Muchobór – Legnica – Chojnów,
  - 4) Bahnstrecke 289 Abschnitt Legnica – Rudna Gwizdanów.
3. Wiederinbetriebnahme und Instandsetzung stillgelegter Bahnstrecken, die für den regionalen Bahnverkehr im Funktionalraum Legnica-Głogów von wesentlicher Bedeutung sein könnten:
  - 1) Przemków Odlewnia - Rokitki – Chocianów,
  - 2) Żagań – Głogów.
4. Bau einer Bahnstrecke Polkowice – Nielubia einschl. einer Verbindungskurve zum Stadtgebiet sowie Anpassung des Ausbaustandards im Rahmen einer Trassennutzung Lubin-Nielubia für den Personenverkehr.
5. Anpassung in Betrieb befindlicher Bahnstrecken an die Ausbaustandards des regionalen Bahnverkehrs im Funktionalraum Wałbrzych (FrW), darunter Haltestellen und Bahnhöfe entlang der Strecken:
  - 1) Bahnstrecke 137 Abschnitt Jaworzyna Śląska – Świdnica Miasto,
  - 2) Bahnstrecke 274 Abschnitt Wrocław Świebodzki – Jaworzyna Śląska – Wałbrzych – Sędziszów,
  - 3) Bahnstrecke 285 Abschnitt Wrocław Główny – Jedlina-Zdrój,
  - 4) Bahnstrecke 286 Abschnitt Wałbrzych Główny – Nowa Ruda,
  - 5) Bahnstrecke 291 Abschnitt Boguszów-Gorce Wschód – Mieroszów,
  - 6) Bahnstrecke 771 Abschnitt Świdnica Miasto – Świdnica Przedmieście.
6. Erstellung eines nationalen Radverkehrsplans zwecks Förderung des Radverkehrs sowie Koordinierung der hierzu ergriffenen Maßnahmen auf nationaler Ebene
7. Berücksichtigung der im Rahmen der Förderung des Radverkehrs bestehenden Belange bei der Umsetzung von Investitionsvorhaben seitens staatlicher Behörden, Institutionen und Einrichtungen.
8. Erstellung eines Finanzierungsplans für Vorhaben im Rahmen der Förderung des Radverkehrs, die aus Sicht des nationalen Radverkehrsplans sowie der jeweiligen regionalen Radverkehrskonzepte von wesentlicher Bedeutung sind.
9. Schaffung rechtlicher Regelungen einer rationalen Flächennutzung (insb. im Rahmen ihrer Bebauung):
  - 1) Gebot der Übereinstimmung von Festlegungen erteilter Baugenehmigungen mit den planerischen Festsetzungen der Flächennutzungspläne der Städte und Gemeinden,
  - 2) Festlegung einer Definition „benachbarter Grundstücke“,
  - 3) Bestimmung einer präzisen Methodik zur Erstellung von Flächenbilanzen für Bau- und Bauerwartungsland sowie der Erschließung neuer Flächen.
10. Bestimmung des Begriffs „Grüne Infrastruktur“ im Rahmen der Raumplanung.

#### **Empfehlungen an die Gemeinden:**

- |   |  |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Berücksichtigung funktionaler Verflechtungen im Rahmen der städtischen Funktionalräume sowie Umsetzung einer kohärenten und integrierten Raumplanung in diesen Gebieten.</li> <li>2. Berücksichtigung der „Grünen Infrastruktur“ in der Raumplanung als Elemente der Raumstruktur sowie Perspektiven der Flächennutzung.</li> <li>3. Planung von Elementen der „Grünen Infrastruktur“ unter Sicherstellung ihrer Kontinuität an den Grenzen zu anderen Gemeinden.</li> <li>4. Berücksichtigung möglicher Wiederinbetriebnahmen sowie einer Modernisierung und eines Ausbaus von Bahnstrecken im Rahmen des regionalen Bahnverkehrs in den städtischen Funktionalräumen</li> </ol> | <p>Gemeinden der Funktionalräume Legnica-Głogów, Jelenia Góra und Wałbrzych, dargestellt in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen sowie benannt in den Aufstellungen Nr. 2, 3 und 4.</p> |
|---|--|

Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodszachtszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen

innerhalb der Raum- und Bauleitplanung.	
5. Flächenanpassungs- sowie ergänzende Maßnahmen im Rahmen der Revitalisierung von Bahnhöfen (Boguszów-Gorce Zachód, Bolesławiec, Imbramowice, Kąty Wrocławskie, Malczyce, Smolec, Szklarska Poręba Górna, Wałbrzych Główny, Węgliniec) zwecks Errichtung sog. integrierter Umsteigeknoten	Stadt Boguszów-Gorce, Stadt Bolesławiec, Kąty Wrocławskie, Malczyce, Stadt Szklarska Poręba, Stadt Wałbrzych, Węgliniec, Żarów
6. Berücksichtigung des Baus der Bahnstrecke Polkowice – Nielubia einschl. einer Verbindungskurve zum Stadtgebiet sowie Anpassung des Ausbaustandards im Rahmen einer Trassennutzung Lubin-Nielubia für den Personenverkehr innerhalb der Raum- und Bauleitplanung.	Jerzmanowa, Lubin, Stadt Lubin, Polkowice, Żukowice.
7. Berücksichtigung des Baus einer Ortsumgehung von Krzeczyn Wielki im Verlauf der Wojewodszachtsstraße Nr. 335.	Lubin
8. Berücksichtigung des Baus eines Sportflugplatzes in Świebodzice und Mirosławice.	Sobótka, Świebodzice
9. Planung und Errichtung von P&R- sowie B&R-Parkplätzen an den Haltestellen und Bahnhöfen außerhalb der innerstädtischen Bereiche der Kerne dieser Funktionalräume.	Stadt Głogów, Grębocice, Kunice, Stadt Legnica, Miłkowice, Rudna, Żukowice
10. Berücksichtigung der in der Planzeichnung Nr. 13 ausgewiesenen Gebieten mit sog. wahrscheinlichen sowie mit prognostischen Reserven im Rahmen der regionalen Raumordnungspolitik: 1) genehmigte Fläche zur Erkundung von Lagerstätten 2) Fläche, für die ein Betriebsplanverfahren zur Genehmigung einer Lagerstätten erkundung durchgeführt wird	Gemeinden des Funktionalraums Legnica-Głogów, dargestellt in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen sowie benannt in der Aufstellung Nr. 3
11. Flächennutzungsplanung unter Berücksichtigung der Anforderungen an eine wirtschaftliche Nutzung wahrscheinlicher sowie sog. prognostischer Rohstoffreserven.	
12. Sicherstellung raumordnerischer Voraussetzungen für die Errichtung von Infrastruktur im Rahmen der Kupferindustrie: 1) technische Infrastruktur 2) Infrastruktur zum Transport der abgebauten Rohstoffe	
13. Berücksichtigung des Baus einer von Piechowice im Verlauf der Wojewodszachtsstraße Nr. 366.	Stadt Piechowice.
14. Planung und Errichtung von P&R- sowie B&R-Parkplätzen an den Haltestellen und Bahnhöfen außerhalb des Innenstadtbereichs von Jelenia Góra.	Stadt Jelenia Góra, Mysłakowice, Stadt Piechowice, Stara Kamienica, Stadt Szklarska Poręba.
15. Planung und Errichtung von P&R- sowie B&R-Parkplätzen an den Haltestellen und Bahnhöfen außerhalb der innerstädtischen Bereiche der Kerne dieser Funktionalräume.	Stadt Boguszów-Gorce, Borów, Głuszyca, Jaworzyna Śląska, Stadt Jedlina-Zdrój, Świdnica, Stadt Wałbrzych
16. Erstellung städtischer Konzepte zur Entwicklung des Radverkehrs innerhalb der Verwaltungsgebiete der Städte sowie unter Berücksichtigung dieser Strecken in den FNP der Gemeinden entsprechend den Empfehlungen des Niederschlesischen Radverkehrskonzepts.	Gemeinden der Funktionalräume Legnica-Głogów, Jelenia Góra und Wałbrzych, dargestellt in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen sowie benannt in den Aufstellungen Nr. 2, 3 und 4.
17. Berücksichtigung der Radinfrastruktur bei der Planung integrierter Verkehrssysteme unter Berücksichtigung unterschiedlicher Verkehrsmittel und Elemente der Infrastrukturen in den städtischen Funktionalräumen.	Gemeinden der Funktionalräume Legnica-Głogów, Jelenia Góra und Wałbrzych, dargestellt in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen sowie benannt in den Aufstellungen Nr. 2, 3 und 4.
18. Planung von Radwegen unter Berücksichtigung ihres weiteren Verlaufs in den angrenzenden Gemeinden und Städten.	Gemeinden der Funktionalräume Legnica-Głogów, Jelenia Góra und Wałbrzych, dargestellt in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen so-



Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen

	wie benannt in den Aufstellungen Nr. 2, 3 und 4.
19. Planung der Radinfrastruktur gem. den Vorgaben der <i>Entwurfs- und Ausführungsstandards für die Radinfrastruktur der Wojewodschaft Niederschlesien*</i> .	Gemeinden der Funktionalräume Legnica-Głogów, Jelenia Góra und Wałbrzych, dargestellt in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen sowie benannt in den Aufstellungen Nr. 2, 3 und 4.
<b>Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:</b>	
1. Berücksichtigung der beabsichtigten Modernisierung der Bahnstrecke 14, Abschnitt Głogów – Żagań im Rahmen der entsprechenden planerischen Festsetzungen	Wojewodschaft Lubuskie
2. Erforderliche interregionale bzw. grenzüberschreitende Abstimmungen über den Verlauf geplanter Radwege mit den jeweils zuständigen Behörden der angrenzenden Regionen bzw. Staaten.	Wojewodschaften: Lubuskie, Großpolen, Opolskie, Tschechische Republik, Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Sachsen
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen in den Funktionalräumen Legnica-Głogów, Jelenia Góra und Wałbrzych:</b>	
Gemeinden der o.g. Funktionalräume, wie in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen dargestellt sowie in den Aufstellungen Nr. 2, 3 und 4 aufgezählt.	
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Aufnahme einer Zusammenarbeit im Rahmen der städtischen Funktionalräume zwecks Vereinbarung eines Flächenmanagement im Rahmen der Umsetzung einer Raum- und Siedlungsentwicklung, die darauf gerichtet ist, eine Integration und Verflechtung einander ergänzender Funktionen zu erreichen, um die Kosten für den Betrieb und Unterhalt der kommunalen Infrastruktur zu senken sowie die Lebensqualität der Einwohner zu erhöhen, unter Berücksichtigung: <ol style="list-style-type: none"> <li>1) einer nachhaltigen Mobilität, u.a. eine zielgerichtete Erhöhung des Anteils des Radverkehrs am Straßenverkehr, u.a. mittels: <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Ausweisung des Verlaufs der geplanten <i>Hauptradwege*</i> der Wojewodschaft Niederschlesien innerhalb der in der Planzeichnung Nr. 2 Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter dargestellten Korridore entsprechend den Vorgaben des „Radwegenetzkonzepts der Wojewodschaft Niederschlesien“ in den auf Gemeindeebene erstellten Studien,</li> <li>b) Entwurf und Umsetzung von Vorhaben zum Bau <i>sonstiger Radwege*</i> entlang der Wojewodschaftsstraßen, um die einzelnen Siedlungseinheiten enger miteinander zu vernetzen und hierbei die Ziele der alltäglichen Anfahrten zur Schule, zur Arbeitsstätte und Leistungen der Daseinsvorsorge oder Haltestellen und Umsteigeknoten des öffentlichen Personenverkehrs [Pendlerverkehr] direkt zu berücksichtigen, insoweit diese einzelne Reiseabschnitte bilden könnten (unter Berücksichtigung der jeweils an die Verkehrsdichte der einzelnen Straßenabschnitte angepasste verkehrssicherheitstechnischen Lösungen),</li> </ol> </li> <li>2) einer gemeinsamen Planung der Entwicklung der Wohnbebauung in Form eines jeweils komplexen Wohnumfelds unter Sicherstellung des Zugangs zu Grundleistungen der Daseinsvorsorge, der technischen Infrastruktur sowie der Anbindung des Wohnorts an den öffentlichen Personennahverkehr,</li> <li>3) Berücksichtigung der Schutzbelange wertvoller Naturräume und Kulturlandschaften sowie der jeweiligen örtlichen Identität,</li> <li>4) Berücksichtigung der Anforderungen an eine Gestaltung von Raumstrukturen, die es ermöglicht, Grün- und Freiflächen in Stadträumen, die mit den Grünanlagen und Parks dieser Stadträume verbunden sind, zu bewahren und deren Funktionen weiterhin zu nutzen,</li> <li>5) Berücksichtigung der Erforderlichkeit zur Begrenzung und ggf. Freihaltung einer Bebauung von bislang nicht bebauter Flächen [Außenbereich],</li> <li>6) Berücksichtigung der Erforderlichkeit zur Freihaltung des öffentlichen Raums im Rahmen der Strukturen der Flächennutzung in den Stadträumen,</li> <li>7) Gestaltung eines öffentlichen Raums mit hoher Alltagstauglichkeit und Aufenthaltsqualität, u.a. Revitalisierung stark beeinträchtigter und zerstörter Lebensräume.</li> </ol> </li> <li>2. Stärkung der funktionalräumlichen Kohärenz der Funktionalräume sowie ihrer externen Verflechtungen.</li> </ol>	



Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen

3. Stärkung der endogenen Potenziale von Lage und Charakter der städtischen Funktionalräume, die für ihre jeweilige Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung sind.

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans im Funktionalraum Legnica-Głogów sowie Empfehlungen\***

Gemeinden des FrLG, dargestellt in der Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen, ausgewiesen in der Aufstellung Nr. 3.

1. Einhaltung von sichereren, potenziellen Raumkonflikten vorbeugenden Entfernungen von bestehenden und geplanten Gebäuden der Kupferindustrie bei der Ausweisung von Flächen mit einer *Bebauung mit besonderen Anforderungen an den Lärmschutz\**. Empfohlen wird die Einhaltung ff. Mindestabstände:
  - 1) in sicherer Entfernung von Schächten je nach den im Umfeld des betreffenden Schacht auftretenden Bedingungen, jedoch nicht weniger als 400 m,
  - 2) 1.000 m von Kupferhütten,
  - 3) 1.000 m von Deponien bzw. Aufbereitungsanlagen von Bergbauabfällen mit einer Fläche von mehr als 2 km<sup>2</sup>.
2. Berücksichtigung in Studien der Gemeinden der Elemente von System der grünen Infrastruktur empfohlen zum Behalten sowie Verflechtung des Systems von grüner Infrastruktur, bestimmt in der Zeichnung der Planung Nr. 13 des Funktionalräumen Legnica-Głogów.

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen in den Funktionalräumen Legnica-Głogów, Jelenia Góra und Wałbrzych sowie Empfehlungen\***

Zinnerhalb der Zone I gelegener Gemeinden der o.g. Funktionalräume, wie in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen dargestellt und den Aufstellungen Nr. 2, Punkt 2, Nr. 3, Punkt 2 sowie Nr. 4, Punkt 2 benannt.

1. Ausweisung mind. eines großen und geschlossenen, öffentlich zugänglichen *Erholungsgebiets\** in den einzelnen Gemeinden, um den Einwohnern eine Freizeitgestaltung unter freiem Himmel zu ermöglichen und hierbei die Aufnahme und Vertiefung zwischenmenschlicher Beziehungen und sozialer Kontakte zu fördern. Ein öffentlich zugängliches, geschlossenes *Erholungsgebiet\** muss eine räumlich getrennte funktionale Einheit bilden oder aus mehreren, jedoch funktional miteinander verbundenen räumlichen Einheiten bestehen, die dem Begriff eines öffentlich zugänglichen *Erholungsgebiets\** entsprechen. Empfohlen wird, dass die Mindestfläche eines solchen öffentlich zugänglichen, geschlossenen *Erholungsgebiets\** beträgt:
  - 1) für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern: 20 ha,
  - 2) für Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern: 10 ha.
2. Im Rahmen der Bestimmung eines öffentlich zugänglichen *Erholungsgebiets\** für Siedlungseinheiten mit mehr als 250 Einwohnern, die fußläufig oder per Fahrrad erreichbar sind, wird empfohlen, Standorte einer räumlich getrennten funktionalen sowie räumlich geschlossenen Einheit eines öffentlich zugänglichen *Erholungsgebiets\** mit den folgenden Parametern auszuweisen:
  - 1) mit einer Mindestfläche von 0,2 ha in einer Entfernung von bis zu 800 m von Wohnbebauungen,
  - 2) mit einer Mindestfläche von 2,0 ha in einer Entfernung von bis zu 2.500 m von Wohnbebauungen.
3. Im Rahmen der Festlegung eines entsprechenden Mindestverhältnisses zwischen den Wohnbauflächen und den Flächen öffentlich zugänglicher *Erholungsgebiete\** mittels der Festsetzungen von Kennziffern der Mindestflächen öffentlich zugänglicher *Erholungsgebiete\** im Verhältnis zu den Wohnbauflächen in den entsprechenden *Leitlinien\** zu den Bebauungsplänen für diese Ortschaften, Stadt- oder Gemeindeteile, Siedlungs- oder Bilanzeneinheiten wird empfohlen, diese Kennziffer mittels der Bestimmung eines Verhältnisses zwischen den funktional gesondert ausgewiesenen Flächen öffentlich zugänglicher *Erholungsgebiete\** und den funktional gesondert ausgewiesenen Wohnbauflächen in Form eines Quotienten zu ermitteln, deren Mindestwert 0,1 beträgt.
4. Begrenzung einer Ausweisung von Flächen mit einer *Bebauung mit besonderen Anforderungen an den Lärmschutz\** von Gebieten, in denen die vom Straßenverkehr verursachten zulässigen überschritten werden. Empfohlen wird, außerhalb der Stadtgebiete Flächen mit einer *Bebauung mit besonderen Anforderungen an den Lärmschutz\** unter Einhaltung der folgenden Mindestabstände auszuweisen:
  - 1) 100 m von Bahnstrecken des Verkehrsnetzes TEN-V,
  - 2) 100 m von Autobahnen, Schnellverkehrsstraßen und Hauptstraßen mit beschleunigtem Verkehr,
  - 3) 50 m von Hauptstraßen.
5. Trennung von Flächen mit einer *Bebauung mit besonderen Anforderungen an den Lärmschutz\** von *Produktions- und/oder Dienstleistungsstandorten\** mittels Festlegung von Mindestabständen zwischen diesen Flächen und Standorten. Empfohlen wird, außerhalb der Stadträume einen Mindestabstand zwischen Flächen mit einer *Bebauung mit besonderen Anforderungen an den Lärmschutz\** sowie *Produktions- und/oder Dienstleistungsstandorten\** mit einer Fläche von mehr als 10,0 ha von 150 m festzulegen, unter Ausnahme von Bauten der



Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen

Kupferindustrie, für die eigens Parameter in den Festlegungen der Gemeinden nach Punkt 1 der verbindlichen Festlegungen für die Gemeinden im Bereich Grundsätze der vorbereitenden Bauleitplanung im FrLG bestimmt wurden.

6. Bestimmung von Mindestabständen zwischen Flächen mit einer *Bebauung mit besonderen Anforderungen an den Lärmschutz\** und nächstgelegenen Flächen, von denen potentielle Geruchsbelästigungen ausgehen. Empfohlen wird, diesbezüglich Flächen mit einer *Bebauung mit besonderen Anforderungen an den Lärmschutz\** unter Einhaltung der folgenden Mindestabstände auszuweisen:
  - 1) 400 m von Großbetrieben der industriemäßigen oder industriellen Tierproduktion, die mit ständigen erheblichen Umweltauswirkungen verbunden sein können (mehr als 210 VE),
  - 2) 300 m von bestehenden oder geplanten Großbetrieben der industriemäßigen oder industriellen Tierproduktion, die mit potenziellen erheblichen Umweltauswirkungen verbunden sind (60 bis 210 VE),
  - 3) 300 m von bestehenden oder geplanten Anlagen und Betrieben zur Verarbeitung und Lagerung von Abfällen.
7. Entwicklung von Raumstrukturen in Anlehnung an die Methode Transit Oriented Development (TOD). Empfohlen wird:
  - 1) Ausweisung von Wohnbauflächen einschl. der hiermit verbundenen Leistungen in erster Linie auf Flächen, die in einer Entfernung von:
    - a) 800 m von Bahnhöfen und Haltestellen entlang von Bahnstrecken,
    - b) 400 m von Bushaltestellen, gelegen sind.
 wobei die angegebenen Entfernungen den jeweiligen Schienenverkehrslärm im Einwirkungsbereich von Bahnstrecken berücksichtigen sollen sowie in vorderer Baulinie von Bahnhöfen und Haltestellen eine Bebauung mit Dienstleistungsgebäuden vorzusehen ist.
  - 2) Erstellung von *Leitlinien\**, im Rahmen derer eine fußläufige Erreichbarkeit für Einwohner der jeweiligen Siedlungseinheiten im Umkreis von bis zu 800 m folgender Leistungen/Haltestellen sichergestellt wird:
    - a) Leistungen der Grundversorgung in den Bereichen Bildung, Handel, Gastronomie, Gesundheit, Sport und Erholung, um die Mehrheit der Alltagsbedürfnisse der betreffenden Einwohner zu befriedigen,
    - b) oder einer ÖPNV-Haltestelle, insb. Haltestellen entlang von Bahnstrecken.
  - 3) Erstellung von *Leitlinien\** zur Begrenzung einer Raumentwicklung von *Siedlungseinheiten\**, die über keinen Zugang zu Bahnhöfen und Haltestellen entlang von Bahnstrecken oder Bushaltestellen verfügen oder nicht im Einzugsbereich einer Grundschule gelegen sind. Eine Ausweisung derartiger Flächen zur Wohnbebauung im Rahmen der Raumentwicklung sollte in vornehmlich für noch unbebaute Flächen erfolgen, die Lücken innerhalb der Bebauung von *Siedlungseinheiten\** [Innenbereich] bilden, und sollten derartige Flächen nicht mehr zur Verfügung stehen, auf Flächen in unmittelbarer Nachbarschaft zur Bebauung, jedoch nicht weiter entfernt als 100 m von der Grenze einer *Siedlungseinheit\**, die vollständig ausgeprägt und eine in sich geschlossene funktionalräumliche Struktur bildet.
8. Erstellung von *Leitlinien\** zur Begrenzung einer Wohnbebauung mit Mehrfamilienhäusern außerhalb von Städten, die über eine sog. niedrige Bebauung hinausgeht. Es wird empfohlen, eine solche Bebauung in einer Entfernung von bis zu 800 m von Bahnhöfen und Haltestellen entlang von Bahnstrecken bzw. 400 m von Bushaltestellen oder Grundschulen festzusetzen.
9. Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten der Sonneneinstrahlung bei der Erstellung von *Leitlinien\** zur Gestaltung von Wohnbauflächen unter der Blickwinkel einer optimalen Nutzung von Solarenergie zur Erzeugung von Wärme- und elektrischer Energie sowie zur Verringerung von Wärmestau in Gebäuden mittels Festsetzung von Grundsätzen zur:
  - 1) entsprechenden Gestaltung des Straßennetzes, um die Ausrichtung der Wohnbebauung vorzubestimmen,
  - 2) Gestaltung der Bebauungshöhe auf den benachbarten Flächen,
  - 3) Anpassung der Dacharten und ihrer Neigung an die örtlichen Gegebenheiten,
  - 4) Sättigung von Wohnbauflächen mit Grünflächen, vor allem mit Hochgrün,
  - 5) Begrenzung bzw. Vermeidung einer Entstehung größerer versiegelter Flächen, auf denen ausgeprägten Effekten einer Wärmeakkumulation auftreten,
  - 6) Unterteilung großer versiegelter Flächen mit Verschattungselementen.
10. Erstellung von *Leitlinien\** zur Gestaltung einer Flächennutzung sowie ihrer Bebauung und baulichen Ausstattung unter Berücksichtigung der Luftaustauschprozesse mittels Festsetzung von Grundsätzen zur:
  - 1) Gestaltung einer Siedlungsstruktur und Flächennutzung entsprechend den lokalen Luftaustauschprozessen in Wohnbau- und Bauerwartungsflächen,



Perspektive 1.1. Stärkung des Potenzials des Wojewodschaftszentrums sowie der regionalen Zentren mittels ihrer Verflechtung mit den jeweiligen Funktionalräumen

2) Berücksichtigung von Grünflächen als die lokalen Luftaustauschprozesse beeinflussende Elemente, 3) Bestimmung des Anteils biologisch aktiver Flächen sowie von Hochgrün, u.a. auf Verkehrsflächen, 4) Errichtung von Spalieren oder Baumalleen im Bereich von Straßenrandstreifen oder unmittelbarer Nähe, 5) Berücksichtigung des Baus von Bogengängen oder Arkaden, die sowohl einen Luftaustausch ermöglichen als auch Durchgangsmöglichkeiten für die Bewohner bieten, sollte es nicht möglich sein, Spaliere oder Alleen entlang der Straßenrandstreifen der Quartier- oder durchgehenden Fassadenbebauung in der verdichteten innerstädtischen Bebauung zu errichten.	
11. Vorhaltung von Frei- und Grünflächen (unter Ausschluss von Straßen und Erschließungsnetze bebauter Flächen) zwischen den <i>Siedlungseinheiten</i> *. Empfohlen wird, dass diese Frei- und/oder Grünflächen mind. 500 m breit sind, und sollte die Entfernung zu bebauten Flächen geringer als 500 m sein, eine Begrenzung der weiteren Bebauung von Flächen vorzunehmen, um einer weiteren Verringerung der betroffenen Frei- und/oder Grünflächen zwischen den <i>Siedlungseinheiten</i> * vorzubeugen.	
12. Integrierte Verkehrsplanung mittels Ausweisung sog. Integrierter Umsteigeknoten in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden einschl. ihres Baus.	
13. Freihaltung von hochwassergefährdeten Grünflächen und Feuchtgebieten einschl. Wälder, Parks, Baumalleen sowie als ökologische Korridore dienender Gebiete als potenzielle Flächen einer künftigen Grünen Infrastruktur.	
14. Im Falle der Erstellung von Konzepten „Grüne Infrastruktur“ sollen die hierin getroffenen Feststellungen in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden berücksichtigt werden, um deren kohärente Umsetzung sicherzustellen.	
15. Ausweisung ökologischer Korridore einschl. Flussläufe in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden. Freihaltung der Grünrandstreifen kleinerer Bachläufe und Meliorationsanlagen entlang der Flussläufe.	
16. Ausweisung von Verbindungen (Kontinuität) zwischen den Frei- und Grünflächen in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden, insoweit diese hinsichtlich ihrer Nutzung als Waldgebiete, landwirtschaftliche Flächen, Parks, Schrebergärten sowie mit Oberflächenwasserkörper verbundene Flächen, u.a. Feuchtgebiete, klassifiziert wurden.	
17. Entwurf und Umsetzung von Vorhaben zum Bau <i>sonstiger Radwege</i> * entlang der Wojewodschafts- und Kreisstraßen, um die einzelnen Siedlungseinheiten enger miteinander zu vernetzen und hierbei die Ziele der alltäglichen Anfahrten zur Schule, zur Arbeitsstätte und Leistungen der Daseinsvorsorge oder Haltestellen und Umsteigeknoten des öffentlichen Personenverkehrs [Pendlerverkehr] direkt zu berücksichtigen, insoweit diese einzelne Reiseabschnitte bilden könnten (unter Berücksichtigung der jeweils an die Verkehrsdichte der einzelnen Straßenabschnitte angepasste verkehrssicherheitstechnischen Lösungen).	Stadt Legnica, Stadt Jelenia Góra, Stadt Wałbrzych

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen: Standorte öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung:**

Berücksichtigung von Bauvorhaben:	
1. Bau von Haltestellen entlang der Bahnstrecke Wrocław-Jelenia Góra 74 sowie des regionalen Bahnverkehrs (Bahnstrecke 311).	Stadt Jelenia Góra
2. Sanierung ausgewählter Bahnhöfe entlang der Bahnstrecke 274, Abschnitt Wrocław - Boguszów Gorce Zachód einschl. Verlängerung der Bahnstrecke 311 sowie ausgewählter Bahnhöfe entlang der Bahnstrecke 282 einschl. des Bahnhofs Malczyce entlang der Bahnstrecke 275	Stadt Boguszów-Gorce, Stadt Bolesławiec, Kąty Wrocławskie, Malczyce, Stadt Wałbrzych, Węgliniec, Żarów

\* Begriffsbestimmung im Wörterbuch in Kapitel A vorliegenden Textteils.



#### D.1.2. PERSPEKTIVE 1.2. ENTGEGENWIRKEN VON TENDENZEN EINER VORANSCHREITENDEN PERIPHERISIERUNG BZW. MARGINALISIERUNG PERIPHERER (LÄNDLICHER) RÄUME.

Ein Teil der Gebiete in der Wojewodschaft unterliegt aufgrund ihrer Lage Prozessen, die sie an den Rand der Verflechtungssysteme in der Region drängen. Eine Chance besteht für sie darin, ihre Anbindungen an die Verkehrsnetze in den wichtigsten Stadträumen der Region zu stärken und zu verbessern, die einerseits große Arbeitsmärkte bilden und andererseits qualitativ hochwertige Kultur- und Bildungsangebote unterbreiten. Ein Ausbau der Straßennetze selbst bringt häufig keine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und ist darüber hinaus nicht selten mit nachteiligen Umweltauswirkungen verbunden. Um einer fortgesetzten Peripherisierung der betroffenen Räume vorzubeugen ist es sinnvoll, multimodale Verkehrssysteme in der Region zu errichten, so dass die Einwohner der von einer Marginalisierungstendenzen betroffenen peripheren (ländlichen) Räume Zugang sowohl zum Straßen- wie auch zum Schienenverkehr erhalten. Dies erfordert es, in diesen Räumen stillgelegte sowie bereits rückgebauete Strecken wieder in Betrieb zu nehmen.

Bogatynia, Zgorzelec und Kudowa-Zdrój sind örtliche Zentren, die in jeweils nur schwach an die jeweiligen Zentren überörtlicher Bedeutung angebotenen Gebieten gelegen sind. Eine Anbindung dieser Städte an die auf gegenüberliegender Seite der Grenze gelegenen Städte Hrádek nad Nisou, Zittau, Görlitz und Náchod stärkt ihre Potenziale in den Bereichen Bevölkerung, Arbeitsplätze und Dienstleistungen. Vor allem Zgorzelec und Görlitz verfügen über ein gemeinsames Potenzial, sich zu einer Stadt überörtlicher Bedeutung zu entwickeln.

Der Grenzraum Niederschlesien verfügt über ein erhebliches Entwicklungspotenzial. Eine Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Kontakte, die eine Chance für diesen Raum darstellen, ist ohne ein funktionstüchtiges Verkehrsnetz nur schwerlich möglich. Die unzureichende Qualität der Verkehrsinfrastruktur begrenzt den Warenaustausch und trägt zu einer Marginalisierung bei. Darüber hinaus beeinträchtigen die sich überlagernden Probleme bereits im Rahmen der Organisation den kleinen Grenzverkehr bzw. die Freizügigkeit. Ein Teil dieser in den einzelnen Grensräumen auftretenden Probleme können regionalplanerisch oder auf Ebene der einzelnen Kommunalverwaltungen nicht gelöst werden. Niederschlesien als im polnisch-tschechisch-deutschen Grenzraum gelegene Region ist hingegen bestrebt, die Verkehrsinfrastruktur im Rahmen einer Verbesserung der Erreichbarkeit betroffener Grensräume zu entwickeln.

Parallel hierzu sollten ergänzende Maßnahmen zur Vermeidung einer voranschreitenden Peripherisierung sowie zur Stärkung einzelner örtlicher Zentren ergriffen werden, die in den von einem Mangel u.a. an Arbeitsplätzen sowie Freizeiteinrichtungen gekennzeichneten strukturschwachen Räumen gelegen sind. Diese Maßnahmen sollten jeweils ortsgebunden erfolgen, unter Berücksichtigung des jeweils spezifischen Bedarfs sowie vor allem auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gerichtet sein. Bezugnehmend u.a. auf Städte, die ihre sozioökonomischen Funktionen verlieren, formuliert die Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung [SVE] entsprechende Richtlinien. In der nachstehenden Tabelle werden diese als Maßnahmen einer hierauf gerichteten Politik vorgestellt, worunter Maßnahmen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Raumordnung, wie bspw. Revitalisierungsmaßnahmen, gefasst werden.

Tabelle 5. Perspektive 1.2. Entgegenwirken von Tendenzen einer voranschreitenden Peripherisierung bzw. Marginalisierung peripherer (ländlicher) Räume.

Perspektive 1.2. Entgegenwirken von Tendenzen einer voranschreitenden Peripherisierung bzw. Marginalisierung peripherer (ländlicher) Räume.

Perspektive 1.2. Entgegenwirken von Tendenzen einer voranschreitenden Peripherisierung bzw. Marginalisierung peripherer (ländlicher) Räume.

#### **Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:**

1. Gestaltung einer der voranschreitenden Peripherisierung vorbeugenden sowie die multifunktionale Entwicklung städtischer Zentren und ihres Umlands dienenden Politik, die eine Herausbildung von nachhaltigen Voraussetzungen für die sozioökonomischen Entwicklung sowie entsprechender Strukturen begünstigt:
  - 1) regionaler Zentren als wichtiger Elemente einer ausgeglichenen Entwicklung in der Wojewodschaft, die ergänzend zum Wojewodschaftszentrum Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen, um ihre Stellung innerhalb der Siedlungsstruktur sowie ihre Bedeutung für die sozioökonomische Entwicklung der Gesamtregion nicht weiterhin zu schwächen sowie Krisensituationen vorbeugen zu können: Jelenia Góra und Wałbrzych einschl. ihrer Funktionalräume,
  - 2) örtlicher Zentren erster Ordnung, die als übergeordnete Zentren den Einwohnern umliegender, aufgrund ihrer schwachen verkehrlichen Anbindung an die jeweils übergeordneten Verkehrsnetze von Marginalisierung betroffener Ortschaften einen guten Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge und zum Arbeitsmarkt sicherstellen: Kłodzko, Bolesławiec,
  - 3) örtlicher Zentren zweiter Ordnung, die in von Marginalisierung betroffenen peripheren Räumen gelegen sind: Góra, Wołów, Lwówek Śląski, Jawor, Złotoryja, Kamienna Góra, Strzelin, Ząbkowice Śląskie, Lubań.
2. Gestaltung einer Politik, die ein Zusammenwachsen von Grenzstädten ermöglicht: Zgorzelec/Görlitz, Kudowa-Zdrój/Náchod, Bogatynia/Hrádek/Zittau.
3. Gestaltung einer der Umsetzung der Entwicklungsstrategie Sudeten 2030<sup>18</sup> begünstigenden Politik.
4. Stärkung der Verkehrsanbindungen im Grenzraum, u.a.:
  - 1) Bau von Straßenbrücken über die Lausitzer Neiße: Pieńsk – Deschka und Bogatynia/Trzcinec Dolny – Hirschfeld

#### **Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Umsetzung der in der Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung festgelegten Richtlinien für Mittelstädte, die aufgrund anhaltender Marginalisierungstendenzen einer zielgerichteten Unterstützung bedürfen, um ihre Stellung innerhalb der Siedlungsstruktur sowie ihre Bedeutung für die sozioökonomische Entwicklung der Gesamtregion nicht weiterhin zu schwächen sowie Krisensituationen vorbeugen zu können: Bielawa, Bolesławiec, Dzierżonów, Jawor, Jelenia Góra, Kamienna Góra, Kłodzko, Lubań, Nowa Ruda, Świebodzice, Wałbrzych, Ząbkowice Śląskie, Zgorzelec, Złotoryja.
2. Berücksichtigung der Entwicklung des Funktionalraums Sudeten im Rahmen dieser Politik, da es sich um einen von Marginalisierung betroffenen sowie Prozessen der Peripherisierung unterliegenden Raum handelt.
3. Gestaltung einer der voranschreitenden Peripherisierung vorbeugenden sowie die Entwicklung unterstützen Politik: örtlicher Zentren erster Ordnung, die als übergeordnete Zentren den Einwohnern umliegender, aufgrund ihrer schwachen verkehrlichen Anbindung an die jeweils übergeordneten Verkehrsnetze von Marginalisierung betroffener Ortschaften einen guten Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge und zum Arbeitsmarkt sicherstellen: Kłodzko, Bolesławiec.
4. Gestaltung einer Politik, die ein Zusammenwachsen von Grenzstädten ermöglicht: Zgorzelec/Görlitz, Kudowa-Zdrój/Náchod, Bogatynia/Hrádek/Zittau.
5. Entgegenwirken einer voranschreitenden Peripherisierung von Städten im Verhältnis zu den jeweils übergeordneten Orten mittels Etablierung von Systemen eines multimodalen Verkehrs einschl. Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken:
  - 1) Kowary – Kamienna Góra,
  - 2) Turoszów – Bogatynia,
  - 3) Bielawa Zachodnia – Srebrna Góra,
  - 4) Strzelin – Łagiewniki.
6. Stärkung der Verkehrsanbindungen in den Grenzräumen, u.a.:
  - 1) Erhöhung der zulässigen Gesamtmasse für Landesstraßen im Bereich der Grenzübergänge: DK 33 (Boboszów/Dolna Lipka), DK 35 (Golińsk/Starostin) nutzende Lastkraftwagen,
  - 2) Erhöhung der zulässigen Gesamtmasse für Wojewodschaftsstraßen im Bereich der Grenzübergänge: DW 352 (Bogatynia/Kunratice), DW 355 (Zawidów/Habartice), DW 361 Czarniawa Zdrój/ Nové Město pod

<sup>18</sup> „Strategie zur sozio-ökonomischen Entwicklung des südlichen und westlichen Teils der Wojewodschaft Niederschlesien 2020-2030, bezogen auf die Nuts-3-Regionen (Subregionen) Wałbrzych und Jelenia Góra – Entwicklungsstrategie Sudeten 2030“, verabschiedet mit Beschlüssen der einzelnen Gemeinde- und Stadtverordnetenversammlungen sowie Kreistage, bspw. Beschluss Nr. L/224/2018 des Kreistags Złotoryja vom 25. Oktober 2018.



Perspektive 1.2. Entgegenwirken von Tendenzen einer voranschreitenden Peripherisierung bzw. Marginalisierung peripherer (ländlicher) Räume.

Smrkem) sowie DW 385 (Tłumaczów/Otovice) nutzende Lastkraftwagen,	
3) Anpassung des Ausbaustandards von Bahnstrecken an die Anforderungen eines regelmäßigen Personenverkehrs: 274/290/344 Zgorzelec – Zawidów/Frydlant, 298/299 (einschl. Verbindungsgleis 774) Sędzistaw – Kamienna Góra – Lubawka/Kralovec sowie 291 Boguszów-Gorce – Mieroszów/Mezimesti,	
4) Instandsetzung der Bahnstrecke 346 Liberec – Zittau einschl. Bau einer Haltestelle in Porajów	
<b>Empfehlungen an die Gemeinden:</b>	
1. Berücksichtigung der in den Nachbarstädten getroffenen planerischen Festsetzungen in den jeweiligen Flächennutzungsplänen. Gemeinsame, grenzübergreifende Abstimmung von Änderungen im Rahmen der Raumplanung und Flächennutzung.	Stadt Bogatynia, Stadt Kudowa-Zdrój, Stadt Zgorzelec
2. Berücksichtigung der Umsetzung folgenden Investitionsvorhabens in den FNP: Bau einer Brücke über die Dzika Orlica [Wilde Adler].	Bystrzyca Kłodzka, Stadt Duszniki-Zdrój, Międzyzlesie
3. Berücksichtigung der in der Entwicklungsstrategie Sudeten 2030 getroffenen Festlegungen in den Entwicklungsstrategien auf Gemeindeebene	Gemeinden des Funktionalraums Sudeten
4. Berücksichtigung einer eventuellen Umsetzung der in den Kooperationsprogrammen INTERREG Polen-Freistaat Sachsen 2014-2020 sowie Interreg V-A Tschechische Republik-Polen 2014-2020 genannten Investitionsvorhaben im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung auf Gemeindeebene:	
1) Instandsetzung der Wojewodschaftsstraße DW 351 Pieńsk – Jędrzychowice einschl. ul./Str. Bolesławiecka.	Pieńsk, Zgorzelec, Stadt Zgorzelec
2) Instandsetzung der Wojewodschaftsstraße DW 353 Pieńsk – Strzelno.	Pieńsk
<b>Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:</b>	
1. Berücksichtigung der beabsichtigten Wiederinbetriebnahme der stillgelegten Bahnstrecke Bojanowo – Góra – Szlichtyngowa – Głogów im Rahmen der Raumplanung.	Wojewodschaften Lubuskie, Großpolen
2. Berücksichtigung der beabsichtigten Wiederinbetriebnahme der stillgelegten Bahnstrecke Zawidów - Sulików - Mikułowa – Zgorzelec einschl. ihrer Modernisierung im Rahmen der Raumplanung	Tschechische Republik
3. Berücksichtigung der beabsichtigten Instandsetzung der stillgelegten Bahnstrecke Liberec – Zittau einschl. Bau einer Haltestelle in Porajów.	Tschechische Republik, Bundesrepublik Deutschland
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen im grenznahen Funktionalraum:</b>	
1. Vorhaltung von Flächen für neue Straßen-, Fahrrad- und Fußgängerbrücken über die Lausitzer Neiße zwecks Verbesserung der gegenseitigen grenzüberschreitenden Erreichbarkeit.	Bogatynia, Pieńsk, Stadt Zgorzelec, Zgorzelec
2. Vorhaltung von Flächen (rückgebauter Bahnstrecken) für Verkehrszwecke zwecks Sicherstellung einer möglichen Umsetzung von Verkehrsvorhaben in den vorgehaltenen Geländestreifen ohne vorherbestimmte Geometrie und Streckenneigung; ermöglicht werden sollen die Umsetzung von Verkehrsvorhaben wie Schnellfahrstrecke Wrocław – Prag, Wiederaufbau von Bahnstrecken, Bau von Radwegen, Bau von Straßen. Hiervon betroffen sind ff. Vorhaben:	
1) ehem. Bahnstrecke 284, Abschnitt Mirsk – Pobiedna/Staatsgrenze,	Leśna, Mirsk
2) ehem. Bahnstrecke 291, Abschnitt von Boguszowa-Gorcy Wschód bis zur Bahnstrecke 869 in Wałbrzych Szczawienko,	Stadt Boguszów-Gorce, Stadt Szczawno-Zdrój, Stadt Wałbrzych
3) Abschnitt Nebengleis Bergwerk in Tłumaczów – Staatsgrenze,	Radków
4) Abschnitt Świebodzice – Świebodzice Stare	Stadt Świebodzice
5) Bahnstrecke 284 Gryfów Śląski – Lwówek Śląski	Gryfów Śląski, Lubomierz, Lwówek Śląski

Perspektive 1.2. Entgegenwirken von Tendenzen einer voranschreitenden Peripherisierung bzw. Marginalisierung peripherer (ländlicher) Räume.

6) Bahnstrecke 372 Bojanowo – Góra – Szlichtyngowa – Głogów,	Góra, Niechlów, Głogów
7) Bahnstrecke 318 Srebrna Góra – Bielawa Zachodnia	Stoszowice, Dzierżonów, Bielawa
8) Bahnstrecke 330 Kamienna Góra - Okrzeszyn	Stadt Kamienna Góra, Kamienna Góra, Lubawka
9) Bahnstrecke 318 Srebrna Góra – Nowa Ruda Słupiec	Stoszowice, Nowa Ruda, Stadt Nowa Ruda
10) Bahnstrecke 327 Nowa Ruda Słupiec – Radków	Radków

D.1.3. PERSPEKTIVE 1.3. STÄRKUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER WOJEWODSCHAFT IM BEREICH INVESTITIONSFÖRDERUNG MITTELS AUSWEISUNG OPTIMALER STANDORTE FÜR NEUE INVESTITIONSVORHABEN.

In Niederschlesien kann eine große räumliche Differenzierung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus beobachtet werden. Streifen und Gebiete mit dem höchsten wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und -potenzial sind vorrangig im Umland der größeren Städte sowie entlang der wichtigsten, übergeordneten Verkehrswege gelegen. Eine räumliche Konzentration der für die wirtschaftliche Entwicklung nachteiligen Merkmale liegt hingegen im Norden der Wojewodschaft Niederschlesien, in den Landkreisen Głogów und Góra, vor.

Unabhängig vom jeweils erreichten Stand der wirtschaftlichen Entwicklung suchen die Kommunalverwaltungen nach immer neuen Investoren, wobei sie im Rahmen der planerischen Vorbereitung und Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen unterschiedlich ausgeprägte Aktivitäten aufweisen. Infolgedessen hat sich in der Raumstruktur der Wojewodschaft ein Netz von Industrie- und Gewerbeflächen herausgebildet. In den Planungsdokumenten auf Gemeindeebene ausgewiesen sind häufig einzelne Standorte, die hierfür eher ungünstig gelegen sind.

Die in Vorbereitung vorliegenden Plans erstellte multikriterielle Entscheidungsanalyse für das Gesamtgebiet der Wojewodschaft ließ Rückschlüsse dahingehend zu, welche Standorte für die Entwicklung wirtschaftlicher Funktionen am besten geeignet sind. Diese optimalen Standorte für neue Investitionsvorhaben wurden in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen abgebildet.

Um einen aus den jeweiligen Standortfaktoren resultierenden optimalen Nutzen zu erzielen sowie räumlichen Konflikten bestmöglich vorzubeugen ist es erforderlich, die auf allen Verwaltungsebenen ergriffenen Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Neben den planerischen Maßnahmen, die auf allen Verwaltungsebenen ergriffen und umgesetzt werden sollten, bilden Erschließung und Marketing von optimalen Standorten als Investitionsangebot der Region Niederschlesien eine besondere Maßnahme, die ihr ein gewisses Alleinstellungsmerkmal verleiht.

Tabelle 6. Perspektive 1.3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wojewodschaft im Bereich Investitionsförderung mittels Ausweisung optimaler Standorte für neue Investitionsvorhaben.

Perspektive 1.3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wojewodschaft im Bereich Investitionsförderung mittels Ausweisung optimaler Standorte für neue Investitionsvorhaben.

#### **Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:**

1. Festsetzung von in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen dargestellten *optimalen Standorten für neue Investitionsvorhaben*\* als den Unternehmen empfohlene optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben im Rahmen des Flächenmanagements sowie bei der Erstellung von Investitionsentwicklungsplänen i.S.v. Art. 9 Gesetz zur Förderung neuer Investitionsvorhaben vom 10. Mai 2018.
2. Erstellung komplexer Programme zur Revitalisierung und organisatorischen sowie finanziellen Unterstützung von Revitalisierungsmaßnahmen von Konversionsflächen aus militärischer und wirtschaftlicher Nutzung einschl. Industriebrachen sowie ehem. Bahngeländen in Gebieten, die als *optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben*\* ausgewiesen sowie entsprechend in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen darge-



Perspektive 1.3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wojewodschaft im Bereich Investitionsförderung mittels Ausweisung optimaler Standorte für neue Investitionsvorhaben.

stellt wurden.

3. Förderung der erforderlichen technischen und Verkehrserschließung ausschließlich von Gebieten, die als *optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben\** ausgewiesen sowie entsprechend in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen dargestellt wurden, vor allem im Rahmen der technischen und organisatorischen Unterstützung baulicher Maßnahmen zur Verkehrserschließung *optimaler Standorte für neue Investitionsvorhaben\** (Zufahrtsstraßen und Anbindung an das örtliche Verkehrsnetz).

#### **Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Festlegung der von der Selbstverwaltung der Wojewodschaft empfohlenen sowie entsprechend in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen ausgewiesenen *optimalen Standorte für neue Investitionsvorhaben\** als entscheidendes Kriterium für die Empfehlung optimaler Standorte für neue Investitionsvorhaben an Unternehmer i.S. des Art. 7 Abs. 2 Punkt 10 Gesetz zur Förderung neuer Investitionsvorhaben vom 10. Mai 2018.
2. Finanzielle und organisatorische Unterstützung baulicher Maßnahmen zur Verkehrserschließung (Zufahrtsstraßen und Anbindung an das örtliche Verkehrsnetz) der entsprechend in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen ausgewiesenen *optimalen Standorte für neue Investitionsvorhaben\** als den Unternehmern empfohlene optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben.
3. Organisatorische und finanzielle Unterstützung von Revitalisierungsmaßnahmen von Konversionsflächen aus militärischer und wirtschaftlicher Nutzung einschl. Industriebrachen sowie ehem. Bahngeländen in Gebieten, die als *optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben\** ausgewiesen sowie entsprechend in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen dargestellt wurden, als den Unternehmern empfohlene optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben.

#### **Empfehlungen an die Gemeinden:**

Berücksichtigung der in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen ausgewiesenen *optimalen Standorte für neue Investitionsvorhaben\** in den Flächennutzungsplänen der Städte und Gemeinden als Industrie- bzw. ggf. Gewerbegebiet (Gebäude und Bauten in Verbindung mit der Herstellung von Gütern und Materialien) sowie als den Unternehmern empfohlene optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben i.S. des Art. 7 Abs. 2 Punkt 10 Gesetz zur Förderung neuer Investitionsvorhaben vom 10. Mai 2018.

Stadt Bielawa, Bierutów, Bogatynia, Stadt Bolesławiec, Bolesławiec, Borów, Brzeg Dolny, Długołęka, Dobromierz, Stadt Chojnów, Chojnów, Domaniów, Stadt Dzierżoniów, Dzierżoniów, Gaworzycze, Stadt Głogów, Głogów, Grębocice, Gromadka, Jawor, Jaworzyna Śląska, Jelcz-Laskowice, Stadt Jelenia Góra, Jerzmanowa, Jordanów Śląski, Stadt Kamienna Góra, Kamienna Góra, Kąty Wrocławskie, Stadt Kłodzko, Kłodzko, Kobierzycze, Kostomłoty, Krotoszyce, Stadt Legnica, Legnickie Pole, Stadt Lubań, Lubań, Lubawka, Stadt Lubin, Lubin, Łagiewniki, Malczyce, Marcinowice, Męcinka, Mietków, Miękinia, Miłkowice, Mściwojów, Nowa Ruda, Stadt Oleśnica, Oleśnica, Stadt Oława, Oława, Oborniki Śląskie, Paszowice, Pieszyce, Polkowice, Prochowice, Prusice, Radwanice Rudna, Ruja, Siechnice, Sobótka, Strzegom, Strzelin, Sulików, Stadt Szczawno-Zdrój, Stoszowice, Środa Śląska, Stadt Świdnica, Świdnica, Stadt Świebodzice, Trzebnica, Udanin, Stadt Wałbrzych, Warta Bolesławiecka, Wądroże Wielkie, Wiązów, Wisznia Mała, Wołów, Stadt Wrocław, Zagrodno, Ząbkowice Śląskie, Stadt Zgorzelec, Zgorzelec, Stadt Złotoryja, Złotoryja, Żarów, Żórawina, Żukowice

#### **Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten: k.A.**

#### **Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von FNP: k.A.**

\* Der Begriff wurde im Wörterbuch in Kapitel A vorliegenden Textteils definiert.



#### D.1.4. PERSPEKTIVE 1.4. ERHÖHUNG DER RÄUMLICHEN ZUGÄNGLICHKEIT ZU DEN LEISTUNGEN DER DASEINSVORSORGE FÜR MENSCHEN MIT KÖRPERLICHEN BEEINTRÄCHTIGUNGEN.

Nach Angaben des Statistischen Hauptamts GUS leben über 240.000<sup>19</sup> Menschen mit Behinderungen in Niederschlesien; dies sind ca. 8,3 % der Bevölkerung in der Region. Trotz der seitens unterschiedlichster staatlicher Behörden und Institutionen sowie von Nichtregierungsorganisationen stetig ergriffenen Maßnahmen und Initiativen treffen ältere Menschen sowie Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen noch immer auf grundsätzliche Schwierigkeiten bei der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, der gleichberechtigten Teilhabe am kulturellen Leben sowie beim Zugang zum öffentlichen Personenverkehr. Diese Barrieren beschränken nicht nur die eigenständige, aktive Lebensführung von Menschen mit Behinderungen, sondern tragen ebenso zu ihrer zunehmenden sozialen Isolation bei.

Das Gebot, allen gleiche Chancen zuzusichern, ebenso Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen, resultiert aus den in der Verfassung der Republik Polen verankerten Grundrechten (Art. 30, 32, 68 und 69) sowie internationalen Verträgen, u.a. Konventionen. Die Zusicherung eines gleichberechtigten Zugangs zum öffentlichen Raum und zu den öffentlichen Leistungen für alle, u.a. Menschen mit Behinderungen, ist darüber hinaus in der regionalen Entwicklungspolitik der Wojewodschaft verankert, die in ihrer Entwicklungsstrategie für die Wojewodschaft Niederschlesien 2030 das strategische Ziel 2.2. Entwicklung und Instandsetzung der regionalen öffentlichen Infrastruktur unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen sowie älteren Menschen formulierte. Ebenso muss die festgelegt werden, dass Bestandsaufnahmen und Audits der im öffentlichen Raum auftretenden baulichen Barrieren für Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen (Motorik, Sehen, Gehör) erforderlich sind. Um die entsprechende Herstellung der Barrierefreiheit zu beschleunigen und damit die Zugänglichkeit zum öffentlichen Raum für Menschen mit Behinderungen unter Berücksichtigung von Bereichen wie Wohnen, öffentliche Gebäude, Verkehr, Bildung und Beschäftigung, zu erhöhen, ist es zugleich notwendig, Verfahren und systemische Ansätze – sowohl rechtlich wie auch in finanzieller Hinsicht – zu erstellen. In nachstehender Tabelle wurden Maßnahmen im Rahmen dieser Politik zusammengefasst, die sich an alle Gemeinden in der Wojewodschaft Niederschlesien richten.

Tabelle 7. Perspektive 1.4. Erhöhung der räumlichen Zugänglichkeit zu den Leistungen der Daseinsvorsorge für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.

Perspektive 1.4. Erhöhung der räumlichen Zugänglichkeit zu den Leistungen der Daseinsvorsorge für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.

##### **Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:**

1. Erstellung eines komplexen Programms zur Erhöhung der Zugänglichkeit zum öffentlichen Raum sowie zu öffentlichen Leistungen für Menschen mit Behinderungen nach Durchführung einer detaillierten Bestandsaufnahme einschl. Audit.

##### **Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Einführung des Begriffs „Universelles Design“ in die Verfahren der Raumordnung und Raumplanung.

##### **Empfehlungen an die Gemeinden:**

- |   |                |
|---|----------------|
| 1. Umsetzung einer Raumordnungspolitik auf Gemeindeebene, die eine hohe Lebensqualität der Einwohner sicherstellt, mittels:   | alle Gemeinden |
| 1) planerischen Festsetzungen von Wohnbaufläche, öffentlichem Raum sowie öffentlicher Infrastruktur, die den Anforderungen an die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen erfüllen, |                |
| 2) Festlegung des Anteils neu gebauter Kommunalwohnungen für Menschen mit Behinderungen;  |                |
| 2. Berücksichtigung einer erforderlichen Durchführung von Be-   |                |

<sup>19</sup> Angaben des Statistischen Hauptamts (GUS), Menschen mit Behinderungen im Alter von 16 Jahren und älter nach ihrer Aktivität, GUS 2017





Perspektive 1.4. Erhöhung der räumlichen Zugänglichkeit zu den Leistungen der Daseinsvorsorge für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.

standsaufnahmen und Audits der im öffentlichen Raum auftretenden baulichen Barrieren für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen.	
--	--

**Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten: keine**

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von FNP: k.A.**

D.2. ZIEL 2. EFFIZIENTE UND NACHHALTIGE NUTZUNG VON RESSOURCEN: SCHUTZ VON NATURRÄUMEN, LANDSCHAFTEN UND KULTURGÜTERN

D.2.1. PERSPEKTIVE 2.1. SCHAFFUNG EINES ZUSAMMENHÄNGENDEN REGIONALEN SCHUTZGEBIETSSYSTEMS IM RAHMEN DER NATIONALEN UND EUROPÄISCHEN STRUKTUREN

Das regionale Schutzgebietssystem der Wojewodschaft Niederschlesien besteht aus Gebieten, die den unterschiedlichsten Kategorien des Natur- und Landschaftsschutzes unterstellt wurden, wie ebenso Korridore sowie Puffer- und Entwicklungsflächen, die derzeit keiner der Schutzgebietskategorien zugeordnet wurden. Die Aufrechterhaltung der Funktionstüchtigkeit des Gebietssystems, das eng in das nationale und europäische Verbundsystem eingebunden sein sowie den Schutz der Lebensräume und die ungehinderte Migration der Tier- und Pflanzenarten gewährleisten sollte, bedarf einer Vielzahl von Maßnahmen auf den unterschiedlichsten Kompetenzebenen, von der nationalen über die regionale bis hin zur lokalen Ebene. Der Schutz der Naturräume sollte einhergehen mit Maßnahmen, die dem Erhalt der kulturellen Güter und der Landschaft dienen, wie sie gemein das Natur- und Kulturerbe der Region bilden und von ihrer über Jahrhunderte hinweg herausgebildeten Identität zeugen.

Zu den diesbezüglich wichtigsten Maßnahmen zählt es, einer fortschreitenden Fragmentierung der Naturräume entgegenzuwirken sowie die wichtigsten Verbindungen zwischen ihnen, d.h. die Knotenbereiche im Schutzgebietsnetz, zu stärken. Hierzu muss man nach wirksamen Lösungen suchen, um Rolle und Bedeutung der ökologischen Korridore zu stärken, sowohl mittels einer Ausweisung neuer Schutzgebiete (bspw. Landschaftsschutzgebiete), wie auch mittels gezielter Aufforstungen und gezielter Maßnahmen zum Schutz vor einer Bebauung, die einer Aufrechterhaltung der Funktion dieser Korridore entgegenstehen. Diese Maßnahmen werden nur dann wirksam sein, wenn auf nationaler Ebene entsprechende rechtliche Regelungen getroffen werden, die den rechtlichen Schutz ökologischer Korridore und/oder eine Stärkung der Bedeutung von Landschaftsschutzgebieten sicherstellen können.

In vorliegendem Plan wurde der Verlauf der wichtigsten Migrationskorridore für große Säugetiere (Wildtier-Korridore) einschl. der sie ergänzenden Lebensräume sowie der Gewässerfauna dargestellt; deren einzelne Grenzen müssen in den jeweiligen örtlichen Plänen noch präzisiert werden. Neben diesen regionalen und überregionalen Korridoren sind ökologische Korridore für Vögel und Fledermäuse, wie ebenso lokal verlaufende Wanderungsbereiche für Amphibien, Reptilien, Pflanzen und Wirbellose von wesentlicher Bedeutung. Aufgrund des jeweiligen Umfangs dieser Studien sowie fehlender Daten auf regionaler Ebene, sollten diese jeweils einzelfallspezifisch auf lokaler Ebene bestimmt werden, in Anlehnung an die zur Verfügung stehenden Erhebungen und Fachpublikationen.

Ein zusätzliches Instrument zum wirksamen Schutz von Kulturgütern und Landschaft der Wojewodschaft ist die Landschaftsprüfung, die wiederum die Grundlage für Maßnahmen im Rahmen der Planungsverfahren der Raumordnung und Raumentwicklung sowohl auf Wojewodschafts- wie auch auf lokaler Ebene bildet. Diese Unterlagen bilden zudem den inhaltlichen Ausgangspunkt zur Überprüfung und weite-

ren Ausgestaltung des regionalen Schutzgebietsnetzes. Auf den in der Überprüfung ausgewiesenen sog. prioritären Landschaften finden nämlich besonders strenge Grundsätze des Landschaftsschutzes Anwendung, einschl. des Verbots einer Bebauung; ebenso ist es möglich, auf dieser Grundlage neue Schutzgebiete zu errichten. Eine der wichtigsten Grundsätze der regionalen Entwicklung besteht im Prinzip der Nachhaltigkeit und dem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung, denen zufolge jedwede wirtschaftliche Entwicklung den Erhalt der wertvollsten natürlichen Ressourcen ebenso für die künftigen Generationen berücksichtigen muss. Die in den Bedingungen<sup>20</sup> vorgestellte Diagnose des Ist-Zustands der Raumordnung in der Wojewodschaft hinsichtlich ihrer natürlichen und kulturellen Ressourcen und ihrer Landschaft verweist klar und eindeutig auf die Notwendigkeit, den Schutz der wertvollsten Naturräume vor einem wachsenden Investitionsdruck sowie Gefährdungen für die Umwelt (Wohnbebauung, Ausweisung von Gewerbeflächen, Verkehrs- und Energieinfrastruktur, Abbau mineralischer Rohstoffe, vom Tourismus ausgehende Belastungen, Luftverschmutzung, etc.) zu stärken, da sich der bisherige Schutz einer Mehrheit dieser Gebiete trotz entsprechender rechtlicher Regelungen in vielen Fällen als unzureichend erweist.

Außer den Gebieten, in denen Schutzmaßnahmen für besonders und streng geschützte Arten gelten (Nationalparks und Naturschutzgebiete), wird die entschiedene Mehrheit der unter Schutz gestellten sowie ebenso kulturell wie landschaftlich wertvollen Naturräume ständig auch wirtschaftlich genutzt, womit ökologische Probleme und eine Gefährdung der jeweils aufgestellten Schutzziele einhergehen.

Von wesentlicher Bedeutung für den Schutz der o.g. wertvollsten Ressourcen, verbunden mit einer voranschreitenden Habitatfragmentierung entgegenwirkenden Maßnahmen, sind ökologische Korridore bzw. Verbindungswege, die sowohl die wichtigsten Knotenbereiche im Schutzgebietsnetz selbst miteinander verbinden, wie auch in den städtischen Funktionalräumen Gebiete bilden, die die erforderlichen ökosystemaren Leistungen erbringen können (sog. grüne Ringe). Diese Elemente werden derzeit von keinerlei Zielen des Natur- und/oder Landschaftsschutzes erfasst. Ihre Berücksichtigung im Raumordnungsplan der Wojewodschaft ermöglicht es, einzelne Abschnitte der auf den unterschiedlichsten Ebenen der Raumplanung sowie erstellten naturräumlichen Konzepte festgesetzten Korridore zu einer Gesamtheit miteinander zu verbinden, die wiederum den grundsätzlichen Anforderungen an Biotopverbundsysteme gerecht wird.

Entsprechend dem Nationalen Raumentwicklungskonzept 2030 kann auf regionaler Ebene ein Funktionalraum ausgewiesen werden, in dem aufgrund der Art und Weise der Nutzung seines Naturraumdargebots einschl. seiner kulturellen Ressourcen Raumkonflikte auftreten können. Daher wurde im Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien aufgrund der im landesweiten Vergleich als überdurchschnittlich wertvoll zu bewerteten Natur- und Kulturräume sowie Landschaften in der Planzeichnung Nr. 3 ein Funktionalraum „wertvolle Naturräume“ festgesetzt, wobei die Zielstellung verfolgt wird, Schutzmaßnahmen zu koordinieren und eine entsprechende Gestaltung der Raumordnung in der Wojewodschaft sicherstellen zu können, die sowohl eine wirtschaftliche Entwicklung wie auch den Schutz der wertvollsten Ressourcen für die künftigen Generationen gewährleistet.

Der o.g. Funktionalraum umfasst folgende einzelne Gebiete, in denen Habitate, Arten und Biotope, Natur- und Kulturlandschaften wie ebenso Kurgebiete gesetzlich geschützt werden, und auch sonstige Elemente, die bislang einem solchen Schutz nicht unterliegen und dennoch zur Aufrechterhaltung der Funktion betroffener Naturräume wichtig sind, u.a.:

---

<sup>20</sup> Bedingungen der Raumordnung und Raumentwicklung in der Wojewodschaft Niederschlesien, IRT, Februar 2018.



- 1) Gebiete, in denen Schutzmaßnahmen für besonders und streng geschützte Arten gelten (Nationalparks und Naturschutzgebiete),
- 2) Gebiete, in denen weniger strenge Schutzmaßnahmen gelten (Landschaftsparks, NATURA 2000-Gebiete, Zonen A, B und C von Kurgebieten, geschützte Biotop, geschützte Natur- und Landschaftsbestandteile, sog. Dokumentationsstandorte),
- 3) ergänzende Gebiete (geschützte Landschaftsbestandteile, Schutzzonen von Schutzgebieten sowie einzelne Schutzgebiete verbindende ökologische Korridore).

Außer diesen im Rahmen des Funktionalraums „wertvolle Naturräume“ ausgewiesenen Gebieten gibt es in der Wojewodschaft weitere Elemente, denen eine gegenüber dem regionalen Schutzgebietssystem ergänzende Funktion zukommt. Ihr Erhalt und Schutz ist für die Stabilität des Gesamtnetzes sowie den Schutz aller Lebensräume und Arten von wesentlicher Bedeutung.

Tabelle 8. Perspektive 2.1. Schaffung eines zusammenhängenden regionalen Schutzgebietssystems im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturen.

Perspektive 2.1. Schaffung eines zusammenhängenden regionalen Schutzgebietssystems im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturen.

Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:		
1.	Berücksichtigung der wichtigsten ökologischen Korridore und anderer die entsprechenden Anforderungen erfüllender Gebiete im Rahmen eines Schutzes in Form von Landschaftsparks oder geschützten Landschaftsbestandteilen im Ergebnis umfassender Studien zum Natur- und Landschaftsschutz (u.a. Landschaftsprüfung).	
2.	Berücksichtigung der Schutzbelange von Landschaften, die für Pflege und Erhalt der regionalen Identität sowie die Inwertsetzung von Entwicklungspotenzialen besonders wertvoller kultureller Güter und Landschaften der Wojewodschaft von herausragender Bedeutung sind, im Rahmen der Regionalpolitik	
Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:		
1.	Erstellung eines für die regionale Ebene geeigneten Verfahrens zur Erstellung von Landschaftsprüfungen, u.a. verbunden mit der Möglichkeit, neue Schutzgebiete zu errichten.	
2.	Empfohlene Erweiterung des Nationalparks Karkonosze [Riesengebirge].	
3.	Stärkung der Rolle verbindlicher Schutzgebietspläne (u.a. von Landschaftsparks).	
4.	Gesetzlich verankerte Stärkung der Rolle von geschützten Landschaftsbestandteilen.	
5.	Aufstellung einer neuen Schutzgebietskategorie für ökologische Korridore einschl. einer Abstimmung ihres Verlaufs mit den Nachbarstaaten.	
6.	Um die Durchlässigkeit der wichtigsten ökologischen Korridore sicherzustellen, müssen bei der Planung des Verlaufs von Straßen mit einem Verkehrsaufkommen von mehr als 10.000 Fahrzeugen je Tag geeignete technische Maßnahmen ergriffen werden, um eine entsprechende Anzahl und Qualität von Grünbrücken bzw. Unterführungen für Wildtiere sicherzustellen (dies betrifft ebenso das bereits bestehende Straßennetz).	
7.	Überprüfung des Gesetzes über Kurbehandlungen, Kurgebiete und ihren Schutz sowie Kurorte vom 28. Juli 2005 <sup>21</sup> mit der Zielsetzung, entsprechende Umweltbedingungen und raumordnerische Festlegungen für den Schutz der Funktion von Kurorten und Kurgebieten sicherzustellen.	
Empfehlungen an die Gemeinden:		
1.	Berücksichtigung eines notwendigen Schutzes natürlicher Ressourcen entsprechend den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der kommunalen Raum- und Bauleitplanung (einschl. der Festlegungen in den verbindlichen Schutzgebietsplänen)	alle Gemeinden
2.	Begrenzung einer Bebauung landschaftlich exponierter Lagen mit Objekten der technischen Infrastruktur, Schutz und ästhetische Gestaltung von Aussichtspunkten sowie Sichtachsen	alle Gemeinden
3.	Berücksichtigung von Studien zu Landschaftsveränderungen im Rahmen der Erstellung von strategischen und Planungsunterlagen auf kommunaler Ebene	alle Gemeinden
4.	Untersagung einer Errichtung von Windkraftanlagen mit einer die	Bardo, Stadt Boguszów-Gorce, By-

<sup>21</sup> [poln. GBl.] Dz.U. 2017.1056 mit spät. Änd.

Perspektive 2.1. Schaffung eines zusammenhängenden regionalen Schutzgebietssystems im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturen.

<p>Nennleistung von Mikroanlagen im Sinne des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 20. Februar 2015 ([poln. GBl.] Dz.U. 2018.2389 mit spät. Änd.) übersteigenden Leistung in Landschaftsschutzgebieten.</p>	<p>strzyca Kłodzka, Chocianów, Chojnów, Ciepłowody, Czarny Bór, Stadt Duszniki-Zdrój, Gaworzyce, Góra, Gryfów Śląski, Jemielno, Kłodzko, Leśna, Lubin, Mieroszów, Międzybórz, Międzylesie, Niechlów, Niemcza, Nowa Ruda, Olaszyna, Pielgrzymka, Pieszyce, Stadt Polanica-Zdrój, Prochowice, Przeworno, Stare Bogaczowice, Stoszowice, Strzegom, Syców, Stadt Szczawno-Zdrój, Szczytna, Ścinawa, Świdnica, Walim, Stadt Wałbrzych, Warta Bolesławiecka, Wąsosz, Wisznia Mała, Zagrodo, Ząbkowice Śląskie, Ziębice, Złoty Stok, Żukowice</p>
<p>5. Die im Plan sowie den planerischen Festsetzungen auf lokaler Ebene ausgewiesenen ökologischen Korridore sollten möglichst vor einer kontinuierlichen Bebauung einschl. Infrastrukturbauten freigehalten werden; zwischen den bebauten Grundstücken und voneinander entfernt gelegenen Gebieten sollten Aufforstungen eingeplant werden.</p>	<p>alle Gemeinden</p>
<p>6. Begrenzung einer Bebauung von Flusstälern (Schutz der Flusssufer, Einzäunung, Austrocknen und Zerstörung der Pflanzendecke) zwecks Erhalts der Durchgängigkeit ökologischer Korridore sowie Minimierung der von Hochwassern verursachten Schäden.</p>	<p>alle Gemeinden</p>
<p>7. In Kurgebieten aller Schutzzonen A, B und C sollten raumordnerische Maßnahmen zur Begrenzung von Feinstaubemissionen aus Heizungsanlagen sowie der Verbesserung des Umweltzustands von Kurorten ergriffen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Erhöhung des Anteils biologisch aktiver Flächen,</li> <li>2) Nutzung energiearmer und kohlenstoffarmer Technologien,</li> <li>3) Ausbau umweltfreundlicher Verkehrssysteme ( Rad- und Gehwege, ÖPNV).</li> </ol>	<p>Bystrzyca Kłodzka (Długopole-Zdrój), Stadt Duszniki-Zdrój, Stadt Jedlina-Zdrój, m. Jelenia Góra (Cieplice), Stadt Kudowa-Zdrój, Łądek-Zdrój, Niemcza (Przerzeczyn-Zdrój), Stadt Polanica-Zdrój, Stadt Szczawno-Zdrój, Stadt Świeradów-Zdrój (Czerniawa-Zdrój, Świeradów-Zdrój)</p>
<p><b>Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:</b></p>	
<p>1. Gemeinsam sollten Maßnahmen zum Schutz der Naturgüter und Landschaften sowie zur Ausgestaltung eines zusammenhängenden Biotopverbundsystems ergriffen werden. Diese sollten vor allem auf Gebiete des Netzwerks NATURA 2000, Landschaftsparks und Landschaftsschutzgebiete sowie die wichtigsten (nationalen und internationalen) ökologischen Korridore gerichtet sein:</p>	
<ol style="list-style-type: none"> <li>1) Landschaftsschutzgebiet Wzgórza Dalkowskie [Dalkauer Berge] (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>2) PLB020005 Bory Dolnośląskie [Niederschlesischer Primärwald] (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>3) PLB020003 Stawy Przemkowskie [Przemkowskie-Teiche] (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>4) PLB020008 Łęgi Odrzańskie [Auenwälder an der Oder] (kleiner Abschnitt in der Woj. Lubuskie),</li> <li>5) PLH020086 Pieńska Dolina Nysy Łużyckiej [Tal der Lausitzer Neiße bei Pieńsk],</li> <li>6) PLH020063 Wrzosowiska [Heide] Świątoszowsko – Ławszowskie (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>7) PLH020050 Dolina Dolnej Kwisy [Tal der Unteren Queis] (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>8) PLH020018 Łęgi Odrzańskie [Auenwälder an der Oder] (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> </ol>	<p>Wojewodschaft Lubuskie</p>



Perspektive 2.1. Schaffung eines zusammenhängenden regionalen Schutzgebietssystems im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturen.

<ul style="list-style-type: none"> <li>9) PLH080055 Przygiełkowska koło Gozdnicy (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>10) PLH080007 Buczyzna [Buchenwald] Szprotawsko – Piotrowicka (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>11) PLB080004 Dolina Środkowej Odry [Mittleres Odertal] (kleiner Abschnitt in der Woj. Niederschlesien),</li> <li>12) PLH080014 Nowosolska Dolina Odry [Odertal bei Nowa Sól] (kleiner Abschnitt in der Woj. Niederschlesien),</li> <li>13) Westlicher Korridor internationaler Bedeutung,</li> <li>14) Internationaler Korridor Odertal.</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>15) Landschaftspark „Dolina Baryczy“ [Bartschtal] (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>16) Landschaftsschutzgebiet Dolina Baryczy ,</li> <li>17) Landschaftsschutzgebiet [Seenland] Krzywińsko – Osiecki,</li> <li>18) Landschaftsschutzgebiet Wzgórza [Höhenzug] Ostrzeszowskie – Kotlina [Talkessel] Odolanowska (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>19) PLB020001 Dolina Baryczy (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>20) PLH020041 Ostoja [Refugialgebiet] nad Baryczą (auf dem Gebiet zweier Wojewodschaften),</li> <li>21) Südlich-Zentraler Korridor internationaler Bedeutung,</li> </ul>	Wojewodschaft Großpolen
<ul style="list-style-type: none"> <li>22) PLB020002 Grądy Odrzańskie [Eichen-Hainbuchen-Wälder an der Oder ],</li> <li>23) PLH020017 Grądy Odrzańskie,</li> <li>24) PLH020104 Łęgi [Auenwälder] koło Chałupiek,</li> <li>25) Wildtierkorridor (Südlich-Zentraler Korridor) nationaler Bedeutung),</li> <li>26) Internationaler Korridor Odertal,</li> <li>27) Korridor Glatzer Neiße von nationaler Bedeutung.</li> </ul>	Wojewodschaft Opole
2. Berücksichtigung des Schutzes der in Abschnitt 3.5.8.4 genannten Naturgüter und Landschaftsschutzgebiete im polnisch-tschechischen Grenzraum einschl. ihrer Verbindungen mit den benachbarten Ländern und Wojewodschaften.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>1) PLB020005 Bory Dolnośląskie,</li> <li>2) PLH020066 Przełomowa Dolina Nysy Łużyckiej,</li> <li>3) PLH020086 Pieńska Dolina Nysy Łużyckiej,</li> <li>4) ökologische Korridore (Westlicher und Südlich-Zentraler Korridor) internationaler Bedeutung (Haupttrichtung: externe Migration/Zuwanderung),</li> <li>5) ökologischer Korridor „Lausitzer Neiße“ (Korridor überörtlicher Bedeutung).</li> </ul>	Bundesrepublik Deutschland
<ul style="list-style-type: none"> <li>6) Nationalpark Heuscheuergebirge ,</li> <li>7) Nationalpark Riesengebirge (Bilaterales Biosphärenreservat MaB),</li> <li>8) Landschaftspark Śnieżnicki [Glatzer Schneeberg],</li> <li>9) Landschaftspark Sudetów Wałbrzyskich [Waldenburger Bergland],</li> <li>10) Landschaftsschutzgebiet Góry Bystrzyckie i Orlickie [Habelschwerdter und Adlergebirge],</li> <li>11) Landschaftsschutzgebiet „Zawory“,</li> <li>12) PLB020006 Góry Stołowe [Heuscheuergebirge],</li> <li>13) PLB020010 Sudety Wałbrzysko – Kamiennogórskie,</li> <li>14) PLB020007 Karkonosze [Riesengebirge],</li> <li>15) PLB020009 Góry Izerskie [Isergebirge],</li> <li>16) PLH020096 Góry Złote [Reichensteiner Gebirge],</li> </ul>	Tschechische Republik

Perspektive 2.1. Schaffung eines zusammenhängenden regionalen Schutzgebietssystems im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturen.

17) PLH020016 Góry Bialskie i Grupa Śnieżnika [Bielengebirge und Glatzer Schneeberg], 18) PLH020061 Dzika Orlica [Wilde Adler], 19) PLH020060 Góry Orlickie [Adlergebirge], 20) PLH020004 Góry Stołowe, 21) PLH020038 Góry Kamienne [Steine-Gebirge], 22) PLH020006 Karkonosze, 23) PLH020047 Torfowiska Gór Izerskich [Moore im Isergebirge], 24) Westlicher Korridor internationaler Bedeutung (Haupttrichtung: externe Migration/Zuwanderung), 25) ökologischer Korridor „Ścinawka“ [Steine] (Korridor überörtlicher Bedeutung).	
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen: Standorte öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung:</b>	
1. Berücksichtigung öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung in den Schutzplänen für die Landschaftsparks: Przemków, Jezierzycy-Tal, „Chełmy“ sowie Eulengebirge, ausgewiesen in den Punkten W17 bis W25 in der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9. Öffentliche Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung	Standorte in der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9.
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen im Funktionalraum „wertvolle Naturräume“:</b>	
1. Berücksichtigung der vorgeschlagenen Erweiterung des Nationalparks Riesengebirge in den Flächennutzungsplänen der Städte und Gemeinden. Eine eventuelle Erweiterung der Parkfläche erfolgt einzig nach Abstimmung mit den Kommunalverwaltungen der jeweils betroffenen Gemeinden sowie ihrer Befürwortung seitens Vereine und Umwelt- sowie Tourismusorganisationen.	Stadt Jelenia Góra, Kamienna Góra, Stadt Karpacz, Stadt Kowary, Lubawka, Stadt Piechowice, Podgórzyn, Stadt Szklarska Poręba
2. Berücksichtigung der vorgeschlagenen, neu zu errichtenden Schutzgebiete auf der Grundlage der Festlegungen in den verbindlichen Schutzplänen der Landschaftsparks, u.a.:	
1) vorgeschlagene Naturschutzgebiete,	Gromadka, Męcinka, Nowa Ruda, Paszowice, Wołów
2) vorgeschlagene geschützte Biotope,	Głuszyca, Męcinka, Nowa Ruda, Sobótka, Wołów
3) vorgeschlagene geschützte Natur- und Landschaftsbestandteile,	Męcinka, Nowa Ruda, Stadt Nowa Ruda, Pieszyce, Złotoryja
4) vorgeschlagene Dokumentationsstandorte.	Stadt Bielawa, Dzierżonów, Głuszyca, Gromadka, Jordanów Śląski, Męcinka, Mieroszów, Nowa Ruda, Paszowice, Pieszyce Przemków, Sobótka, Walim, Złotoryja
3. Schutz von naturbelassener oder landschaftlich nur gering veränderter Gebiete einschl. Berücksichtigung von Belangen des Landschaftsschutzes nach Maßgabe der Festlegungen in den verbindlichen Schutzplänen der Landschaftsparks:	
1) Landschaftspark „Chełmy“,	Męcinka, Paszowice, Złotoryja
2) Landschaftspark Jezierzycy-Tal,	Wińsko, Wołów
3) Landschaftspark Eulengebirge,	Stadt Bielawa, Dzierżonów, Głuszyca, Nowa Ruda, Pieszyce, Stoszowice, Walim
4) Landschaftspark Przemków,	Chocianów, Gaworzyce, Gromadka, Przemków, Radwanice
5) Landschaftspark Landeshuter Kamm,	Bolków, Janowice Wielkie, Kamienna Góra, Stadt Kowary, Marciszów, My-





Perspektive 2.1. Schaffung eines zusammenhängenden regionalen Schutzgebietssystems im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturen.

	ślakowice
6) Landschaftspark Waldenburger Bergland,	Stadt Boguszów-Gorce, Czarny Bór, Głuszyca, Stadt Jedlina-Zdrój, Mieroszów, Stadt Wałbrzych
7) Landschaftspark Zobtengebirge,	Dzierżoniów, Jordanów Śląski, Łagiewniki, Marcinowice, Sobótka
8) Landschaftspark Bober-Tal.	Stadt Jelenia Góra, Jeżów Sudecki, Lubomierz, Lwówek Śl., Stara Kamienica, Świerzawa, Wleń
4. Berücksichtigung des Verlaufs sowie der Funktionen <i>ökologischer Korridore überörtlicher Bedeutung*</i> in den <i>lokalen Planungsdokumenten*</i> sowie im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden liegender Maßnahmen. Der Verlauf der in den Planzeichnungen Nr. 2 und 3 ausgewiesenen ökologischen Korridore dient einer ersten Orientierung; ihr genauer Verlauf sowie die konkreten Nutzungsformen dieser Korridore sollen im Rahmen der planerischen Festsetzungen auf Gemeindeebene in Anlehnung an aktuelle ökophysiographische Studien und Bestandserhebungen unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten festgelegt werden.	innerhalb der in der Planzeichnung Nr. 3, Aufstellung Nr. 6 in Punkt 2 ausgewiesenen ökologischen Korridore überörtlicher Bedeutung gelegene Gemeinden.
5. Aufforstungen der ökologischen Korridore zwecks Sicherstellung ihrer Durchlässigkeit (erreicht werden sollte eine Entfernung zwischen den einzelnen Waldstücken, Baumgruppen oder Gebüschern zwischen mehreren Hundert Metern bis zu 1 km, wobei in den Zwischenräumen keine Barrieren für Wildtiere bestehen sollten); nicht aufgeforstet werden sollten naturräumlich wertvolle Freiflächen wie bspw. Seggenriede, artenreiche Wiesengesellschaften, Feuchtgebiete sowie Sichtachsen.	innerhalb der in der Planzeichnung Nr. 3, Aufstellung Nr. 6 in Punkt 3 ausgewiesenen wichtigsten sowie ihr Netz ergänzenden ökologischen Korridore gelegene Gemeinden.
6. In den Schutzzonen der Landschaftsparks sollen Umfang und Intensität von Tätigkeiten in Verbindung mit der Erbringung von Tourismusleistungen einschl. Sportförderung an den jeweiligen Charakter des Schutzgebiets und seiner Umgebung angepasst werden, indem in den Bebauungsplänen und Baugenehmigungen obligatorisch die genauen Parameter der zulässigen Nutzungen angegeben werden.	Bardo, Stadt Boguszów-Gorce, Bolków, Bystrzyca Kłodzka, Chocianów, Dobromierz, Dzierżoniów, Gaworzyce, Głuszyca, Gromadka, Janowice Wielkie, Stadt Jawor, Stadt Jedlina-Zdrój, Stadt Jelenia Góra, Jeżów Sudecki, Jordanów Śląski, Kamienna Góra, Kłodzko, Stadt Kowary, Krotoszyce, Łądek-Zdrój, Lubomierz, Lwówek Śląski, Łagiewniki, Marcinowice, Marciuszów, Męcinka, Mieroszów, Międzyzlesie, Mysłakowice, Paszowice, Radwanice, Sobótka, Stara Kamienica, Stare Bogaczowice, Stronie Śląskie, Świdnica, Stadt Świebodzice, Stadt Wałbrzych, Wleń, Stadt Złotoryja, Złotoryja, Złoty Stok
7. Festsetzung folgender Grundsätze der Bauleitplanung in Kurorten, insoweit diese in den unter Schutz gestellten Kurgelieten gelegen sind: 1) in den Schutzzonen A, B und C von Kurgelieten sind raumordnerische Maßnahmen zulässig, die für diese Schutzzonen im Gesetz über Kurbelhandlungen, Kurgeliete und ihren Schutz sowie Kur-	Bystrzyca Kłodzka (Długopole-Zdrój), Stadt Duszniki-Zdrój, Stadt Jedlina-Zdrój, Stadt Jelenia Góra (Cieplice), Stadt Kudowa-Zdrój, Łądek-Zdrój, Niemcza (Przerzeczyn-Zdrój), Stadt Polanica-Zdrój, Stadt Szczawno-



Perspektive 2.1. Schaffung eines zusammenhängenden regionalen Schutzgebietssystems im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturen.

<p>orte vom 28. Juli 2005<sup>22</sup> festgelegt wurden,</p> <p>2) Freihaltung von Flächen vor einer Bebauung, die für die Infiltration von Sickerwasser in den Boden von Belang sind, so dass eine ständige Erneuerung natürlicher Wasserressourcen sichergestellt werden kann,</p> <p>3) Freihaltung von Flächen vor einer Bebauung, die die jeweils lokalen Luftaustauschprozesse sicherstellen.</p>	<p>Zdrój, Stadt Świeradów-Zdrój (Czer- niawa-Zdrój, Świeradów-Zdrój)</p>
--	--

#### D.2.2. PERSPEKTIVE 2.2. INWERTSETZUNG KULTURELLER RESSOURCEN UND LANDSCHAFTEN.

Reichtum und Vielfalt des kulturellen Erbes Niederschlesiens gehen einher mit einer Besonderheit der Region, verbunden mit ihrer von vielen Staaten und Religionen geprägten Geschichte. Allein hinsichtlich der Anzahl der in der Denkmalliste eingetragenen Baudenkmäler belegt die Wojewodschaft Niederschlesien landesweit den führenden Platz. Diese Ressourcen bilden einen sehr bedeutsamen Faktor bei der Herausbildung und Pflege der regionalen Identität sowie der Entfaltung sozialer und wirtschaftlicher Potenziale. Die Sicherstellung von Schutz und Pflege der Denkmäler obliegt den Behörden der öffentlichen Verwaltung. Die Selbstverwaltung der Wojewodschaft nimmt somit als obere Verwaltungsbehörde der kommunalen Selbstverwaltung entsprechende Aufgaben wahr, die Schutz und Pflege der Denkmäler in der Wojewodschaft – ebenso als Eigentümer und Träger von Baudenkmalern – umfassen.

Die wichtigste Aufgabe besteht in der Instandhaltung und Verbesserung des baulichen Zustands von Denkmälern sowie historischen Orts- und Stadtkernen, die dringender Renovierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen bedürfen. Notwendig ist insoweit der Erhalt historischer Werte, die von der jeweiligen Identität sowie den Besonderheiten und Eigenheiten der historischen Orts- und Stadtkerne zeugen, insb. den zentral um den Marktplatz gelegenen bzw. den Stadtkern prägenden Objekten, wie dem Rathaus, der Kirche sowie den innerstädtischen Quartieren mit ihren Bürgerhäusern.

Vom außergewöhnlich hohen Potenzial der Kulturlandschaft der Wojewodschaft zeugt bereits die Anzahl der Objekte und Ensemble, denen im Rahmen des Denkmalschutzes besonders hohe künstlerische und historische Werte zuerkannt wurden. Zu ihnen zählen Denkmäler, in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen wurden (3), wie ebenso Geschichts- bzw. historische Denkmäler (12) und Kulturparks (5). Der Erhalt dieses besonderen Werts und der einzigartigen Merkmale der Kulturlandschaft ist für die Pflege der regionalen Identität sowie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Region von prioritärer Bedeutung. Daher müssen in einem umfangreicheren Maße geeignete und wirksame Formen des Denkmalschutzes zur Anwendung gelangen, wie die Errichtung von Kulturparks und Geschichtsdenkmälern sowie die gezielte Aufnahme von Objekten in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes. Als Geschichtsdenkmal gelten Objekte oder Ensemble, die einerseits außergewöhnliche künstlerische Werte aufweisen und andererseits von besonderer Bedeutung für die Kultur und Geschichte Polens sind. Dem Denkmalschutzbeauftragten der Wojewodschaft zufolge gibt es in der Wojewodschaft über 100 derartiger Objekte, die aufgrund ihrer überregional bedeutsamen Werte als Geschichtsdenkmäler zu bewerten sind. Die Einrichtung eines Kulturparks ermöglicht es den Gemeinden, bestimmte Bestandteile der Kulturlandschaft unter Gebietsschutz zu stellen. Hiervon erfasst werden demnach die Mehrheit der bereits unter Denkmalschutz stehenden historischen Orts- und Stadtkerne, wie auch Denkmalensemble, die von ihren besonderen landschaftlichen Merkmalen geprägt werden.

<sup>22</sup> [poln. GBl.] Dz. U. 2017.1056 mit spät. Änd.



Stätten zum Gedenken an das mit dem Zweiten Weltkrieg verbundene Martyrium des polnischen Volkes bedürfen eines besonderen Schutzes hinsichtlich der Art ihrer Nutzung, vorzugsweise zu Bildungszwecken. Dies betrifft das ehemalige Konzentrationslager Groß-Rosen in Rogoźnica und seine 57 Außenstellen sowie Gedenk- und Kriegsgräberstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen auf dem Gebiet Niederschlesiens.

Die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft beruht in dieser Hinsicht u.a. auf einem rationalen und effizienten Einsatz der natürlichen und kulturellen Ressourcen der Wojewodschaft Niederschlesiens im Rahmen der Tourismusförderung, unter Berücksichtigung der Grundsätze und Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung sowie den Belangen des Umweltschutzes.

Um dieses o.g. Ziel der Selbstverwaltung der Wojewodschaft umzusetzen, wird sie im Rahmen ihrer Kompetenzen die Implementierung moderner Managementsysteme der Tourismusförderung im Rahmen von Clusterinitiativen unterstützen. Die Bildung von Netzwerken der Tourismusbranche unter aktiver Beteiligung der lokalen Bevölkerungen ermöglicht es, von den jeweils betroffenen Einwohnern akzeptierte Tourismusprodukte zu etablieren und dient darüber hinaus einem Ausgleich der Entwicklungschancen von Regionen mit einem hohen kulturellen und naturräumlichen Potenzial für eine gezielte Tourismusförderung.

Die Selbstverwaltung der Wojewodschaft wird ebenso die Herausbildung eines regionalen Tourismuswegenetzes sowie seiner Einbindung in den öffentlichen Personennahverkehr unterstützen. Priorität genießt diesbezüglich die Erstellung eines Konzepts zur Entwicklung eines solchen Wegenetzes, u.a. beruhend auf einer Analyse des Bedarfs sowie der Aufnahmefähigkeit und Attraktivität dieser Ressourcen, verbunden mit einer Bewertung des Einflusses des Klimawandels auf die Entwicklungen des Tourismuswegenetzes in der Region. Die Implementierung dieses Konzepts gestattet es, rational unter Berücksichtigung der Grundsätze und Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung den Tourismusverkehr in der Region zu lenken und gleichzeitig den Schutz der wertvollsten Ressourcen vor einer übermäßigen touristischen Nutzung zu stärken. Die Zielstellung im Rahmen der Erstellung eines solchen Konzepts lautet daher, sowohl ein regionales Wegenetz für den Natur- und Aktivtourismus bereitzustellen, wie auch Themenpfade auszuweisen, die wertvolle Natur- und Kulturräume sowie Landschaften erschließen.

In der polnischen Gesetzgebung gibt es keine einheitlichen Grundsätze zur Ausweisung und Nutzung von Tourismuswegen, weshalb die Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien eine Gesetzgebungsinitiative ergreifen möchte, die sie an die Regierung der Republik Polen richtet.

Die von der Selbstverwaltung der Wojewodschaft im Rahmen der Umsetzung des o.g. Ziels ergriffenen Maßnahmen leisten einen Beitrag zur Verbesserung der territorialen Kohärenz der Region unter besonderer Berücksichtigung ihrer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Tabelle 9. Perspektive 2.2. Inwertsetzung kultureller Ressourcen und Landschaften.

#### Perspektive 2.2. Inwertsetzung kultureller Ressourcen und Landschaften

##### **Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:**

1. Maßnahmen zur Sicherstellung des Schutzes sowie einer Verbesserung des baulichen Zustands von Denkmälern sowie zur Bewahrung der multikulturellen Identität der Region, u.a.:
  - 1) Instandhaltung und Instandsetzung historischer Orts- und Stadtkerne sowie von Denkmalensemble mittels einer finanziellen Unterstützung entsprechender Maßnahmen seitens der Selbstverwaltung der Wojewodschaft,
  - 2) Erhalt und Pflege von an die multikulturelle Identität der Region anknüpfende Gedenkstätten mittels einer finanziellen Unterstützung entsprechender Maßnahmen seitens der Selbstverwaltung der Woj.
2. Ausweisung von Gebieten und Denkmalensemble im Plan, für die – im Rahmen des Erhalts des besonderen

## Perspektive 2.2. Inwertsetzung kultureller Ressourcen und Landschaften

Werts einer Kulturlandschaft von maßgeblicher Bedeutung für das kulturelle Erbe – ein Denkmalschutz in Form eines Kulturparks und/oder Geschichtsdenkmals beantragt wurde.

### 3. Förderung der Herausbildung eines regionalen Tourismuswegenetzes mittels:

- 1) Erstellung eines Konzepts zur Entwicklung eines regionalen Tourismuswegenetzes unter Berücksichtigung von Gebieten, dessen Tourismuspotenzial bislang nicht genutzt wurde,
- 2) Einbezug des regionalen Wegenetzes in die natur- und kulturtouristische Erschließung von Gebieten im Zuständigkeitsbereich der Selbstverwaltung der Wojewodschaft,
- 3) Verbesserung der touristischen Erreichbarkeit der Region mittels Anbindung des regionalen Tourismuswegenetzes an die Umsteigeknoten des öffentlichen Personenverkehrs.

### 4. Erstellung einer Strategie zur Entwicklung von auf regionaler Ebene agierender Tourismus-Cluster.

## Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:

1. Denkmalobjekte von außergewöhnlichem künstlerischem und historischem Wert sollten als Geschichts- bzw. historische Denkmäler dem Denkmalschutz unterstellt werden. Vorgeschlagen wird, folgende Geschichtsdenkmäler zu errichten:
  - 1) Zisterzienserabtei mit Parkanlage und Siedlung in Henryków (Ziębice),
  - 2) Zisterzienserabtei in Lubiąż (Wołów),
  - 3) Stabkirche Wang in Karpacz Górny (Stadt Karpacz),
  - 4) Zisterzienserabtei in Kamieniec Żąbkowicki (Kamieniec Żąbkowicki),
  - 5) Residenzschloss Książ mit Landschaftspark (Stadt Wałbrzych),
  - 6) Altes Bergwerk in Wałbrzych (Stadt Wałbrzych),
  - 7) Altstadt von Kłodzko mit Festung und Fort Owcza Góra (Stadt Kłodzko),
  - 8) Schädelkappelle in Kudowa-Czermna (Stadt Kudowa-Zdrój),
  - 9) Jesuitenkloster in Legnica (Johannes der Täufer-Kirche, Mausoleum, Klosterschule),
  - 10) Benediktinerabtei in Lubomierz (Lubomierz),
  - 11) St. Georgskirche in Dzierżoniów (Stadt Dzierżoniów),
  - 12) Residenzschloss und St. Johannes-Kirche in Oleśnica (Stadt und Gemeinde Oleśnica),
  - 13) Wohnturm in Siedlęcín (Jeżów Sudecki),
  - 14) St. Gotthardkirche in Strzelin,
  - 15) Auferstehungskirche in Wierzbna (Żarów),
  - 16) Hl. Dreifaltigkeitskirche in Żórawina (Żórawina),
  - 17) Schlossanlage in Bagno (Oborniki Śląskie),
  - 18) Schlossanlage in Oleśnica Mała (Oława),
  - 19) Ritterakademie in Legnica,
  - 20) Kollegiatsstift in Głogów,
  - 21) St. Martinskirche in Jawor,
  - 22) Schloss in Jawor.
  - 23) Sanktuarium einschl. Kreuzweganlage in Wambierzyce (Radków).
2. Beantragung einer Aufnahme einzigartiger Kulturlandschaften der Region, u.a. „Schlösser und Parkanlagen im Hirschberger Tal“, in die UNESCO-Liste des Kultur- und Naturerbes der Welt.
3. Erstellung:
  - 1) einer Strategie zur touristischen Nutzung der Oder und ihres Einzugsgebiets,
  - 2) einer Strategie zur touristischen Nutzung der Gebirgslandschaften in Polen.
4. Erarbeitung und Implementierung eines einheitlichen rechtlichen Rahmens zur Ausgestaltung eines ganzheitlichen Verfahrens zur Planung, zum Bau sowie zur Nutzung von Tourismuswegen.
5. Erstellung eines Systems zur Erfassung, Klassifizierung und Nummerierung von Radwanderwegen auf nationaler Ebene.

## Empfehlungen an die Gemeinden:

- |   |                |
|---|----------------|
| 1. Berücksichtigung der Festlegungen des Denkmalpflegeprogramms der Wojewodschaft Niederschlesien in den jeweiligen Denkmalpflegeprogrammen der Gemeinden zwecks Koordinierung entsprechender Denkmalschutzmaßnahmen. | alle Gemeinden |
| 2. Ausweisung von Objekten und Denkmalensemble in den planerischen Festsetzungen auf Gemeindeebene, die unter Denkmalschutz gestellt werden sollten (Eintragungen in die Denkmallisten).                              |                |
| 3. Denkmalobjekte von außergewöhnlichem künstlerischem, landschaftlichem und historischem Wert sollten  |                |



### Perspektive 2.2. Inwertsetzung kultureller Ressourcen und Landschaften

als Kulturparks dem Denkmalschutz unterstellt werden. Vorgeschlagen wird, folgende Kulturparks zu errichten:	
1) Zisterzienserabtei mit Parkanlage und Siedlung in Henryków,	Ziębice
2) Zisterzienserabtei in Lubiąż,	Wołów
3) Zisterzienserabtei in Krzeszów,	Kamienna Góra
4) Kreuzweganlage in Wambierzyce,	Radków
5) Altstadt und Kreuzweganlage in Bardo,	Bardo
6) Altstadt und Friedenskirche in Świdnica,	Stadt Świdnica
7) Jahrhunderthalle in Wrocław,	Stadt Wrocław
8) Altstadt von Chełmsko Śląskie,	Lubawka
9) Residenzschloss Książ mit Landschaftspark,	Stadt Wałbrzych
10) Altstadt in Wałbrzych,	Stadt Wałbrzych
11) Burgenlandschaft Bolków - Świny,	Bolków
12) Schlossanlage in Wleń,	Wleń
13) Schlossanlage Czocha,	Leśna
14) Burganlage Chojnik bei Sobieszów in Jelenia Góra,	Stadt Jelenia Góra
15) Residenzschloss in Maciejowice und Mauertalsperre in Pilchowice,	Wleń
16) Historischer Stadtkern sowie Schloss- und Parkanlage in Milicz,	Milicz
17) Historischer Ortskern von Sułów,	Milicz
18) Kulturlandschaft und historische Ortskerne Wierzcho-wice - Krośnice,	Krośnice
19) Historischer Stadtkern von Bystrzyca Kłodzka,	Bystrzyca Kłodzka
20) Historischer Ortskern sowie umliegende Kulturland-schaft der Ortschaft Międzygórze,	Bystrzyca Kłodzka
21) Historischer Stadtkern, Residenzschloss mit Parkanlage, Kirche mit Kapellen in Gorzanów.	Bystrzyca Kłodzka
4. Ausweisung regionaler Tourismuswege einschl. ihrer Verknüpfung mit den naturräumlichen und kulturellen Ressourcen der Gemeinden unter Nutzung der im jeweiligen Gemeindegebiet verlaufenden Wander- und/oder Reitwege.	alle Gemeinden
5. Bereitstellung touristischer Funktionen im Rahmen der Revitalisierung einzelner Gebiete.	alle Gemeinden
6. Anpassung der weiteren Entwicklungen von Tourismusinfrastruktur und -leistungen an den Klimawandel mittels: 1) Ausbau des ÖPNV in Gebieten mit touristisch attraktiven naturräumlichen und kulturellen Ressourcen sowie Landschaften als Standard ihrer verkehrlichen Erreichbarkeit, 2) Untersagung einer Umsetzung von Infrastrukturvorhaben im Bereich Wintersport in Gebieten mit unzureichendem Wasserdargebot, dessen Nutzung im Rahmen der Erzeugung von Kunstschnee die lokale natürliche Umwelt gefährden würde.	alle Gemeinden
7. Ausbau des Fernradwegs Blue Velo entlang der Oder, dargestellt in der Planzeichnung Nr. 2 Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter entsprechend den Vorgaben des Konzepts zum Verlauf des Fernradwegs Blue Velo <sup>23</sup>	Brzeg Dolny, Czernica, Stadt Głogów, Głogów, Jelcz Laskowice, Jemielno, Kotla, Malczyce, Miękinia, Niechlów, Oborniki Śląskie, Stadt Oława, Oława, Pęcław, Prochowice, Rudna, Siechnice, Ścinawa, Środa Śląska, Wińsko, Wołów, Wrocław, Żukowice

<sup>23</sup> Beschluss Nr. 2256/V/16 des Vorstands der Wojewodschaft Niederschlesien vom 2. Juni 2016.

## Perspektive 2.2. Inwertsetzung kultureller Ressourcen und Landschaften

<p>8. In den Grenzgebieten der im Plan ausgewiesenen Funktionalräume soll die Kontinuität der geplanten Hauptradwege der Wojewodschaft Niederschlesien innerhalb der in der Planzeichnung Nr. 2 Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter dargestellten Korridore entsprechend den Vorgaben des „Radwegenetzkonzepts der Wojewodschaft Niederschlesien“ sichergestellt werden.</p>	<p>innerhalb des Streckennetzes der Hauptradwege der Wojewodschaft Niederschlesien gelegene Gemeinden, wie in Planzeichnung Nr. 2 Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter dargestellt.</p>
<p>9. Ein- und Anbindung von Wasserwanderwegen an den Schnittstellen von Wander-, Radwander sowie Reitwegen und ihrer näheren Umgebung (entlang von Flüssen mit saisonal schwankenden Wasserständen).</p>	<p>Bardo, Bogatynia, Stadt Bolesławiec, Bolesławiec, Bolków, Brzeg Dolny, Bystrzyca Kłodzka, Cieszków, Czernica, Długołęka, Gaworzyce, Stadt Głogów, Głogów, Góra, Grębocice, Gryfów Śląski, Janowice Wielkie, Jaworzyna Śląska, Jelcz-Laskowice, Stadt Jelenia Góra, Jeżów Sudecki, Kamieniec Ząbkowicki, Kąty Wrocławskie, Stadt Kłodzko, Kłodzko, Kostomłoty, Kotla, Leśna, Stadt Lubań, Lubań, Lubomierz, Lwówek Śląski, Malczyce, Marcinowice, Mietków, Miękinia, Milicz, Mysłakowice, Niechlów, Nowogrodziec, Oborniki Śląskie, Olszyna, Stadt Oława, Oława, Osiecznica, Pęcław, Pieńsk, Platerówka, Prochowice, Rudna, Siekierczyn, Sobótka, Stara Kamienica, Sulików, Ścinawa, Środa Śląska, Święta Katarzyna, Stadt Świdnica, Świdnica, Trzebnica, Wąsosz, Węgliniec, Wińsko, Wleń, Wołów, Stadt Wrocław, Ząbkowice Śląskie, Stadt Zgorzelec, Zgorzelec, Złoty Stok, Żarów, Żmigród, Żukowice.</p>
<p>10. Überprüfung des Verlaufs sowie Instandsetzung der Mittelsudetenstraße („Via Montana“) zwecks Verbesserung der Sicherheit entlang der Strecke, ihrer touristischen Attraktivität sowie der Wirksamkeit des Schutzes naturräumlicher und kultureller Ressourcen in ihrem Einwirkungsbereich.</p> <p>11. Untersagung einer Bebauung (einschl. touristischer Nutzungsformen):</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) von Freiflächen, die von exponierten Geländepunkten (Aussichten auf besonders ästhetische Landschaften, etc.) gekennzeichnet sind und sich daher für die weitere Entwicklung des Wanderwegenetzes eignen,</li> <li>2) von nördlich ausgerichteten Gebieten, Hanglagen, Überschwemmungsgebieten sowie Inversionsflächen.</li> </ol> <p>12. Ausschluss einer Bebauung von Flächen mit einer Neigung von mehr als 5 % mit Gewerbe- und Produktionsgebäuden (mehr als 1,0 ha) sowie von Bauten und Gebäuden, die der Erbringung von Dienstleistungen dienen (mehr als 2,0 ha), jeweils in geschlossener Bauweise.</p> <p>13. Für Flächen mit einer Neigung von mehr als 5 % soll ein Mindestanteil von biologisch aktiven Flächen in Höhe von 75,0 % festgelegt werden, im Rahmen einer Bebauung mit Einfamilienhäusern sowie mit Gebäuden/Einrichtungen zur Erbringung von Gesundheitsleistungen (Kurbehandlungen) und Sport-, Erholungs- und Tourismusleistungen.</p>	<p>Gemeinden des Funktionalraums Sudeten, wie in Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen dargestellt und in Anlage Nr. 7 ausgewiesen.</p>
<b>Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:</b>	
<p>1. Fortsetzung der Mittelsudetenstraße („Via Montana“).</p>	<p>Wojewodschaft Opole</p>
<p>2. Touristische Nutzung der Oder und ihrer Zuflüsse.</p>	<p>Wojewodschaft Opole, Wojewodschaft Lubuskie</p>
<p>3. Fortsetzung des Fernradwegs Blue Velo entlang der Oder.</p>	<p>Wojewodschaft Opole, Wojewodschaft Lubuskie, Tschechische Republik, Bundesre-</p>



## Perspektive 2.2. Inwertsetzung kultureller Ressourcen und Landschaften

	publik Deutschland
4. Anbindung der Radwegenetze in benachbarten Wojewodschaften an das geplante regionale Radwegenetz der Wojewodschaft Niederschlesien innerhalb der diesbezüglich in der Planzeichnung Nr. 2 Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter dargestellten Korridore.	Wojewodschaft Opole, Wojewodschaft Großpolen, Wojewodschaft Lubuskie
5. Fortsetzung der Mittelsudetenstraße („Via Montana“).	Tschechische Republik, Bundesrepublik Deutschland
6. Anbindung der tschechischen und deutschen Radwegenetze an das geplante regionale Radwegenetz der Wojewodschaft Niederschlesien innerhalb der diesbezüglich in der Planzeichnung Nr. 2 Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter dargestellten Korridore entsprechend den Vorgaben des mit Beschluss Nr. 5425/V/2018 des Vorstands der Wojewodschaft Niederschlesien vom 29. Mai 2018 verabschiedeten „Radwegenetzkonzepts der Wojewodschaft Niederschlesien“.	Tschechische Republik, Bundesrepublik Deutschland

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen im Funktionalraum Sudeten:**

Gemeinden der Gebirgsregion innerhalb Funktionalraum Sudeten, wie in Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen dargestellt sowie in der Aufstellung Nr. 7 in Punkt 2 genannt.

1. Berücksichtigung vorliegender Landschaftsanalysen und in den Schutzplänen für Landschaftsparks aufgestellten Leitlinien.
2. Untersagung der Umsetzung von Bauvorhaben im Rahmen der Errichtung von Hochbauten der technischen Infrastruktur wie Funk- und Sendemasten an in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden ausgewiesenen Aussichtspunkten.
3. Ausweisung von in regionaler Holzbauweise errichteter Objekte und ihrer Umgebung in den Flächennutzungsplänen der Gemeinde als Objekte, die dem Denkmalschutz unterstellt werden sollen (Eintragungen in die entsprechenden Denkmallisten). In diesen Plänen sollen planerische Festsetzungen getroffen werden, die die Grundsätze des Schutzes von Objekten der traditionellen regionalen Holz-Architektur festlegen.
4. Ausweisung von Planungsgebieten zur Entwicklung und Förderung von Erholung und Tourismus im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung in den Gemeinden, die auf der Grundlage von Naturraum-, Landschafts-, physiographischer sowie Analysen kultureller Ressourcen unter Einhaltung der folgenden touristischen Nutzungsarten ausgewiesen werden sollten:
  - 1) in Schutzgebieten bezogen auf die Errichtung touristischer Infrastruktur entsprechend den Grundsätzen des rechtlichen Schutzes ihrer jeweiligen Ressourcen,
  - 2) in Stadträumen bezogen auf die touristische Nutzung mittels Lückenschlüsse in der bestehenden Bebauung resp. ihrer Fortführung, baulich-technischen Anpassung oder einer touristisch ausgerichteten Revitalisierung von Konversionsflächen,
  - 3) in Freiflächen unter der Wahrung der naturräumlichen, landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten sowie der Sicherstellung individueller Lösungsansätze im Rahmen ihrer technischen und verkehrlichen Erschließung.
5. Ausweisung von Gebieten in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden, die einer mit den benachbarten Gemeinden gemeinsam vorzunehmenden Erstellung von Plänen zur Entwicklung überörtlicher technischer Infrastruktur bedürfen und diese Gebiete als Gesamtheit erschließen.
6. Festsetzung des Verlaufs regionaler Tourismuswege in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden unter Berücksichtigung der geplanten wichtigsten Radwege in der Wojewodschaft Niederschlesien, deren Verlauf innerhalb der in der Planzeichnung Nr. 2 Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter dargestellten Korridore entsprechend den Vorgaben des „Radwegenetzkonzepts der Wojewodschaft Niederschlesien“, verabschiedet mit Beschluss Nr. 5425/V/18 des Vorstands der Wojewodschaft Niederschlesien vom 29. Mai 2018, angegeben wurde.
7. Ausweisung von ÖPNV-Umsteigeknoten in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden, die in das Tourismuswegenetz der jeweiligen Gemeinde eingebunden sind.

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen im grenznahen Funktionalraum:**



## Perspektive 2.2. Inwertsetzung kultureller Ressourcen und Landschaften

Gemeinden des grenznahen Funktionalraums, wie in Planzeichnung Nr. 1. Siedlungswesen dargestellt sowie in der Aufstellung Nr. 5 genannt.

1. Stärkere Abstimmung des Verlaufs touristischer Wegenetze in der Grenzregion einschl. ihrer gegenseitigen Ergänzung sowie Festlegung von Anbindungen an die Wegenetze auf tschechischer und deutscher Seite.
2. Ausweisung des Verlaufs der geplanten *Haupttradwege\** der Wojewodschaft Niederschlesien innerhalb der in der Planzeichnung Nr. 2 Ressourcenschutz: Naturräume, Landschaften und Kulturgüter dargestellten Korridore entsprechend den Vorgaben des „Radwegenetzkonzepts der Wojewodschaft Niederschlesien“ in den auf Gemeindeebene erstellten Studien,

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen: Standorte öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung: Berücksichtigung ff. Investitionsvorhabens**

- |  |                         |
|--|-------------------------|
| 1. Bau eines Skilanglauf- und Biathlon-Zentrums in Szklarska Poręba, OT Jakuszyce. | Stadt Szklarska Poręba. |
|--|-------------------------|

## D.2.3. PERSPEKTIVE 2.3. SCHUTZ UND EFFIZIENTE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN

Die Wojewodschaft Niederschlesien verfügt über umfangreiche Vorkommen unterschiedlichster natürlicher Rohstoffe. Lagerstätten vieler dieser Vorkommen wurden landesweit nur in Niederschlesien entweder bereits nachgewiesen bzw. werden derzeit abgebaut. Die einzelnen Rohstoffvorkommen in der Wojewodschaft sind bedingt durch den vielfältigen geologischen Bau dieses Landesteils. Ein Abbau von Rohstoffen in bislang nicht erschlossenen Lagerstätten wird wiederum begrenzt durch Konflikte, die infolge dessen mit anderen Funktionen und Nutzungsarten der betroffenen Flächen entstehen würden. Der Abbau selbst sowie die Lagerung der hierbei anfallenden Abfälle wirken sich stets nachteilig auf Umwelt und Landschaft aus. Umfang und Reichweite dieser nachteiligen Auswirkungen werden im Rahmen vorbeugender, ausgleichender sowie rekultivierender Maßnahmen begrenzt.

Im Rahmen der Aufstellung des Raumordnungsplans der Wojewodschaft finden von Gesetzes wegen nachgewiesene Rohstoffvorkommen sowie die Festlegungen des Nationalen Raumordnungskonzepts<sup>24</sup> Berücksichtigung, u.a. Grenzen sowie Nutzungs- bzw. Bewirtschaftungsgrundsätze in den Funktionalräumen strategischer Lagerstätten. Die Anlage Nr. 4 enthält eine Auflistung nachgewiesener Rohstoffvorkommen, die für die regionale und nationale Wirtschaft von erheblicher Bedeutung sind.

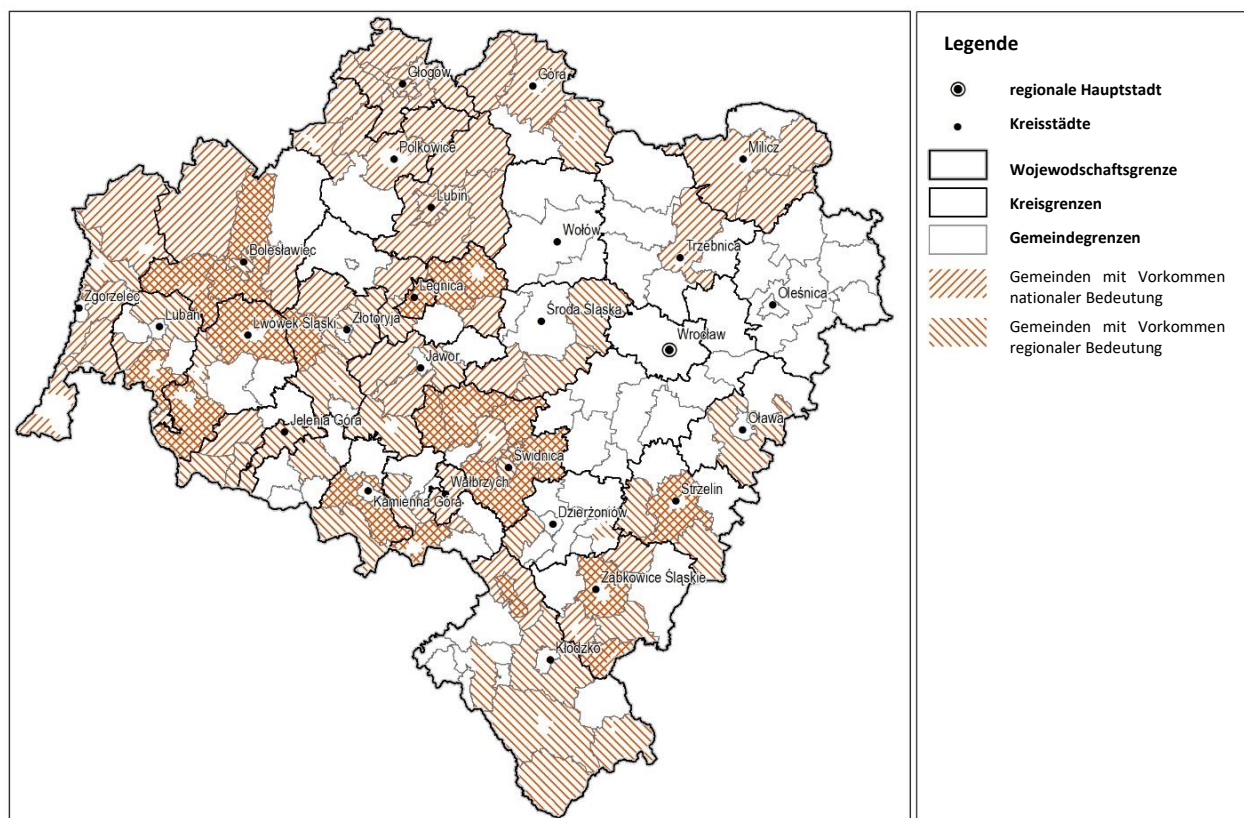
Zu den wichtigsten Maßnahmen im Rahmen des Schutzes der nachgewiesenen Vorkommen sowie einer rationalen und effizienten Nutzung dieser Rohstoffe zählen die Aufstellung von Verzeichnissen der strategischen Lagerstätten im Lande sowie die Bestimmung ihrer jeweiligen räumlichen Ausdehnung einschl. der Bewirtschaftungsgrundsätze für die einzelnen Rohstoffvorkommen. Werden hierbei entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen bestimmt, verbunden mit Angaben zur regelmäßigen Überprüfung der Lagerstätten, in deren Rahmen die jeweilige Bedeutung von Vorkommen entsprechend zuvor festgelegter geologisch-bergbaulicher, Umwelt- und planerischer Kriterien bestimmt wird, so bildet dies ein wichtiges Instrument für einen effektiven Schutz dieser nicht erneuerbaren Rohstoffe sowie ihrer effizienten und nachhaltigen Nutzung.

Im Funktionalraums Legnica-Głogów, der zugleich einen Funktionalraum der Kupferindustrie bildet, wurden besondere Vorschriften für den Schutz von Lagerstätten festgelegt.

<sup>24</sup> Beschluss Nr. 239 des Ministerrats über die Verabschiedung des Nationalen Raumentwicklungskonzepts 2030 vom 13. Dezember 2011, veröffentlicht im polnischen Amtsblatt (Monitor Polski) vom 27. April 2012, Pos. 252.



Abbildung 3. Gemeinden, in denen abbauwürdige Rohstoffvorkommen von nationaler und regionaler Bedeutung nachgewiesen wurden

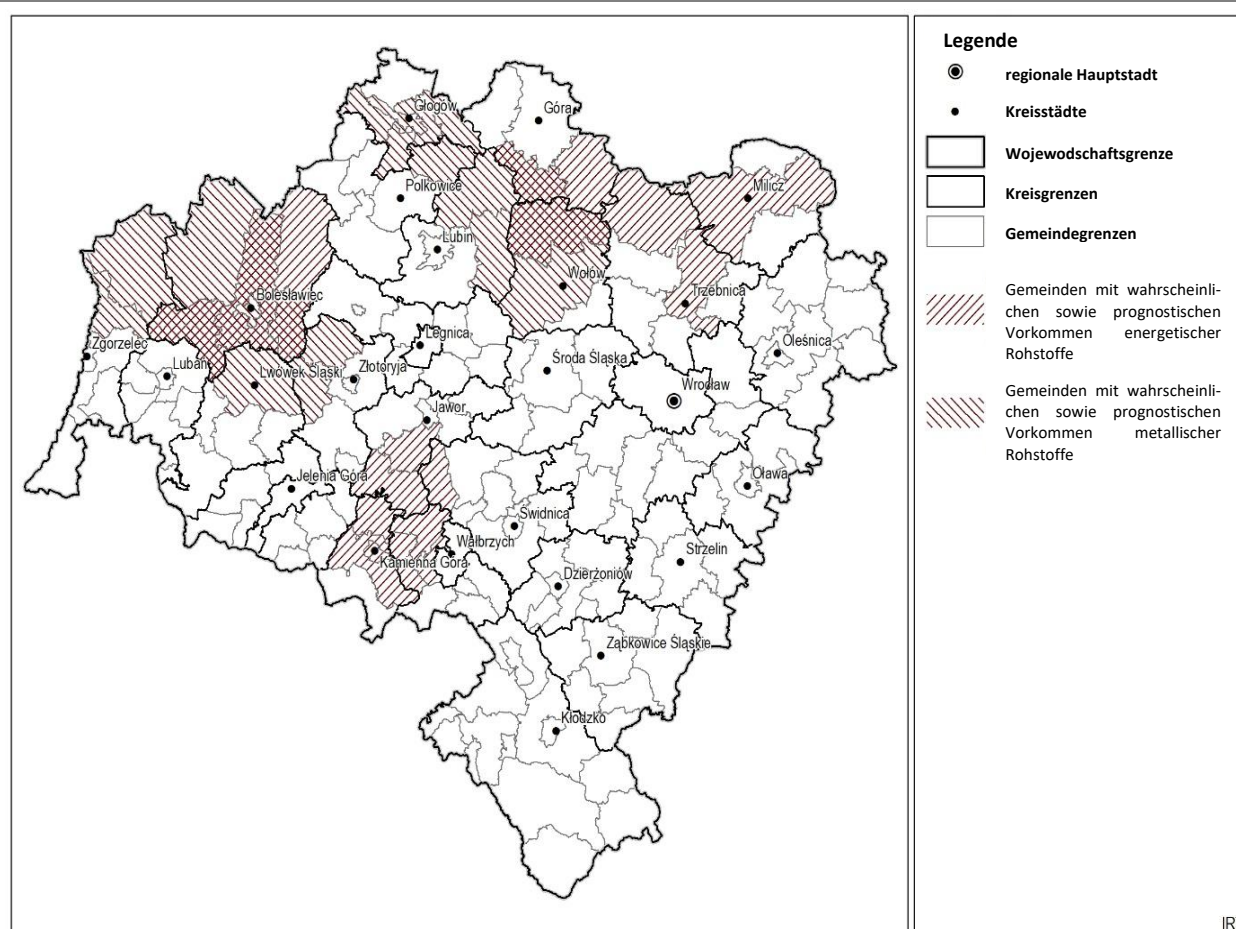


Quelle: eigenständig erstellte Karte auf der Grundlage von Angaben des Leiters des staatlichen geologischen Dienstes, Schreiben DSA-LO.075.20.2016.KD vom 22. Dezember 2016.

Die Wojewodschaft verfügt darüber hinaus über Potenziale zum Nachweis neuer Rohstoffvorkommen. Je nach geologischem Untersuchungsgrad eventueller Vorkommen wird hierbei unterschieden in sog. Perspektivgebiete, in denen eine bestimmte Wahrscheinlichkeit des Nachweises von Rohstoffvorkommen besteht, sowie sog. Gebiete mit prognostischen, d.h. zumindest möglichen Ressourcen, die zwar potentiell bauwürdig sind, jedoch hinsichtlich ihrer Mengen und der qualitativen Parameter noch nicht näher bestimmt wurden; der Abbildung 4 ist eine Karte mit denjenigen Gemeinden der Wojewodschaft Niederschlesien zu entnehmen, in denen Perspektiv- sowie Gebiete mit prognostischen Ressourcen nachgewiesen wurden.

Im Funktionalraums Legnica-Głogów, der zugleich einen Funktionalraum der Kupferindustrie bildet, wurden besondere Vorschriften für den Schutz von Lagerstätten festgelegt.

Abbildung 4. Gemeinden der Woj. Niederschlesien mit Perspektiv- [wahrscheinlichen] sowie Gebieten mit prognostischen Ressourcen.



Quelle: eigenständig erstellte Karte auf der Grundlage der Bilanz perspektivischer Rohstoffressourcen in Polen, Staatliches Institut für Geologie

Im Landesvergleich belegt die Wojewodschaft Niederschlesien nach der Wojewodschaft Opolskie den zweiten Rang hinsichtlich der Höhe des durchschnittlichen Bewertungsindex des landwirtschaftlichen Produktionsraumes (poln.: *wskaźnik waloryzacji rolniczej przestrzeni produkcyjnej*), bei dessen Ermittlung die Qualität der Böden von ausschlaggebender Bedeutung ist. Eine wesentliche Gefährdung für landwirtschaftliche Nutzflächen, vor allem der fruchtbarsten Böden, geht von einer unsachgemäßen Flächenbewirtschaftung aus, die wiederum häufig zu einer unbegründeten Umnutzung dieser Flächen führt und diese damit einer landwirtschaftlichen Nutzung entzieht. Hierzu durchgeführte Untersuchungen führten zu dem Ergebnis, dass zwischen 2007 und 2013 über 160.000 ha landwirtschaftlicher Nutzflächen für eine Bebauung zugelassen wurden. Bei über 50 % dieser Flächen handelte es sich um Böden der Güteklassen I-III, ca. 33 % waren Böden der Güteklasse IV. Daher sind auf regionaler Ebene aufgestellte Leitlinien zum Schutz dieser Böden erforderlich, in denen ausführliche Bestimmungen zum Schutz von Böden unter Berücksichtigung unterschiedlichster Bedingungen und Voraussetzungen, u.a. der Urbanisierungsprozesse in den städtischen Funktionalräumen, getroffen werden.

Als wichtigste Maßnahme zum Schutz von Grundwasservorkommen gilt eine Ausweisung von Trink- bzw. Grundwasserschutzgebieten, des weiteren eine Anpassung der regionalen Raumordnungspolitik an die für die einzelnen Schutzgebiete aufgestellten Ziele und Bewirtschaftungsgrundsätze sowie ein ständiges Grundwassermonitoring.



In Tabelle 10 sowie in der Planzeichnung Nr. 4 Umweltressourcen wurden Maßnahmen zusammengefasst, die dem Schutz sowie einer effizienten Nutzung der Umweltressourcen Rohstoffvorkommen, Böden sowie Grundwasservorkommen dienen.

Tabelle 10. Perspektive 2.3. Schutz und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen.

Perspektive 2.3. Schutz und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen.

**Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:**

1. Ausweisung von Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten zum Schutz nachgewiesener Rohstoffvorkommen von nationaler und regionaler Bedeutung sowie Bestimmung der Bewirtschaftungsgrundsätze für diese Lagerstätten.
2. Berücksichtigung nachgewiesener Rohstoffvorkommen im Rahmen planerischer Festsetzungen sowie der Erstellung strategischer Dokumente.
3. Erteilung von Abbaugenehmigungen für Lagerstätten mit Rohstoffvorkommen von regionaler Bedeutung (bei möglichst umfangreicher Nutzung der jeweiligen Ressourcen) unter Berücksichtigung der Umwelt- und sozialen Standards sowie technischen und wirtschaftlichen Bedingungen eines Abbaus bzw. einer Förderung.
4. Erstellung einer regionalen Rohstoffstrategie einschl. Überprüfung und Bewertung der Rohstoffvorkommen in der Wojewodschaft Niederschlesien.
5. Erstellung von Leitlinien zum Schutz der Böden Niederschlesiens.
6. Berücksichtigung der Schutzbelange wichtiger sowie lokaler Grundwasservorkommen, die in der Planzeichnung Nr. 4. Umweltressourcen gemäß der in den Gewässerbewirtschaftungsplänen aufgestellten Schutzziele als Grundwasserschutzgebiete ausgewiesen wurden.

**Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Erstellung eines Verzeichnisses strategischer Lagerstätten.
2. Bewertung abbauwürdiger strategischer Lagerstätten.
3. Optimale Bewirtschaftung von Lagerstätten unter Berücksichtigung perspektivischer sowie prognostischer Rohstoffvorkommen.
4. Obligatorische Aufstellung von Bebauungsplänen für Gebiete mit nachgewiesenen und abbauwürdigen Lagerstätten.
5. Erstellung von Bewirtschaftungsgrundsätzen im Rahmen des Abbaus strategischer Lagerstätten.
6. Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Erkundung und des Nachweises von Lagerstätten einschl. der Ermittlung ihrer jeweiligen Vorräte
7. Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten für alle Binnengewässer.

**Empfehlungen an die Gemeinden:**

1. Berücksichtigung der Schutzbelange nachgewiesener Rohstoffvorkommen von nationaler und regionaler Bedeutung sowie Planung einer Flächennutzung, die potentiellen Konflikten im Rahmen eines Abbaus vorbeugt.	in der Abbildung 3., Aufstellung Nr. 9 in Punkt 1 genannte Gemeinden, in denen abbauwürdige Rohstoffvorkommen von nationaler und regionaler Bedeutung nachgewiesen wurden dargestellte Gemeinden
2. Begrenzung einer Bebauung geschlossener landwirtschaftlicher Nutzflächen mit Gebäuden zu Wohn- sowie Dienstleistungszwecken.	alle Gemeinden
3. Berücksichtigung der Schutzbelange wichtiger sowie lokaler Grundwasservorkommen, die in der Planzeichnung Nr. 4. Umweltressourcen gemäß der in den Gewässerbewirtschaftungsplänen aufgestellten Schutzziele als Grundwasserschutzgebiete ausgewiesen wurden.	in Aufstellung Nr. 9 in Punkt 2 genannte Gemeinden, in deren Verwaltungsgrenzen in Planzeichnung Nr. 4 Umweltressourcen dargestellte Grundwasserschutzgebiete gelegen sind
4. Berücksichtigung der Auswirkungen bergbaubedingter Belastungen im Einwirkungsbereich des Bergbaus im Rahmen der Raumplanung.	alle Gemeinden
5. Berücksichtigung von Angaben über vorläufig in der Abbildung 4 ausgewiesene Perspektivgebiete, in denen eine bestimmte Wahrscheinlichkeit des Nachweises von Vorkommen besteht, sowie sog. Gebiete mit prognostischen, d.h. zumindest möglichen Ressourcen im Rahmen der Flächennutzungsplanung	Bolesławiec, Stadt Bolesławiec, Boguszów-Gorce, Bolków, Czarny Bór, Dobromierz, Głogów, Stadt Głogów, Grębocice, Gromadka, Jemielno, Jerzmanowa, Kamien-

### Perspektive 2.3. Schutz und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen.

	na Góra, Stadt Kamienna Góra, Lwówek Śląski, Marciszów, Milicz, Nowogrodziec, Osiecznica, Paszowice, Pęcław, Pielgrzymka, Pieńsk, Rudna, Stare Bogaczowice, Ścinawa, Trzebnica, Warta Bolestawiecka, Wąsosz, Węgliń, Wińsko, Wołów, Zagrodno, Żmigród, Żukowice
<b>Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:</b>	
1. Berücksichtigung der Schutzbelange natürlicher Ressourcen, u.a. Oberflächen- und Grundwasservorkommen sowie nachgewiesene Rohstoffvorkommen, im Rahmen der Raumordnung und Raumplanung.	Wojewodschaften Lubuskie, Opole und Großpolen
2. Berücksichtigung von Oberflächen- und Grundwasservorkommen in der deutsch-polnischen sowie der polnisch-tschechischen Grenzregion im Rahmen des Ressourcenschutzes	Bundesrepublik Deutschland, Tschechische Republik.
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von FNP: k.A.</b>	

D.3. ZIEL 3. GEWÄHRLEISTUNG DER SICHERHEIT ALLER BÜRGER-/INNEN: GESTALTUNG UND FÖRDERUNG GEGENÜBER DEN FOLGEN DES KLIMAWANDELS SOWIE NATÜRLICHEN UND ANTHROPOGENEN GEFAHREN WIDERSTANDSFÄHIGEN RAUMSTRUKTUREN.

D.3.1. PERSPEKTIVE 3.1. SICHERSTELLUNG VON VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG DER ENERGIEINFRASTRUKTUR SOWIE EINER RATIONALEN ENTWICKLUNG ERNEUERBARER ENERGIEN UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER NATÜRLICHEN GEGEBENHEITEN.

Diese Entwicklungsperspektive der Raumordnung und Raumplanung in der Wojewodschaft Niederschlesien resultiert aus verbindlichen Rechtsvorschriften, vor allem aus der Zuständigkeit der Selbstverwaltung der Wojewodschaft für die Sicherstellung von Voraussetzungen für die Entwicklung infrastruktureller An- und Verbindungen zwischen den Regionen sowie in der Region selbst. Die im Rahmen dieser Perspektive umzusetzenden Maßnahmen beruhen hauptsächlich auf einer von der Selbstverwaltung der Wojewodschaft gewährten Unterstützung für die Umsetzung gesetzlich vorgesehener und in den unterschiedlichsten Dokumenten bereits vorgesehener Vorhaben, wie ebenso Maßnahmen zum von den für die Übertragung und Verteilung von elektrischer Energie sowie von Erdgas zuständigen Netzbetreibern geplanten Ausbau der Energieinfrastruktur. Die Umsetzung der im Rahmen dieser Entwicklungsperspektive vorgesehenen Maßnahmen verpflichtet die Selbstverwaltung der Wojewodschaft dazu, eine Strategie zur Festlegung von Handlungsfeldern der regionalen Energiepolitik zu erstellen, die eine auf der Nutzung erneuerbarer Energien beruhende Entwicklung der Energiegewinnung und -versorgung berücksichtigt. Die hierbei vorgesehenen Maßnahmen umfassen des weiteren die Sicherstellung einer gemeinschaftlichen Wärmeversorgung im Rahmen von Wärmenetzen sowie die Förderung von Maßnahmen zur Verringerung der Luftverschmutzung.

Tabelle 11. Perspektive 3.1. Sicherstellung von Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Energieinfrastruktur sowie einer rationalen Entwicklung erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten.

Perspektive 3.1. Sicherstellung von Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Energieinfrastruktur sowie einer rationalen Entwicklung erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten.

#### **Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:**

1. Sicherstellung von Voraussetzungen für die Umsetzung öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung, ausgewiesen in der Anlage Nr. 1 unter K150 bis K162 sowie der Planzeichnung Nr. 9 und in den fol-



Perspektive 3.1. Sicherstellung von Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Energieinfrastruktur sowie einer rationalen Entwicklung erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten.

genden Dokumenten und Strategien festgelegt:	
1) im Gesetz über die Vorbereitung und Umsetzung strategischer Investitionsvorhaben im Bereich Übertragungs- und Fernleitungsnetze <sup>25</sup> ; 2) im Gesetz über die Umsetzung von Investitionsvorhaben zum Bau des Flüssiggasterminals in Świnoujście <sup>26</sup> ; 3) in der Aufstellung Strategischer Vorhaben für die Energieinfrastruktur im Rahmen des OP Infrastruktur und Umwelt 2014-2020; 4) im Nationalen Raumentwicklungskonzept 2030 <sup>27</sup> .	
2. Berücksichtigung des von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilungsnetze geplanten Ausbaus der Energieinfrastruktur gem. Aufstellung in der Anlage Nr. 3 und der Planzeichnung Nr. 6 im Rahmen planerischer Festsetzungen sowie in den Entwicklungsstrategien.	
3. Berücksichtigung des geplanten Baus eines neuen Blocks des Kraftwerks Turów als Ersatz für außer Betrieb genommene ältere Anlagen im Rahmen planerischer Festsetzungen sowie in den Entwicklungsstrategien.	
4. Förderung des Ausbaus von Gasverteilungsnetzen in Gebieten, deren Anschluss an das Verteilungsnetz verbessert werden muss, unter besonderer Berücksichtigung von Gemeinden, in denen eine intensive Urbanisierung einsetzt.	
5. Förderung des Ausbaus von Fernwärmenetzen sowie der Installation geeigneter Wärmeanlagen für Wohnanlagen bzw. einzelne Wohngebäuden:	
1) in Gebieten mit bestehender oder geplanter Wohnbebauung, die bereits über Wärmeversorgungsnetze verfügen und dieses Fernwärmenetz weiterhin ausgebaut werden kann;	Bogatynia, Stadt Bolesławiec, Brzeg Dolny, Chocianów, Chojnów, Stadt Dzierżoniów, Stadt Głogów, Jawor, Jelcz-Laskowice, Stadt Jelenia Góra, Stadt Kamienna Góra, Stadt Kłodzko, Stadt Legnica, Stadt Lubań, Stadt Lubin, Milicz, Stadt Nowa Ruda, Stadt Oleśnica, Stadt Oława, Polkowice, Siechnice (Siechnice, Święta Katarzyna), Stronie Śląskie, Ścinawa, Stadt Świebodzice, Stadt Świdnica, Stadt Wałbrzych, Stadt Wrocław, Ząbkowice Śląskie, Zgorzelec sowie Złotoryja.
2) <i>in Gebieten, in den die zulässigen Schadstoffbelastungen (Luftschadstoffe) überschritten werden*</i> ;	alle Gemeinden
3) unter Nutzung erneuerbarer Energien als Wärmequelle.	alle Gemeinden
6. Erstellung einer Strategie zur Umsetzung und Gestaltung einer regionalen Energiepolitik unter Berücksichtigung:	
1) von Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Energieinfrastruktur auf Wojewodschaftsebene, 2) einer gezielten Förderung erneuerbarer Energien.	
<b>Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:</b>	
1. Fortschreibung des nationalen Energieplans, die Initiativen zur Entwicklung einer umwelt- und gesellschaftsfreundlichen Energiepolitik Priorität einräumt und mit den aktuellen Trends der Energiepolitik in der EU übereinstimmt.	
2. Erstellung von Richtlinien zur Förderung unterschiedlichster Formen der Nutzung erneuerbarer Energien zur Strom- und Wärmeerzeugung je nach Flächennutzungsart (Industrie- und Gewerbeflächen, Klein- und Kleinstgewerbe, Wohnbauflächen, etc.) im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Ministeriums.	
3. Beschlussfassung zum Bau des Pumpspeicherkraftwerks Młoty und seines Anschlusses an das überregionale	

<sup>25</sup> Gesetz über die Vorbereitung und Umsetzung strategischer Investitionsvorhaben im Bereich Übertragungs- und Fernleitungsnetze vom 24. Juli 2015 ([poln. GBl.] Dz.U. 2018.404 mit spät. Änd.).

<sup>26</sup> Gesetz über die Umsetzung von Investitionsvorhaben zum Bau des Flüssiggasterminals in Świnoujście vom 24. April 2009 ([poln. GBl.] Dz. U. 2019.1554 mit spät. Änd.).

<sup>27</sup> Beschluss Nr. 239 des Ministerrats über die Verabschiedung des Nationalen Raumentwicklungskonzepts 2030 vom 13. Dezember 2011, veröffentlicht im polnischen Amtsblatt (Monitor Polski) vom 27. April 2012, Pos. 252.



Perspektive 3.1. Sicherstellung von Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Energieinfrastruktur sowie einer rationalen Entwicklung erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten.

#### Übertragungs- und Verteilungsnetz.

##### Empfehlungen an die Gemeinden:

alle Gemeinden der Wojewodschaft Niederschlesien.

1. Berücksichtigung einer eventuellen Umsetzung von Investitionsvorhaben, die in den Netzentwicklungsplänen der Energieversorgungsunternehmen im Rahmen der planerischen Festsetzungen auf kommunaler Ebene genannt sowie in der Anlage Nr. 3 und der Planzeichnung Nr. 6 ausgewiesen wurden.
2. Beachtung von Festsetzungen in den *lokalen Planungsdokumenten\**, die auf eine Umsetzung von Vorhaben zur Errichtung von unterirdisch verlegten Energienetzen in bebauten Gebieten [Innenbereich] bzw. baulich zu erschließenden Gebieten verweisen. Eine Errichtung von Freileitungen sollte lediglich in begründeten Fällen zulässig sein, insb. in regionalen Industrie- und/oder Gewerbegebieten sowie anderen Produktions- und/oder Dienstleistungsstandorten mit einer Gesamtfläche von mind. 10 ha.
3. Erstellung und Berücksichtigung von *Energiebilanzen\**, in denen Bedarfsanalysen zum voraussichtlichen Verkehrsaufkommen in den jeweiligen Gebieten sowie die lokalen Voraussetzungen zu Förderung und Ausbau erneuerbarer Energien dargelegt werden, im Rahmen der planerischen Festsetzungen auf kommunaler Ebene.
4. Beachtung von Festsetzungen in den lokalen Planungsdokumenten, die auf eine Nutzung erneuerbarer Energien sowie Erdgas als wichtigster Brennstoffe zum Betrieb wärmeerzeugender Anlagen insb. in Wohnanlagen sowie in einzelnen Wohngebäuden verweisen.
5. Erschließung aller bebauten Gebiete unter besonderer Berücksichtigung von *Siedlungseinheiten\** mit mehr als 0,5 Tsd. Einwohnern mittels Ausbau des Gasleitungsnetzes, um Erdgas zu Heizzwecken einzusetzen. Im Falle:
  - 1) fehlender technischer oder wirtschaftlicher Voraussetzungen zum Ausbau des Erdgasnetzes (Fernleitungsnetz) sollte angestrebt werden, die Gasversorgung über dezentrale Versorgungssysteme unter Einsatz von Flüssiggasstationen bzw. -tanks sicherzustellen,
  - 2) eines fehlenden Zugangs zum Fernleitungsnetz in dünn besiedelten Gebieten sowie in Siedlungseinheiten mit weniger als 0,5 Tsd. Einwohnern sollte eine Versorgung unter Einsatz von Flüssiggastanks bevorzugt werden.
6. Förderung einer Umgestaltung der Wärmeversorgungssysteme mittels:
  - 1) Nutzung erneuerbarer Energien oder Einsatz von Anlagen, die mit gasförmigen oder Flüssigbrennstoffen betrieben werden (Gebäudebeheizung),
  - 2) schrittweiser Anschluss von Mehrfamilienhäusern, in denen der jeweilige Wärmebedarf über den Einsatz einzelner Kleinanlagen (Kessel/Öfen) gedeckt wird, an zentrale Fernwärmenetze oder andere geeignete Wärmeanlagen.
7. Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien insbesondere in *Gebieten, in den die zulässigen Schadstoffbelastungen (Lustschadstoffe) überschritten werden\**.
8. Berücksichtigung von Einschränkungen beim Ausbau der Windenergie gemäß den Festlegungen der „Studie zu den räumlichen Entwicklungszielen im Rahmen des Ausbaus der Windenergie in der Wojewodschaft Niederschlesien“, die der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien als Unterstützung bei ihrer Umsetzung und Gestaltung der regionalen Politik zum Ausbau erneuerbarer Energien dient.
9. Berücksichtigung bevorzugter Standorte für PV-Freiflächenanlagen in Gebieten:
  - 1) die in unmittelbarer Nachbarschaft zu Straßen und Freileitungen gelegen sind,
  - 2) mit einer geringen Flächenneigung (Täler, Flachland),
  - 3) mit hohen Einstrahlungswerten,
  - 4) auf Brach- und für eine landwirtschaftliche Nutzung ungeeignete Flächen sowie auf großflächigen Dächern.
10. Nutzung von Bächen und Stillgewässern zur Energiegewinnung, insb. an Standorten mit Stauanlagen.
11. Förderung von Technologien zur Energieerzeugung in KWK-Anlagen unter Berücksichtigung von Weiterentwicklungen im Rahmen des Einsatzes flüssiger und gasförmiger Energieträger u.a. in vergasungsbasierten sog. Polygeneration-Kraftwerken.

##### Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:

- |  |                         |
|--|-------------------------|
| 1. Sicherstellung der Voraussetzungen für eine kontinuierliche Umsetzung von Investitionsvorhaben, die in den Netzentwicklungsplänen der Energieversorgungsunternehmen ausgewiesen werden, vgl.: |                         |
| 1) Bau einer Ferngasleistung, Abschnitt Lwówek- Odo-lanów (Vorhaben in der Anl. 1, öffentliches Investitions-vorhaben überörtlicher Bedeutung),  | Wojewodschaft Großpolen |



Perspektive 3.1. Sicherstellung von Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Energieinfrastruktur sowie einer rationalen Entwicklung erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten.

2) Bau einer 110 kV-Freileitung, Rawicz-Góra, 3) Umbau der 110 kV-Freileitung Żmigród-Rawicz,	
4) Bau einer Ferngasleistung, Abschnitt Zdzeszowice-Wrocław (Vorhaben in der Anl. 1, öffentliches Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung), 5) Umbau der 400 kV-Freileitung Pasikowice-Dobrzeń-Trębaczew-Joachimów, 6) Modernisierung der 220 kV-Freileitung Groszowice-Ząbkowice, 7) Umbau der 110 kV-Leitung Oleśnica-Bierutów-Namysłów (Kabelleitung),	Wojewodschaft Opole
8) Modernisierung der 220 kV-Freileitung Mikułowa-Leśniów.	Wojewodschaft Lubuskie

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von FNP in den Funktionalräumen sowie Empfehlungen\*:**  
alle Gemeinden

1. Festlegung von Bedingungen und Standortfaktoren für auf Dächern installierte Erneuerbare Energien-Anlagen im Rahmen der Erstellung von *Leitlinien\** für Flächen mit den Nutzungsarten Handel und Dienstleistungen sowie Industrie und Gewerbe, insb. von Flächen, die als *optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben\** ausgewiesen wurden.  
Empfohlen wird eine Ausweisung von Produktions- und/oder Dienstleistungsstandorten mit einer Gesamtfläche von mehr als 10 ha, insb. als *optimale Standorte für neue Investitionsvorhaben\** ausgewiesene Flächen, als geeignete Gebiete, in denen auf den Gebäudedächern EEG-Anlagen mit einer Leistung von mehr als 100 kW installiert werden können, unter Einbezug ihrer jeweiligen Schutzzonen mit Beschränkungen im Rahmen der Bebauung und jeweiligen Nutzungsart.

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen: Standorte öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung:**

- |   |  |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Berücksichtigung von in der Anlage Nr. 1 unter K150 bis K162 sowie der Planzeichnung Nr. 9 ausgewiesener Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung, die in den folgenden Dokumenten und Strategien festgelegt wurden:               <ol style="list-style-type: none"> <li>1) im Gesetz über die Vorbereitung und Umsetzung strategischer Investitionsvorhaben im Bereich Übertragungs- und Fernleitungsnetze<sup>28</sup>,</li> <li>2) im Gesetz über die Umsetzung von Investitionsvorhaben zum Bau des Flüssiggasterminals in Świnoujście<sup>29</sup>,</li> <li>3) in der Aufstellung Strategischer Vorhaben für die Energieinfrastruktur im Rahmen des OP Infrastruktur und Umwelt 2014-2020,</li> <li>4) im Nationalen Raumentwicklungskonzept 2030<sup>30</sup>.</li> </ol> </li> </ol> | <p>die einzelnen Standorte wurden in der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9 dargestellt.</p> |
|---|--|

\* Begriffsbestimmung im Wörterbuch in Kapitel A des Textteils.

<sup>28</sup> Gesetz über die Vorbereitung und Umsetzung strategischer Investitionsvorhaben im Bereich Übertragungs- und Fernleitungsnetze vom 24. Juli 2015 ([poln. GBl.] Dz.U. 2018.404 mit spät. Änd.).

<sup>29</sup> Gesetz über die Umsetzung von Investitionsvorhaben zum Bau des Flüssiggasterminals in Świnoujście vom 24. April 2009 ([poln. GBl.] Dz. U. 2019.1554 mit spät. Änd.).

<sup>30</sup> Beschluss Nr. 239 des Ministerrats über die Verabschiedung des Nationalen Raumentwicklungskonzepts 2030 vom 13. Dezember 2011, veröffentlicht im polnischen Amtsblatt (Monitor Polski) vom 27. April 2012, Pos. 252.



### D.3.2. PERSPEKTIVE 3.2. SICHERSTELLUNG VON VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE AUSSTATTUNG DER STADTRÄUME MIT ANLAGEN UND SYSTEMEN IM RAHMEN DER WASSERVER- UND ABWASSERENTSORGUNG SOWIE DER ABFALLWIRTSCHAFT.

Diese Entwicklungsperspektive resultiert aus einer erforderlichen Unterstützung der Umsetzung von Maßnahmen, die in Strategien und Dokumenten auf nationaler und regionaler Ebene vereinbart wurden und ihrerseits die Grundlage für die Herausbildung entsprechender Voraussetzungen für eine Verbesserung der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Abfallwirtschaft in der Wojewodschaft bildeten und hierbei die Umsetzung diesbezüglicher Rechtsvorschriften der Europäischen Union in das nationale Recht berücksichtigten. Übergeordnete Dokumente sind hierbei die Fortschreibung des Nationalen Programms Kommunale Abwasserbehandlung 2017 sowie die Abfallbewirtschaftungspläne der Wojewodschaften Niederschlesien, Opole, Großpolen und Lubuskie. Darüber hinaus müssen im Zusammenhang mit intensiven Urbanisierungstendenzen in einigen Teilen der Wojewodschaft zielgerichtete Maßnahmen ergriffen werden, um sicherstellen zu können, dass die hiervon betroffenen Gebiete mit Wasser- und Abwasserleitungsnetzen ausgestattet werden. Ebenso wichtig ist es, die teils erheblichen Unterschiede beim Zugang zu Abwassernetzen und Kläranlagen im ländlichen und städtischen Raum zu verringern. Die Sicherstellung von Voraussetzungen für eine moderne und leistungsfähige Abfallwirtschaft nimmt hingegen Einfluss auf eine Erhöhung der Effektivität der Abfallbehandlung, vor allem aber einer Vorbeugung der Abfallentstehung einschl. der Abfallminimierung sowie einer fachgerechten Abfalltrennung. Eine Umsetzung dieses Ziels stellt wiederum sicher, im Rahmen der Abfall- und Kreislaufwirtschaft möglichst geschlossene Stoffkreisläufe zu schaffen.

Tabelle 12. Perspektive 3.2. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine Ausstattung der Stadträume mit Anlagen und Systemen im Rahmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Abfallwirtschaft.

Perspektive 3.2. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine Ausstattung der Stadträume mit Anlagen und Systemen im Rahmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Abfallwirtschaft.

<b>Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:</b>	
1. Sicherstellung von Voraussetzungen für die Umsetzung der im Abfallbewirtschaftungsplan für die Wojewodschaft Niederschlesien 2016-2022 (AWP WN 2016) <sup>31</sup> sowie im Abfallbewirtschaftungsplan für die Wojewodschaft Großpolen 2016-2022 einschl. Investitionsplanung <sup>32</sup> genannten Maßnahmen: 1) geplanter öffentlicher Investitionsvorhaben zur Errichtung regionaler Müllverwertungs- und Behandlungsanlagen sowie der für diese Regionen ausgewiesenen Ersatzanlagen, 2) Rekultivierung/Sanierung kommunaler Deponien.	alle Gemeinden
2. Zusammenarbeit in Gemeinden, in denen die Abfallbewirtschaftung auf der Grundlage von Anschlussverträgen erfolgt:	
1) mit der Wojewodschaft Opole,	Bierutów, Kamieniec Ząbkowicki, Łądek-Zdrój, Stronie Śląskie i Złoty Stok
2) mit der Wojewodschaft Großpolen,	Cieszków, Dziadowa Kłoda, Międzybórz, Milicz, Stadt Oleśnica, Oleśnica, Syców
3) mit der Wojewodschaft Lubuskie	Niechlów
3. Sicherstellung der Voraussetzungen für die Umsetzung von in der Fortschreibung des Nationalen Programms Kommunale Abwasserbehandlung (FNP KAB 2017) festgelegten Maßnahmen, u.a. ff. In-	alle Gemeinden

<sup>31</sup> Beschluss Nr. XLIII/1450/17 des Sejmik der Wojewodschaft Niederschlesien vom 21. Dezember 2017 r.

<sup>32</sup> Beschluss Nr. XXXI/810/2017 des Sejmik der Wojewodschaft Großpolen vom 29. Mai 2017.



Perspektive 3.2. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine Ausstattung der Stadträume mit Anlagen und Systemen im Rahmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Abfallwirtschaft.

vestitionsvorhaben: 1) Erweiterung des Abwassernetzes einschl. Netzanschlüsse, 2) Bau von Kleinkläranlagen, 3) Modernisierung, Ausbau oder Bau von Kläranlagen.	
4. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine Erschließung der ausgewiesenen Abwasserregionen: Anschluss an Kläranlagen sowie Abwasserleitungsnetze (die Festsetzung dieser Gebiete erfolgt auf der Grundlage von Beschlüssen des Sejmik der Wojewodschaft, werden jedoch nicht im geltenden FNP KAB 2017 berücksichtigt).	alle Gemeinden
5. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine Erschließung von Gemeinden, in denen intensive Urbanisierungstendenzen beobachtet werden, mittels ihres Anschlusses an Kläranlagen sowie Abwasserleitungsnetze	Bolesławiec, Czernica, Długołęka, Dobroszyce, Gaworzyce, Głogów, Jelcz-Laskowice, Jerzmanowa, Jeżów Sudetki, Jordanów Śląski, Stadt Karpacz, Kąty Wrocławskie, Kobierzyce, Kotla, Krotoszyce, Kunice, Legnickie Pole, Lubin, Miękinia, Miłkowice, Mysłakowice, Oborniki Śląskie, Oleśnica, Stadt Oława, Oława, Stadt Polanica-Zdrój, Radwanice, Rudna, Siechnice, Stadt Szklarska Poręba, Świdnica, Stadt Świeradów-Zdrój, Trzebnica, Wisznia Mała, Warta Bolesławiecka, Zgorzelec, Żórawina
6. Erstellung eines Wojewodschaftsprogramms für Abwasserregionen mit weniger als 2.000 EW (Einwohnerwerte) im Zuständigkeitsbereich der Selbstverwaltung der Wojewodschaft, insoweit diese nicht in der Fortschreibung des Nationalen Programms Kommunale Abwasserbehandlung (FNP KAB 2017) berücksichtigt wurden.	
<b>Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:</b>	
1. Fortschreibung des Programms zum Bau von Kläranlagen in Abwasserregionen mit weniger als 2.000 EW	
<b>Empfehlungen an die Gemeinden:</b>	
1. Berücksichtigung einer eventuellen Umsetzung von Vorhaben zur Errichtung von Anlagen zur thermischen Abfallbehandlung entsprechend den diesbezüglichen Vorschriften.	alle Gemeinden
2. Berücksichtigung von Standorten und Einwirkungsbereichen bestehender sowie geplanter Anlagen zur Behandlung von Bergbauabfällen der KGHM Polska Miedź [Kupfer] SA im Rahmen der Gestaltung von Raumstrukturen und Bebauungsstandorten.	Grębocice, Lubin, Polkowice, Rudna
3. Berücksichtigung von Standorten und Einwirkungsbereichen von Anlagen zur Lagerung und Aufbereitung von Industrieabfällen im Rahmen der Gestaltung von Raumstrukturen und Erschließung von Bebauungsstandorten.	Brzeg Dolny, Stadt Głogów, Krotoszyce, Stadt Legnica, Siechnice, Stadt Wałbrzych, Żłoty Stok
4. Ausbau von Systemen und Anlagen der Wasserver- sowie Abwasserentsorgung unter besonderer Berücksichtigung empfindlicher Grundwasserschutzgebiete.	alle Gemeinden
5. Im Bereich der der Wasserver- sowie Abwasserentsorgung in bereits bebauten Gebieten [Innenbereich] sowie für eine Bebauung zu erschließender Gebiete sollten Netz- und Kleinanlagen zur Abwasserbeseitigung und -behandlung mit jeweils geeigneten Ausbaugrößen gewählt werden.	alle Gemeinden
6. Kleinanlagen zur Wasserversorgung sollten zulässig sein: a) ausschließlich in Gebieten mit einer dünnen Besiedlung ( <i>Siedlungseinheiten</i> * mit weniger als 0,5 Tsd. Einwohnern) sowie in Gebieten mit einer geringeren Bebauungsdichte (freistehende Einfamilien- oder Doppelhäuser sowie Gehöfte),	alle Gemeinden

Perspektive 3.2. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine Ausstattung der Stadträume mit Anlagen und Systemen im Rahmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Abfallwirtschaft.

b) außerhalb von Gebieten mit einer dünnen Besiedlung sowie einer geringeren Bebauungsdichte begrenzt auf gewerbliche Zwecke sowie aus Gründen des Brandschutzes.	
7. Kleinanlagen zur Entsorgung, Beseitigung und Behandlung kommunaler Abwässer sollten zulässig sein: 1) in Abwasserregionen entsprechend den Anforderungen des FNP KAB 2017, 2) außerhalb von Abwasserregionen: a) ausschließlich in Gebieten mit einer dünnen Besiedlung ( <i>Siedlungseinheiten*</i> mit weniger als 0,5 Tsd. Einwohnern) sowie in Gebieten mit einer geringeren Bebauungsdichte (freistehende Einfamilien- oder Doppelhäuser sowie Gehöfte), sowie b) begrenzt auf Wohnbauflächen mit Mehrfamilien- sowie Reihenhäusern.	alle Gemeinden
8. Es wird empfohlen, in den lokalen Planungsdokumenten auf der Grundlage jeweils zur Verfügung stehender ökophysiographischer Studien geeignete Gebiete auszuweisen, in denen Kleinkläranlagen installiert werden können.	alle Gemeinden
<b>Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:</b>	
1. Zusammenarbeit mit Gemeinden der Wojewodschaft Niederschlesien, in denen die Abfallbewirtschaftung auf der Grundlage von Anschlussverträgen erfolgt:	
1) Bierutów, Kamieniec Ząbkowicki, Łądek-Zdrój, Stronie Śląskie, Złoty Stok,	Wojewodschaft Opole
2) Cieszków, Dziadowa Kłoda, Międzybórz, Stadt Oleśnica, Oleśnica, Syców, Milicz,	Wojewodschaft Großpolen
3) Niechlów.	Wojewodschaft Lubuskie
2. Zusammenarbeit mit Gemeinden der Wojewodschaft Niederschlesien, in denen die Abwasserentsorgung und -behandlung im Rahmen der ausgewiesenen Abwasserregionen erfolgt:	
1) Abwasserregion „Brzeg“ – Gemeinde Oława,	Wojewodschaft Opole
2) Abwasserregion „Zduny-Cieszków“ – Gemeinde Cieszków.	Wojewodschaft Großpolen
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen: Standorte öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung:</b>	
1. Berücksichtigung von in der Anlage Nr. 1 unter K174 bis K301 sowie W33 bis W119 sowie der Planzeichnung Nr. 9 ausgewiesener öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung, die in den folgenden Dokumenten und Strategien festgelegt wurden: 1) Abfallbewirtschaftungsplan für die Wojewodschaft Niederschlesien 2016-2022 <sup>33</sup> , 2) Abfallbewirtschaftungsplan für die Wojewodschaft Großpolen 2016-2022 einschl. Investitionsplanung <sup>34</sup> , 3) Fortschreibung des Nationalen Programms Kommunale Abwasserbehandlung 2017.	die einzelnen Standorte wurden in der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9 dargestellt

\* Begriffsbestimmung im Wörterbuch in Kapitel A des Textteils.

<sup>33</sup> Beschluss Nr. XLIII/1450/17 des Sejmik der Wojewodschaft Niederschlesien vom 21. Dezember 2017.

<sup>34</sup> Beschluss Nr. XXXI/810/2017 des Sejmik der Wojewodschaft Großpolen vom 29. Mai 2017.



### D.3.3. PERSPEKTIVE 3.3 SICHERSTELLUNG VON VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE WEITERE ENTWICKLUNG DER TELEKOMMUNIKATIONSINFRASTRUKTUR.

Die nachstehend vorgestellte Entwicklungsperspektive stimmt mit den europäischen und nationalen Plänen zur Entwicklung der Telekommunikationsbranche überein, deren gemeinsame Zielstellung darin besteht, einen möglichst flächendeckenden Internetzugang zu gewährleisten, um entsprechende eServices nutzen zu können. Eine weitere Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur erfolgt u.a. im Rahmen des nun fertiggestellten aktiven Teils des Niederschlesischen Breitbandnetzes (BBN NS). Die Errichtung von Zugangsnetzen, die den Nutzern einen direkten Zugang zu den Breitbanddiensten gewährleistet, sollte vor allem in den von der für die Telekommunikation zuständigen Aufsichtsbehörde ausgewiesenen Problemgebiete („weiße Flecken“) gefördert werden, in denen es keine Telekommunikationsinfrastruktur mit den entsprechend erforderlichen Kapazitäten gibt. Parallel hierzu sollte ebenso der Auf- und Ausbau städtischer Breitbandnetze gefördert werden, u.a. mit der Zielsetzung, eServices der öffentlichen Verwaltung sowie das Verkehrsmanagement in den städtischen Funktionalräumen zu verbessern. Zugleich sollten diese Maßnahmen die Infrastrukturentwicklung im Rahmen einer terrestrischen Funkübertragung von TV- und Radiosignalen (DVB-T) berücksichtigen, um auch kabellose Übertragungsverfahren nutzen zu können. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll zum einen der „digitalen Ausgrenzung“ entgegenwirken, und zum anderen einer hiermit verbundenen Entwicklung der technischen Infrastruktur dienen.

Tabelle 13. Perspektive 3.3. Sicherstellung von Voraussetzungen für die Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur.

Perspektive 3.3. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur.

<b>Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:</b>	
keine	
<b>Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:</b> keine	
<b>Empfehlungen an die Gemeinden:</b>	
1. Förderung der Entwicklung von Systemen unter Einsatz kabelloser Übertragungsverfahren sowie Berücksichtigung von Schutzbereichen von Sendemasten sowie von Richtfunkstrecken.	alle Gemeinden
2. Förderung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen in Problemgebieten („weiße Flecken“), in denen es keine Telekommunikationsinfrastruktur mit den erforderlichen Kapazitäten gibt.	Stadt Bielawa, Bierutów, Stadt Bolesławiec, Bolesławiec, Bolków, Borów, Bystrzyca Kłodzka, Chocianów, Chojnów, Cieszków, Dobromierz, Dobroszyce, Domaniów, Stadt Duszniki-Zdrój, Dziadowa Kłoda, Stadt Dzierżoniów, Dzierżoniów, Gąworyzce, Stadt Głogów, Głogów, Grębocice, Gromadka, Gryfów Śląski, Góra, Janowice Wielkie, Stadt Jawor, Jaworzyna Śląska, Jelcz-Laskowice, Jemielno, Jerzmanowa, Jeżów Sudecki, Stadt Kamienna Góra, Kamienna Góra, Stadt Karpacz, Stadt Kłodzko, Kłodzko, Kondratowice, Kostomłoty, Kotla, Stadt Kowary, Krośnice, Krotoszyce, Stadt Kudowa-Zdrój, Kunice, Łądek-Zdrój, Legnickie Pole, Leśna, Lewin Kłodzki, Stadt Lubań, Lubań, Lubawka, Stadt Lubin, Lubin, Lubomierz, Lwówek Śląski, Łagiewniki, Marcinowice, Marciszów, Męcinka, Międzybórz, Międzyziesie, Miękinia, Milicz, Miłkowice, Mirsk, Mściwojów, Mysłakowice, Niechlów, Niemcza, Stadt Nowa Ruda, Nowa Ruda, Nowogrodziec, Oborniki Śląskie, Stadt Oleśnica, Oleśnica, Olszyna, Stadt Oława, Oława, Osiecznica, Paszowice, Pęcław, Stadt Piechowice, Pieszyce, Stadt Piława Górna, Platerówka, Podgórzyn, Stadt Polanica-Zdrój, Polkowice, Prusice, Przemków, Przeworno, Radków, Rad-

Perspektive 3.3. Sicherstellung von Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur.

	wanice, Rudna, Ruja, Siekierczyn, Stara Kamienica, Stronie Śląskie, Strzegom, Strzelin, Syców, Stadt Szklarska Poręba, Szczytna, Ścinawa, Środa Śląska, Stadt Świdnica, Świdnica, Stadt Świebodzice, Stadt Świeradów-Zdrój, Trzebnica, Twardogóra, Udanin, Warta Bolesławiecka, Wąsosz, Wiązów, Wleń, Żarów
3. Errichtung städtischer Breitbandnetze.	Stadtgemeinden sowie Städte in Stadt-/Landgemeinden.
4. Sicherstellung einer aufeinander abgestimmten Entwicklung von Telekommunikations-, Energie- und Verkehrsinfrastruktur sowie Wasser- und Abwassernetzen.	alle Gemeinden
<b>Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:</b>	
1. Aufrechterhaltung von Ver- und Anbindungen zwischen den Breitbandnetzen in den Wojewodschaften Niederschlesischen und Großpolen sowie Aufnahme von Kooperationen beim Ausbau von Zugangsnetzen.	Wojewodschaft Großpolen
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von FNP: keine</b>	

D.3.4. PERSPEKTIVE 3.4. VERRINGERUNG DER VOM MASSENGUTTRANSPORT AUSGEHENDEN VERKEHRSLICHEN BELASTUNGEN.

Niederschlesien als eine an mineralischen Rohstoffen und Holz reiche Region weist erhebliche mit dem Transport dieser Rohstoffe einhergehende verkehrliche Probleme auf. Die große Menge der im Lkw-Verkehr mitten durch die Innenstädte vieler Ortschaften transportierten Massengüter geht mit erheblichen Belastungen für die Anwohner einher. Daher müssen im Rahmen einer zielgerichteten Verringerung der im (Lang-)Lkw-Verkehr transportierten Massengüter sowohl die Aufnahmekapazitäten des Schienenverkehrs insb. in der Nähe von Bergwerken und Tagebauen als auch die Schiffbarkeit der Wasserstraße Oder (E-30) entsprechend den Vereinbarungen des ebenso von der Republik Polen unterzeichneten „Europäischen Übereinkommen über die Hauptbinnenwasserstraßen von internationaler Bedeutung (AGN)“ verbessert werden. Darüber hinaus sollten der Ausbau des Straßenverkehrsnetzes abseits der größeren Städte in der Region sowie der Bau von Ortsumgebungen zu einer Verringerung der vom Massenguttransport ausgehenden verkehrlichen Belastungen beitragen.

Tabelle 14. Perspektive 3.4. Verringerung der vom Massenguttransport ausgehenden verkehrlichen Belastungen.

Perspektive 3.4. Verringerung der vom Massenguttransport ausgehenden verkehrlichen Belastungen.

#### **Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien**

Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung der vom Massenguttransport ausgehenden verkehrlichen Belastungen.

#### **Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Modernisierung der Wasserstraße Oder (E-30).
2. Berücksichtigung des Baus eines internationalen intermodalen Binnenhafens am geplanten Neuen Stadthafen „Rędzin“ im Rahmen einer Modernisierung der Wasserstraße Oder (E-30).
3. Bau der Ortsumgehung Świdnica im Verlauf der Landesstraße DK 35.
4. Bau der Ortsumgehung Strzelin im Verlauf der Landesstraße DK 39.
5. Aus-/Umbau der Landesstraße DK 39, Abschnitt Karczyn – Mikoszków sowie Abschnitt Strzelin – Biedzychów.
6. Ausbau der Landesstraße DK 46, Abschnitt Mąkolno – Złoty Stok.
7. Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke Nr. 304, Streckenabschnitt Strzelin – Łagiewniki.
8. Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke Nr. 335, Streckenabschnitt Henryków – Targowica.
9. Erhöhung der Kapazitäten zusätzlicher Ausfahrtsstrecken aus der Wojewodschaft Niederschlesien im Rahmen eines Ausbaus des Bahnstreckennetzes: Streckenabschnitte Strzegom/Strzegom Międzyrzecze – Rostoka – Marciszów, Jawor – Rostoka sowie Marciszów – Jerzmanice-Zdrój.



Perspektive 3.4. Verringerung der vom Massenguttransport ausgehenden verkehrlichen Belastungen.

10. Vorhaltung von Reserveflächen für die Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 302, Abschnitt Strzegom - Malczyce zwecks Anbindung des Gütergleises (Kiestransport) mit den vorgesehenen Hafen in Malczyce.

**Empfehlungen an die Gemeinden:**

1. Vorhaltung von Reserveflächen für Verkehrszwecke (ehem. Flusshäfen entlang der Oder).	Stadt Głogów, Malczyce, Ścinawa
2. Vorhaltung von Reserveflächen für die Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 302, Abschnitt Strzegom - Malczyce	Malczyce, Środa Śląska, Udanin, Strzegom
3. Berücksichtigung des Baus eines internationalen intermodalen Binnenhafens am geplanten Neuen Stadthafen „Rędzin“	Stadt Wrocław
4. Berücksichtigung eines möglichen Baus der Ortsumgehung von Boguszków-Gorce im Verlauf der Wojewodschaftsstraße DW 367 mit teilweiser Ortsumgehung von Boguszków und Gorce.	Boguszków-Gorce, Czarny Bór

**Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten: keine**

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen: Standorte öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung:**

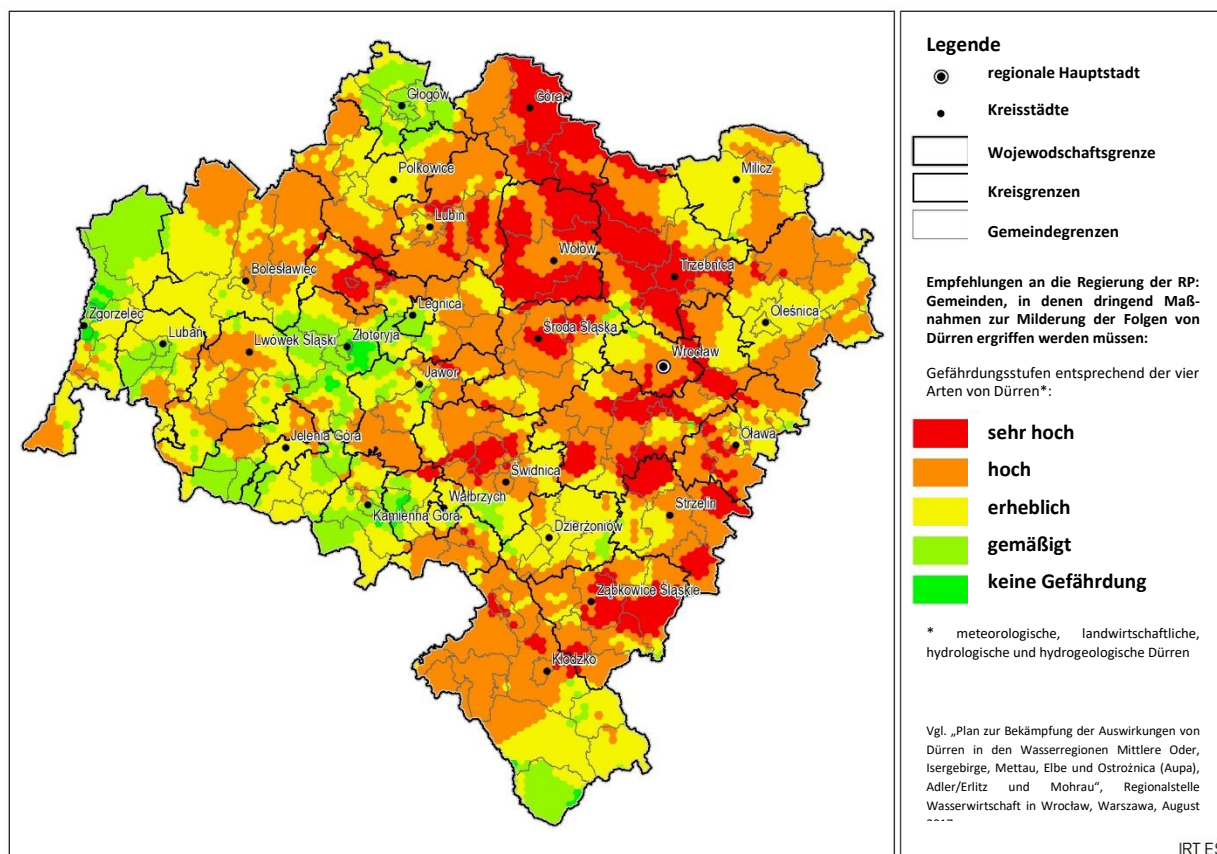
1. Berücksichtigung der in der Anlage Nr. 1, Punkte K31, K32, K45, K138, K139, K140 sowie in der Planzeichnung Nr. 9 genannten Investitionsvorhaben, festgelegt in den folgenden Dokumenten: 1) Territorialvertrag [Fördervereinbarung für Investitionsvorhaben zwischen Regierung und Selbstverwaltung der Wojewodschaft] für die Wojewodschaft Niederschlesien, 2) Operationelles Programm Infrastruktur und Umwelt 2014-2020, 3) Hochwasserrisikomanagementplan für das Einzugsgebiet der Oder, 4) Wasserbewirtschaftungsplan für das Einzugsgebiet der Oder, 5) Grundlagen der Ausbaupläne Binnenwasserstraßen in Polen 2016-2020 mit Planungshorizont 2030	die einzelnen Standorte wurden in der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9 dargestellt
--	--

D.3.5. PERSPEKTIVE 3.5. BEGRENZUNG DER NEGATIVEN AUSWIRKUNGEN VON EXTREMEREIGNISSEN: HOCHWASSER, ÜBERSCHWEMMUNGEN UND DÜRREN.

Das gehäufte Auftreten von Extremwetterereignissen, verbunden mit Hochwasserereignissen und Dürren, kann auf zahlreiche Faktoren zurückgeführt werden. Hierzu zählen in erster Linie der beobachtete Klimawandel, aber auch die rasche Entwicklung in den Stadträumen und ihrem Umland sowie ein starker Investitionsdruck auf attraktive Flusstäler bei gleichzeitig sehr geringer Effektivität im Rahmen des Ressourcenmanagements, vor allem bzgl. Wasser und Niederschläge. Um ein optimales Sicherheitsniveau zu erreichen, ist es erforderlich, präventive Maßnahmen sowie organisatorisch-gesetzgeberische Maßnahmen eng auf- und miteinander abzustimmen, sei es auch nur die Notwendigkeit, Rechtsvorschriften dahingehend zu ändern, Zuständigkeiten für die Ausweisung von Gefahrengebieten (Überschwemmungen aufgrund von Starkregenereignissen) sowie die Erstellung von Maßnahmenkatalogen zur Begrenzung ihrer Auswirkungen zu ordnen, wie dies für die Sicherheit von Stadträumen von außergewöhnlich wesentlicher Bedeutung wäre. Ähnliche Maßnahmen sind im Bereich der Begrenzung und Milderung der Auswirkungen von Dürren erforderlich, sind hiervon doch wesentlich größere Gebiete betroffen als im Falle von Überschwemmungen bzw. Hochwasserereignissen.



Abbildung 5. Gemeinden, in denen dringend Maßnahmen zur Milderung der Folgen von Dürren ergriffen werden müssen.



Quelle: eigenständig erstellte Karte.

Parallel hierzu müssen Maßnahmen zur Implementierung entsprechender Monitoring-, Kontroll- und Frühwarnsysteme ergriffen werden, wie ebenso eine ständige Zusammenarbeit (äußerst wichtig im Falle grenzüberschreitender Gebiete wie dem Einzugsgebiet der Oder) und die zielgerichtete Koordination der von vielen Stellen und Behörden umgesetzten Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes sowie zu Vorbeugung und Schutz vor Trockenheit und Dürre, in deren Zuständigkeitsbereich u.a. Belange und Aufgaben der Wasserwirtschaft, des Hochwasserschutzes sowie der Raumplanung fallen.

Im Raumordnungsplan der Wojewodschaft Niederschlesien werden in der nachstehenden Tabelle sowie in der Planzeichnung Nr. 8 Sicherheit unter Berücksichtigung der jeweiligen Zuständigkeiten folgende Maßnahmen definiert, deren Umsetzung die Sicherheit der Bürger/-innen Niederschlesiens vor Extremwetterereignissen sowie ihrer Folgen maßgeblich erhöhen sollen.

Tabelle 15. Perspektive 3.5. Begrenzung der negativen Auswirkungen von Extremereignissen: Hochwasser, Überschwemmungen und Dürren.

Perspektive 3.5. Begrenzung der negativen Auswirkungen von Extremereignissen: Hochwasser, Überschwemmungen und Dürren.

#### Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:

- Erhöhung der Retentionskapazität im Einzugsgebiet der Oder sowie größtmöglicher Rückhalt von Niederschlags- und Schmelzwasser am Ort ihres Niedergangs bzw. Abflusses, u.a.:
  - Berücksichtigung der Schutzbelange sowie Erhöhung der Retentionskapazitäten in Bergregionen, auf Landwirtschafts- und Forstflächen sowie in den Stadträumen;
  - Berücksichtigung der Umsetzung strategischer Vorhaben und begleitender Maßnahmen gem. Festlegungen des Hochwasserrisikomanagementplans sowie des Wasserbewirtschaftungsplans jeweils für das Einzugsgebiet der Oder.
- Berücksichtigung der Umsetzung von Maßnahmen, die im Plan zur Bekämpfung der Auswirkungen von Dürren in den Wasserregionen Mittlere Oder, Isergebirge, Mettau, Elbe und Ostrožnica (Aupa), Adler/Erlitz und Mohrau festgelegt wurden.



Perspektive 3.5. Begrenzung der negativen Auswirkungen von Extremereignissen: Hochwasser, Überschwemmungen und Dürren.

3. Ausweisung von Maßnahmenrichtungen im Rahmen der Klimawandelanpassung auf regionaler Ebene unter Berücksichtigung der im Plan zur Anpassung von Sektoren und empfindlichen Gebieten an den Klimawandel 2020 mit Planungshorizont bis 2030 (SPA 2020) genannten generellen Richtungen dieser Anpassungsmaßnahmen, u.a. Erstellung einer regionalen Klimawandelanpassungsstrategie.

#### **Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Aufstellung und Umsetzung eines Plans der sog. kleinen Retention [u.a. Sicherung und Erhöhung der Retentionskapazität] für die Wojewodschaft Niederschlesien, um u.a.:
  - 1) Retentionskapazitäten in Bergregionen, auf Landwirtschafts- und Forstflächen sowie in den Stadträumen zu erhöhen,
  - 2) Flussbette kleinerer Fließgewässer und ihre Ufer zu renaturieren,
  - 3) Altwasser sowie Sumpf- und Mooregebiete als natürliche Retentionsflächen zu erschließen.
2. Modernisierung/Instandsetzung von Hochwasserschutzdämmen entlang der Flüsse: Oder (Środa Śl., Miękinia, Niechlów), Polska Woda, Rybnica, Prądnia, Grabownica (Landkreis Milicz), Ślęza (Borów, Kondratowice), Ślęza (Stadt Wrocław), Ślęza Mała (Borów), Czarna Woda, Potok Sulistrowicki (Sobótka), Oława (Strzelin, Stadt Strzelin), Szprotawa (Polkowice, Chocianów, Radwanice, Przemków, Gaworzycze), Bystrzyca (Wrocław-Marszowice, Świdnica), Średzka Woda (Malczyce, Środa Śląska), Cicha Woda (Prochowice).
3. Wiederherstellung des Fließgewässerkontinuums einschl. gewässerökologische Modernisierung: Płóczka, Rakówka (Lwówek Śl.), Jarosławiec (Udanin), Potok Skoroszowicki (Strzelin), Stara Barycz (Landkreis Milicz), Parowa (Strzegom, Dobromierz), Srebrna (Lwówek Śl.), Czerwona Woda III (Stadt Zgorzelec, Zgorzelec, Sulików), Zbójno (Prochowice, Malczyce, Środa Śl.), Średzka Woda (Malczyce, Środa Śląska, Kostomłoty), Dębniak, Ługa Przychowska Struga, Młynówka (Ścinawa).
4. Ausweisung geeigneter Standorte einschl. Errichtung von Retentionsbecken bzw. -flächen zwecks Rückhaltung von Wasser für die natürliche Umwelt.
5. Festlegung von Anforderungen und Bedingungen für eine geplante Bebauung sowie eine geplante Nutzung von Flächen in besonders hochwassergefährdeten Gebieten gem. Art. 166 Abs. 14 Wasserrechtsgesetz.
6. Ausweisung von überschwemmungsgefährdeten Gebieten (Niederschlags- sowie Schmelzwasser) insb. in Stadträumen.
7. Umsetzung der Festsetzungen des Plans zur Bekämpfung der Auswirkungen von Dürren in den Wasserregionen Mittlere Oder, Isergebirge, Mettau, Elbe und Ostrožnica (Aupa), Adler/Erlitz und Mohrau, insb. in Gebieten mit den Gefährdungsstufen sehr hoch, hoch und erheblich hinsichtlich des Auftretens einer der vier Arten von Dürren, in denen dringende Maßnahmen zur Milderung ihrer Auswirkungen erforderlich sind (vgl. Abb. 5), wie ebenso die Erstellung von Analysen über die Möglichkeiten:
  - 1) zur Verringerung des Zusammenflusses von Oberflächengewässern im Einzugsgebiet von Gebirgsflüssen und Wildbächen,
  - 2) zur Wiederherstellung der Retentionsfähigkeit in Flusstälern mittels Erhöhung des Abstands zwischen den Hochwasserdämmen,
  - 3) zur Erhöhung der Retentionskapazitäten in Bergregionen, auf Landwirtschafts- und Forstflächen sowie in den Stadträumen im Rahmen des Erhalts sowie der Erhöhung von Retentionsfähigkeiten in der Wasserregion Mittlere Oder.
8. Umsetzung der im Strategischen Plan zur Anpassung von Sektoren und empfindlichen Gebieten an den Klimawandel 2020 (SPA 2020) genannten Maßnahmen einschl. ihrer Berücksichtigung in Strategien, operationellen Programmen sowie Gesetzgebungsinitiativen.
9. Erhöhung der Retentionsfähigkeit im Einzugsgebiet der Oder mittels Bau von Poldern im Odertal: Bieliszów – Lubów, Dobrzejowice – Czarna sowie zusätzlicher Rückhaltebecken und -flächen (Trockenbecken) in Goszów, Bolesławów, Tarnów, Tłumaczów, Sarny, Nagodzice sowie Kątki sowie Treffen einheitlicher rechtlicher Regelungen über die Nutzung und den funktionalen und rechtlichen Status von Hochwasserrückhaltebecken im Odertal,
10. Fertigstellung der Hochwasserrückhaltebecken im Talkessel der Glatzer Neiße: Boboszków (Międzyzylesie), Szalejów Górny (Kłodzko), Roztoki Bystrzyckie (Międzyzylesie), Krosnowice (Kłodzko).

#### **Empfehlungen an die Gemeinden:**

- |   |   |
|---|---|
| 1. Sicherstellung von Standorten [Vorbehaltsgebiete] für den Bau von Hochwasserrückhaltebecken (Trockenbecken): Kamieniec Żąbkowicki (Gemeinde Kamieniec Żąbkowicki), Nagodzice (Gemeinde Międzyzylesie), Goszów (Gemeinde Stronie Śląskie), Pawłowice (Gemeinde Żąbkowice Śląskie), Sarny (Gemeinde Radków), Bolesławów (Gemeinde Stronie Śląskie), Tłumaczów (Gemeinde Radków), Tarnów (Gemeinde Żąbkowice Śląskie) | Kamieniec Żąbkowicki, Międzyzylesie, Radków, Stronie Śląskie, Żąbkowice Śląskie |
|---|---|

Perspektive 3.5. Begrenzung der negativen Auswirkungen von Extremereignissen: Hochwasser, Überschwemmungen und Dürren.

wice Śląskie).	
2. Beschränkung einer Bebauung von hochwassergefährdeten Gebieten sowie Umsetzung von Leitlinien (nach ihrer Erstellung) zum Hochwasserrisikomanagementplan für das Einzugsgebiet der Oder zur Regelung von Standortfaktoren und technischen Aspekten einer Bebauung hochwassergefährdeter Gebiete.	alle Gemeinden, in denen in der Planzeichnung Nr. 8 hochwassergefährdete Gebiete ausgewiesen wurden.
3. Beschränkung einer Bebauung von hochwassergefährdeten Gebieten, u.a. im Rahmen einer Anpassung der Flächennutzung und technischen Bedingungen einer Bebauung an die jeweiligen Gefährdungsstufen unter Berücksichtigung regelmäßiger Überschwemmungen.	alle Gemeinden, in denen in der Planzeichnung Nr. 8 hochwassergefährdete Gebiete ausgewiesen wurden.
4. Berücksichtigung der in der Erstellung des Plans der sog. kleinen für die Wojewodschaft Niederschlesien getroffenen raumplanerischen Festsetzungen zu Sicherung und Erhöhung der Retentionskapazitäten in den lokalen Planungsdokumenten (siehe Punkt 1. der Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen).	alle Gemeinden
5. Berücksichtigung der Grenzen und Funktionen von Polderflächen in den lokalen Planungsdokumenten.	alle Gemeinden
6. Berücksichtigung der Anpassungskomponente (an den Klimawandel) in den planerischen Festsetzungen, Strategien und operationellen Programmen der Gemeinden, u.a. im Rahmen der Erschließung von Altwasser sowie Sumpf- und Mooregebiete als natürliche Retentionsflächen.	alle Gemeinden
7. Erstellung städtischer Klimaanpassungspläne unter Berücksichtigung der Belange eines urbanen Niederschlagswassermanagements, insb. Erstellung städtischer Klimaanpassungspläne für Großstädte (mehr als 100.000 Einwohner).	alle Stadtgemeinden, insb.: Stadt Legnica, Stadt Wrocław, Stadt Wałbrzych
8. Ausweisung von Gebieten mit erheblichen Retentionskapazitäten sowie von Flächen mit verringerter Retentionsfähigkeit einschl. der diesbezüglich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen in den ökophysiographischen Studien sowie Berücksichtigung dieser Gebiete und Flächen im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen sowie der Erteilung von Bauvorbescheiden und Baugenehmigungen.	alle Gemeinden
9. Sicherung der Standorte von in Anlage Nr. 5 ausgewiesener Rückhaltebecken	die einzelnen Standorte wurden in der Anlage Nr. 5 sowie der Planzeichnung Nr. 8 dargestellt

**Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:**

1. Zusammenarbeit im Bereich Verbesserung der Retentionsfähigkeit von Einzugsgebieten an den Zusammenflüssen, u.a. Koordinierung raumplanerischer Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen von Hochwasserereignissen und Dürren.	Wojewodschaften Opole, Großpolen, Lubuskie; Kraje [Landesbezirke]: Liberecki, Královohradeckí, Pardubický, Olomoucký, Freistaat Sachsen
---	---

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen: Standorte öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung:**

1. Berücksichtigung der in auf nationaler Ebene erstellter Dokumente und Strategien festgelegter öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung, ausgewiesen in den Punkten von K31 bis K143 der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9, u.a.: 1) Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für Hochwasserrückhaltebecken im Talkessel der Glatzer Neiße, Kamieniec Ząbkowicki (Kamieniec Ząbkowicki), Pawłowice (Ząbkowice Śląskie); 2) Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für 5 Hochwasserrückhaltebecken (Trockenbecken) im Talkessel Jelenia Góra: Kamienica (Stara Kamienica), Karpniki, Kostrzyca (Mysłakowice), Sędziszów, Stara Białka (Kamienna Góra); 3) Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für Trockenbecken: Świecie (Leśna), Jurków (Leśna);	die einzelnen Standorte wurden in der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9 dargestellt
2. Berücksichtigung der in auf nationaler Ebene erstellter Dokumente und Strategien	die einzelnen Standorte



Perspektive 3.5. Begrenzung der negativen Auswirkungen von Extremereignissen: Hochwasser, Überschwemmungen und Dürren.

festgelegter öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung, ausgewiesen in den Punkten von K305 bis K311 der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9, u.a.: Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für Rückhaltebecken: Kątki (Marcinowice), Małeszów (Kondratowice), Pielgrzymka (Pielgrzymka), Rudna (Rudna), Długomost (Dziadowa Kłoda), Oleszna (Łagiewniki), Mirsk (Mirsk).	wurden in der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9 dargestellt
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen im Funktionalraum Sudeten:</b>	
alle Gemeinden des Funktionalraums Sudeten, ausgewiesen in der Planzeichnung Nr. 1 Siedlungswesen sowie genannt in der Aufstellung Nr. 7	
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Beachtung der Grundsätze des Umweltschutzes sowie des Schutzes von Umweltressourcen unter Berücksichtigung der Begrenzung eines unregelmäßigen Abflusses von Niederschlags- und Schmelzwasser (bspw. Sickerschächte, Sinkkästen und Retentionsbecken) im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen.</li> <li>2. Festlegung künftiger Änderungen der Raumstruktur, der Flächennutzung sowie von <i>Richtlinien*</i>, gerichtet auf: <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Errichtung von Rückhaltebecken und -flächen im Rahmen der sog. kleinen Retention in direkter Umgebung von Fließgewässern (Bäche, etc.) und Senken,</li> <li>2) Renaturierung von Flussbetten (kleinere Fließgewässer) sowie Uferbereichen einschl. Verringerung der Fließgeschwindigkeit (Mäander, Flussschleifen),</li> <li>3) Aufrechterhaltung einer landwirtschaftlichen Nutzung von Feuchtgebieten,</li> <li>4) Erschließung von Altwasser sowie Sumpf- und Mooregebiete als natürliche Retentionsflächen,</li> <li>5) Begrenzung und Kontrolle eines übermäßigen Oberflächenabflusses (sprunghaftes Abfallen von Infiltrationsraten der Böden) mittels Ausweisung von Flächen mit mehr als 15 % Gefälle als Aufforstungsflächen.</li> </ol> </li> </ol>	

\* Begriffsbestimmung im Wörterbuch in Kapitel A des Textteils.

#### D.3.6. PERSPEKTIVE 3.6. BEGRENZUNG NACHTEILIGER AUSWIRKUNGEN ANTHROPOGENER TÄTIGKEITEN AUF DIE MENSCHLICHE GESUNDHEIT UND DIE SICHERHEIT DER BEVÖLKERUNG.

In der Wojewodschaft Niederschlesien gibt es Gebiete, in denen die zulässigen Mittelwerte für einzelne Luftschadstoffbelastungen überschritten werden, vor allem die Grenzwerte für Feinstaub- (PM<sub>10</sub>) sowie Benzo[a]pyren-Belastungen. In den Jahresberichten des regionalen Hauptamts für Umweltschutz wird darauf verwiesen, dass die wichtigste Flächenquelle der Luftverschmutzung vor allem Feinstaubemissionen aus Heizungsanlagen, wozu insb. Kohlekessel gezählt werden, bilden.

Aufgrund der von diesen regelmäßigen Überschreitungen der Grenzwerte für die o.g. Belastungen ausgehenden Gefährdungen für Gesundheit und Leben der Einwohner hat der Sejmik [Wojewodschaftstag] der Woj. Niederschlesien drei Beschlüsse gefasst (sog. Anti-Smog-Beschlüsse), in deren Rahmen Installation sowie Betrieb von Festbrennstoffkesseln begrenzt werden soll, unterteilt in die Einzelgebiete Stadtgemeinde Wrocław, (Luft-)Kurorte sowie sonstige Teile der Wojewodschaft.

Die kraft der o.g. Beschlüsse vorgenommenen Beschränkungen werden jedoch eine nur eingeschränkte Wirkung entfalten, insoweit Rechtsvorschriften auf nationaler Ebene – insb. hinsichtlich einer Überprüfung und Kontrolle der Qualität von Brennstoffen sowie der installierten Heizungsanlagen – nicht dahingehend angepasst werden.

Ein wesentliches Problem bilden darüber hinaus verkehrsbedingte Emissionen von Stickoxiden, Kohlenstoffoxiden, Feinstaub und anderen Luftschadstoffen, vor allem in den Stadträumen sowie hauptsächlich in Ballungsräumen, durch die Straßen mit den höchsten Verkehrsaufkommen verlaufen.

In der Wojewodschaft Niederschlesien gibt es ebenso Standorte von Unternehmen, von denen ein hohes oder erhöhtes Risiko schwerer Industrieunfälle ausgeht; diese wurden in der Anlage Nr. 2 angege-

ben, die einzelnen Standorte sind der Planzeichnung Nr. 8 Sicherheit zu entnehmen. Aus Sicherheitsgründen ist es daher wichtig, diese im Rahmen der Raumplanung zu berücksichtigen sowie entsprechende Sicherheitsabstände von diesen Betrieben sicherzustellen.

Tabelle 16. Perspektive 3.6. Begrenzung nachteiliger Auswirkungen anthropogener Tätigkeiten auf die menschliche Gesundheit und die Sicherheit der Bevölkerung.

Perspektive 3.6. Begrenzung nachteiliger Auswirkungen anthropogener Tätigkeiten auf die menschliche Gesundheit und die Sicherheit der Bevölkerung.

**Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:**

Unterstützung von Maßnahmen zur Begrenzung von Emissionen, u.a. Fassung von Beschlüssen des Sejmik der Wojewodschaft Niederschlesien zur Begrenzung der Installation und des Betriebs von Feststoffbrennkesseln (sog. Anti-Smog-Beschlüsse)

**Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Änderung von Vorschriften, die es den kommunalen Selbstverwaltungen ermöglichen, in den innerstädtischen Bereichen Straßenverkehrsbeschränkungen, u.a. die Ausweisung verkehrsberuhigter Bereiche, vorzunehmen sowie die Parkraumbewirtschaftung frei gestalten zu können.
2. Änderung von Vorschriften, die ein Monitoring sowie zielgerichtete Kontrollen der Qualität von Brennstoffen und Heizungsanlagen ermöglichen.
3. Implementierung eines Mechanismus zur Einrichtung von Bereichen vor allem in den Ballungsräumen [Umweltzonen], in denen Abgasemissionen begrenzt werden.

**Empfehlungen an die Gemeinden:**  
alle Gemeinden.

1. Planung neuer Straßenabschnitte in einem Verfahren, das die nachteiligen Auswirkungen der vom Straßenverkehr verursachten Lärmbelastungen auf bestehende und geplante Bereiche begrenzen, in denen besondere Bestimmungen hinsichtlich des Lärmschutzes gelten.
2. Planung neuer Wohnbauflächen außerhalb von Gebieten, in denen die Lärmgrenzwerte regelmäßig überschritten werden.
3. Berücksichtigung einer Aufteilung von Flächen in einzelne Bereiche, so dass Bereiche, für die keine besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Lärmschutzes gelten, in Nachbarschaft zu Bereichen ausgewiesen werden, in denen die Lärmgrenzwerte regelmäßig überschritten werden.
4. Begrenzung einer Ausweisung neuer Wohnbauflächen in Gebieten, in denen:
  - 1) es keine Möglichkeiten zum Anschluss an das Fernwärmenetz gibt oder ein weiterer Ausbau des Wärmenetzes nicht vorgesehen ist;
  - 2) kein Zugang zum Gasnetz besteht oder ein Ausbau dieses Netzes nicht vorgesehen ist, unter Ausnahme von Wohnbauflächen, in denen die Wärmeversorgung im Rahmen der Nutzung erneuerbarer Energien erfolgen soll.
5. Einhaltung von Sicherheitsabständen zu Betrieben, von denen ein hohes oder erhöhtes Risiko schwerer Industrieunfälle ausgeht; diese Unternehmen wurden in der Anlage Nr. 2 angegeben, die einzelnen Standorte sind der Planzeichnung Nr. 8 Sicherheit zu entnehmen.

**Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten: keine**

**Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von FNP: keine**

D.4. ZIEL 4. GUTE VERKEHRLICHE ERREICHBARKEIT UND FUNKTIONSTÜCHTIGE SYSTEME DER VERKEHRSINFRASTRUKTUR.

D.4.1. PERSPEKTIVE 4.1. VERBESSERUNG DER VERKEHRLICHEN ERREICHBARKEIT IM RAHMEN DES VERKEHRSNETZES TEN-V.

Eine Umsetzung von Vorhaben, die einem Ausbau bzw. einer Instandsetzung des Straßen- und Schienennetzes des Verkehrsnetzes TEN-V dienen, nimmt einen wesentlichen Einfluss auf eine zielgerichtete Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit der Wojewodschaft Niederschlesien. Um auch die einzelnen Räume und Gebiete innerhalb der Wojewodschaft verkehrlich besser zu erschließen, müssen hierzu komplementäre Maßnahmen ergriffen werden, die ihrerseits auf einer Erhöhung der regionalen Mobilität mittels einer Anbindung der sekundären und tertiären Knotenpunkte an die Infrastruktur des Verkehrsnetzes TEN-V beruhen. Diesen Ausbau des Verkehrsnetzes TEN-V ergänzende Vorhaben bilden





Ausbau bzw. Instandsetzung regionaler Bahnstrecken, Wojewodschaftsstraßen sowie nicht dem Kernnetz des TEN-V zuzurechnender Landesstraßen. Darüber hinaus müssen infolge der Unterzeichnung des „Europäischen Übereinkommens über die Hauptbinnenwasserstraßen von internationaler Bedeutung (AGN)“ bezogen auf die Wasserstraße Oder (E-30) Maßnahmen ergriffen werden, um den Anforderungen an die infrastrukturelle Ausstattung von Binnenwasserstraßen des Verkehrsnetzes TEN-V im Kontext der nächsten Überarbeitung des TEN-V (nach 2023) zu genügen.

Tabelle 17. Perspektive 4.1. Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit im Rahmen des Verkehrsnetzes TEN-V.

Perspektive 4.1. Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit im Rahmen des Verkehrsnetzes TEN-V.

**Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:**

1. Bau einer Ortsumgehung von Oława.
2. Bau der Ortsumgehung von Dzierżoniów (abschnittsweise).
3. Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 341, Streckenabschnitt Dzierżoniów – Bielawa Zachodnia

**Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Umsetzung von Vorhaben im Rahmen des Verkehrsnetzes TEN-V:
  - 1) Bau der Schnellverkehrsstraße S3, Abschnitt Bolków – Lubawka (Staatsgrenze),
  - 2) Ausbau der Autobahn A4, Abschnitt Wrocław – Krzyżowa,
  - 3) Bau der Autobahn A18, Abschnitt Olszyna – Gołnice (Umbau der südlichen Fahrbahn),
  - 4) Instandsetzung/Modernisierung der Bahnstrecke CE30, Streckenabschnitt Wrocław Brochów – Jelcz – Opole Groszowice einschl. zweigleisiger Ausbau des Streckenabschnitts Siechnice – Czernica,
  - 5) Instandsetzung/Modernisierung der Bahnstrecke C59/2, Streckenabschnitt Wrocław – Strzelin – Kamieniec Żąbkowski – Kłodzko – Międzyzlesie einschl. zweigleisiger Ausbau der Streckenabschnitte Strzelin – Kamieniec Żąbkowski sowie Kłodzko – Międzyzlesie,
  - 6) Bau einer Schnellfahrstrecke (SFS), sog. „Y-Trasse“ von Warszawa über Łódź nach Poznań/Wrocław einschl. ihrer Verlängerung in Richtung Prag.
2. Umsetzung von Vorhaben im Rahmen einer Anbindung der sekundären und tertiären Knotenpunkte an die Infrastruktur des Verkehrsnetzes TEN-V:
  - 1) Bau der Schnellverkehrsstraße S8, Abschnitt Wrocław (Magnice) – Kłodzko,
  - 2) Bau der Schnellverkehrsstraße S5, Abschnitt Sobótka (Anschlussstelle S8) – Bolków (Anschlussstelle S3),
  - 3) Umbau der Landesstraße DK 33, Abschnitt Kłodzko – Boboszków (Ausbaustandard Schnellverkehrsstraße),
  - 4) Bau von Ortsumgehungen: Głogów im Verlauf der DK12, Trzebnica zwischen DK5 und DK15, Milicz und Cieszków im Verlauf der DK15, Lubań, Biedrzychowice, Chmielów sowie Pasiecznik im Verlauf der DK30, Świebodzice im Verlauf der DK34, Świdnica und Mokreszów im Verlauf der DK35, Wałbrzych im Verlauf der DK35, Ścinawa im Verlauf der DK36, Oława im Verlauf der DK94, südliche und östliche Ortsumgehung von Legnica (Bauabschnitt II),
  - 5) Ausbau der DK12, Abschnitte Przemków – Radwanice sowie Radwanice – Anschluss DK3,
  - 6) Umbau der DK15, Abschnitte Trzebnica – Skoroszów sowie Dziadkowo – Wojewodstagsgrenze.,
  - 7) Ausbau der DK35, Abschnitte Świebodzice – Mokreszów – Słotwina, Pszenno – Szczepanów sowie Siedlakowice – Małuszów,
  - 8) Ausbau der DK36, Abschnitt Prochowice – Gogołowice,
  - 9) Umbau der DK94, Abschnitte Krzywa – Chojnów, Chojnów – Legnica, Legnica – Prochowice, Prochowice – Mazurów sowie Siechnice – Stanowice,
  - 10) Fertigstellung des Autobahnzubringers S5 – A4 (Abschnitt DK94 – A4),
  - 11) Bau eines Zubringers (Schnellverkehrsstraße) S3 – Wałbrzych,
  - 12) Bau eines Zubringers (Schnellverkehrsstraße) S3 – Jelenia Góra,
  - 13) Sanierung der Bahnstrecke 286, Abschnitt Wałbrzych – Kłodzko,
  - 14) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 309, Streckenabschnitt Kłodzko Nowe – Polanica Zdrój,
  - 15) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 316, Streckenabschnitt Chojnów – Rokietki,
  - 16) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 322, Streckenabschnitt Kłodzko Nowe – Stronie Śląskie,
  - 17) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecken 317 und 336 Streckenabschnitt Gryfów Śląski – Mirsk – Świeradów Zdrój,
  - 18) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecken 308 und 340, Streckenabschnitte Góra – Mysłakowice – Kowary (Ogorzelec) sowie Mysłakowice – Karpacz,
  - 19) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 283, Streckenabschnitt Jelenia Góra – Lwówek Śląski,



#### Perspektive 4.1. Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit im Rahmen des Verkehrsnetzes TEN-V.

- 20) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 284, Streckenabschnitt Lwówek Śląski – Złotoryja,
- 21) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 284, Streckenabschnitt Złotoryja – Legnica,
- 22) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 137, Streckenabschnitt Dzierżonów – Kędzierzyn-Koźle,
- 23) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 302, Streckenabschnitt Strzegom – Marciszów,
- 24) Sanierungsarbeiten an der Bahnstrecke 143, Abschnitt Kluczbork – Oleśnica – Wrocław Mikołajów,
- 25) Sanierungsarbeiten an den Bahnstrecken 14, 815, 816, Streckenabschnitte Ostrów Wlkp. – (Krotoszyn) – Leszno – Głogów einschl. Elektrifizierung der Strecke Krotoszyn/Durzyn – Leszno – Głogów,
- 26) Sanierungsarbeiten an den Bahnstrecken 281 und 766, Streckenabschnitt Oleśnica/Łukanów – Krotoszyn – Jarocin – Września – Gniezno (Abschnitt Oleśnica/Łukanów – Grabowo Wielkie),
- 27) Instandsetzung/Modernisierung der Bahnstrecke 355, Streckenabschnitt Grabowo Wielkie – Ostrów Wielkopolski,
- 28) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 181, Streckenabschnitt Oleśnica – Syców – Kępno.

#### Empfehlungen an die Gemeinden:

<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Berücksichtigung der in der Anlage Nr. 5 zur ausführlichen Beschreibung der Prioritätsachsen des OP für die Woj. Niederschlesien (Anhang Nr. 1, Tabelle A.1.4) genannten Vorhaben im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung (Aufstellung von Flächennutzungsplänen) der Gemeinden.</li> <li>2. Berücksichtigung einer eventuellen Umsetzung folgender Vorhaben im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung (Aufstellung von Flächennutzungsplänen) der Gemeinden:</li> </ol>	
1) Ausbau der Autobahn A4, Abschnitt Wrocław – Krzyżowa	Chojnów, Gromadka, Kąty Wrocławskie, Kobierzyce, Kostomłoty, Krotoszyce, Stadt Legnica, Legnickie Pole, Udanin, Warta Bolesławiecka, Wądroże Wielkie, Stadt Wrocław, Zagrodno, Złotoryja
2) Bau einer Schnellfahrstrecke (SFS), sog. „Y-Trasse“ von Warszawa über Łódź nach Poznań/Wrocław einschl. ihrer Verlängerung in Richtung Prag	Bierutów, Stadt Boguszów-Gorce, Bolesławiec, Stadt Bolesławiec, Bolków, Chojnów, Czarny Bór, Czernica, Dobromierz, Janowice Wielkie, Jaworzyna Śląska, Jelcz-Laskowice, Stadt Jelenia Góra, Kamienna Góra, Stadt Kamienna Góra, Kąty Wrocławskie, Kobierzyce, Krotoszyce, Kunice, Stadt Legnica, Legnickie Pole, Leśna, Lubań, Stadt Lubań, Lubawka, Lwówek Śląski, Malczyce, Marcinowice, Marciszów, Mietków, Międzybórz, Miękinia, Miłkowice, Mirsk, Mysłakowice, Nowogrodziec, Oleśnica, Osiecznica, Pielgrzymka, Pieńsk, Prochowice, Ruja, Siechnice, Siekierczyn, Sobótka, Stara Kamienica, Stare Bogaczowice, Strzegom, Sulików, Syców, Stadt Szczawno-Zdrój, Środa Śląska, Świdnica, Stadt Świdnica, Stadt Świebodzice, Stadt Wałbrzych, Warta Bolesławiecka, Węgliniec, Stadt Wrocław, Zagrodno, Zawidów, Zgorzelec, Stadt Zgorzelec, Złotoryja, Żarów
3) Bau der südlichen und östlichen Ortsumgehung von Legnica im Verlauf der Landesstraße DK 94 (Bauabschnitt II).	Stadt Legnica, Legnickie Pole
4) Zufahrtsstraßen zur Oderbrücke in Ciechanów, Abschnitt Lubin, Głogów – Ciechanów; Bau einer Ortsumgehung der Stadt Rynarcice im Verlauf der Wojewodschaftsstraße DW 323 in Fortsetzung des Bau von Zufahrtsstraßen zur Oderbrücke	Rudna
5) Fertigstellung des Autobahnzubringers S5 – A4 (Abschnitt DK94 – A4)	Kąty Wrocławskie, Kostomłoty, Miękinia, Środa Śląska
6) Bau der Ortsumgehung von Szczawno-Zdrój (Bauabschnitt III).	Stadt Szczawno-Zdrój, Stadt Wałbrzych
7) Umbau der Wojewodschaftsstraße DW 297 einschl. Ortsumgehung von Bolesławiec (Bauabschnitt II).	Bolesławiec, Stadt Bolesławiec



## Perspektive 4.1. Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit im Rahmen des Verkehrsnetzes TEN-V.

8) Bau der Ortsumgehung von Strzegom.	Strzegom
9) Umbau der Wojewodschaftsstraße DW 374, Abschnitt Ortslage Świebodzice bis Anschlussstelle Landesstraße DK5 in Strzegom.	Strzegom, Stadt Świebodzice
10) Zufahrtsstraßen zur Oderbrücke in Ciechanów, Abschnitt Góra – Anschlussstelle S5 Leszno Süd: Umbau der Wojewodschaftsstraße DW 323, Abschnitt Góra bis Wojewodsgrenzze.	Góra
11) Bau der Ortsumgehung von Strzelin.	Strzelin
12) Bau der Ortsumgehung Wołów.	Wołów
13) Umbau der Wojewodschaftsstraße DW 342, Abschnitt DW 341 Ortslage Pęgów bis nördlicher Stadtrand von Wrocław.	Oborniki Śląskie, Wisznia Mała
14) Bau der nördlichen Ortsumgehung von Oława.	Oława, Stadt Oława.
15) abschnittweiser Bau der Ortsumgehung von Dzierżoniów.	Stadt Bielawa, Dzierżoniów, Stadt Dzierżoniów, Pieszyce, Stadt Piława Górna
16) Umbau der Wojewodschaftsstraße DW 340, Abschnitt Bukowice – Trzebnica einschl. Bau der Ortsumgehung von Oborniki Śląskie.	Brzeg Dolny, Oborniki Śląskie, Trzebnica
17) abschnittweiser Umbau der Wojewodschaftsstraße DW 340, Bauabschnitt Trzebnica – Dobroszyce.	Dobroszyce, Trzebnica, Zawonia
18) abschnittweiser Umbau der Wojewodschaftsstraße DW 340, Bauabschnitt Dobroszyce – Oleśnica, Anschlussstelle Dąbrowa (derzeit Anschlussstelle Oleśnica Zachód).	Dobroszyce, Oleśnica, Stadt Oleśnica
19) Bau der Ortsumgehung von Bielawa im Verlauf der Wojewodschaftsstraße DW 384.	Bielawa
20) Umbau der Wojewodschaftsstraße DW 364, Abschnitt Legnica – Złotoryja.	Krotoszyce, Legnica, Złotoryja, Stadt Złotoryja
21) Bau der Ortsumgehung von Nowa Ruda und Słupiec im Verlauf der Wojewodschaftsstraße DW 381.	Stadt Nowa Ruda
22) Anbindung der Oderbrücke in Brzeg Dolny an die Wojewodschaftsstraße DW 336 in Brzezinka Średzka.	Miękinia
23) Bau der westlichen Ortsumgehung von Lubań, Verbindung der DW 296 sowie der DW 357.	Stadt Lubań
24) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 341, Streckenabschnitt Dzierżoniów – Bielawa Zachodnia.	Stadt Bielawa, Stadt Dzierżoniów
25) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecken 317 und 336, Streckenabschnitte Gryfów Śląski – Mirsk – Świeradów Zdrój.	Gryfów Śląski, Mirski, Stadt Świeradów-Zdrój
26) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecken 308 und 340, Streckenabschnitte Jelenia Góra – Mysłakowice – Kowary sowie Mysłakowice – Karpacz.	Stadt Jelenia Góra, Stadt Kowary, Mysłakowice
27) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 283, Streckenabschnitt Jelenia Góra - Lwówek Śląski.	Stadt Jelenia Góra, Jeżów Sudecki, Lwówek Śląski, Wleń
28) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 284, Streckenabschnitt Lwówek Śląski – Złotoryja.	Lwówek Śląski, Pielgrzymka, Złotoryja, Stadt Złotoryja
29) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 284, Streckenabschnitt Złotoryja – Legnica.	Krotoszyce, Stadt Legnica, Złotoryja, Stadt Złotoryja
30) Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 137, Streckenabschnitt Dzierżoniów – Kędzierzyn-Koźle.	Dzierżoniów, Stadt Dzierżoniów, Kamieniec Ząbkowicki, Niemcza, Stadt Piława Górna, Ząbkowice Śląskie
31) Instandsetzung/Modernisierung der Bahnstrecke 355, Streckenabschnitt Grabowno Wielkie – Ostrów	Międzybórz, Twardogóra

#### Perspektive 4.1. Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit im Rahmen des Verkehrsnetzes TEN-V.

Wielkopolski.	
<b>Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten:</b>	
1. Berücksichtigung der beabsichtigten Instandsetzung der Bahnstrecke 137, Streckenabschnitt Dzierżoniów – Kędzierzyn-Koźle im Rahmen der Raumplanung.	Wojewodschaft Opole
2. Berücksichtigung der beabsichtigten Instandsetzung der Bahnstrecke 355, Streckenabschnitt Grabowo Wielkie – Ostrów Wielkopolski im Rahmen der Raumplanung.	Wojewodschaft Großpolen
3. Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke 181, Streckenabschnitt Oleśnica – Syców – Kępno.	Wojewodschaft Großpolen
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von Flächennutzungsplänen: Standorte öffentlicher Investitionsvorhaben überörtlicher Bedeutung:</b>	
1. Berücksichtigung der in der Anlage Nr. 1, Punkte K1-K29, K163, K166, K170-K173, K302-K304, K312, KW2-KW11 sowie in der Planzeichnung Nr. 9 genannten Investitionsvorhaben, festgelegt in den folgenden Dokumenten: 1) Territorialvertrag für die Wojewodschaft Niederschlesien, 2) Operationelles Programm Infrastruktur und Umwelt 2014-2020, 3) Landesstraßenbauplanung 2014-2023 (mit Planungshorizont bis 2025), 4) Landesbahnprogramm bis 2023, 5) Masterplan für den Schienenverkehr in Polen bis 2030, 6) Konzept zur Vorbereitung und Umsetzung des Investitionsvorhabens Zentralflughafen der Republik Polen „Solidarność“, 7) Investitionsplanung „Bahnhöfe“ 2016-2023	die einzelnen Standorte wurden in der Anlage Nr. 1 sowie der Planzeichnung Nr. 9 dargestellt

#### D.4.2. PERSPEKTIVE 4.2. ABSTIMMUNG VON VERKEHRSMÄßNAHMEN IM LEISTUNGS- UND GRUNDNETZ (HAUPTVERKEHRSSTRAßEN UND AUTOBAHNEN), DIE AUS PERSPEKTIVE DER RAUMENTWICKLUNG IN DER WOJEWODSCHAFT VON STRATEGISCHER BEDEUTUNG SIND.

Die wichtigsten Straßenkorridore [im Leistungs- und Grundnetz] wurde auf der Grundlage einer Analyse der straßengebundenen Verkehrsinfrastruktur ausgewiesen; diesem Netz zugeordnet wurden Landes- und Wojewodschaftsstraßen, die sowohl eine Anbindung der überörtlichen Zentren der Wojewodschaft an das Verkehrsnetz TEN-V als auch die verkehrliche Erreichbarkeit dieser einzelnen Zentren selbst und ihre Anbindung an die überregionalen und nationalen Verkehrsnetze sicherstellen sowie von den jeweils höchsten Verkehrsaufkommen gekennzeichnet sind. Mit Blick auf die verkehrliche Erreichbarkeit innerhalb des regionalen Straßenverkehrsnetzes berücksichtigen die im Verlauf der Wojewodschaftsstraßen ausgewiesenen Straßenkorridore sowohl die funktionalen und technischen als auch die diesbezüglich geplanten Voraussetzungen für eine Weiterleitung des jeweiligen Verkehrs oder seines Austausches zwischen den einzelnen Trägern der Straßenbaulast. Ein Teil dieser Wojewodschaftsstraßen verfügt noch nicht über die Ausbaustandards, die den Anforderungen an diese Straßenkategorie entsprechen. Im Rahmen der Ausweisung von Straßenkorridoren blieben somit einzelne Abschnitte von Wojewodschaftsstraßen unberücksichtigt, die nicht mindestens dem Ausbaustandard Z (*droga zbiorcza*; anbau- freie sowie angebaute Hauptverkehrsstraßen sowie Landstraßen) entsprechen, wie ebenso Straßen, die die funktional-technischen Voraussetzungen für eine Klassifizierung als Wojewodschaftsstraße nicht erfüllen. Hinsichtlich der vor allem die Wojewodschaftsstraßen betreffenden Ausbaustandards G und GP



(*główna* sowie *główna ruchu przyspieszonego*; Landstraßen) besteht die Notwendigkeit, die aus den Vorschriften resultierenden strengeren Bestimmungen für die anliegenden Gebiete umzusetzen.

Die Ausweisung der wichtigsten Straßenkorridore verfolgt die Zielsetzung, Verkehrswege zu bilden, die jeweils die beste Verbindung zwischen den größten Städten, den einzelnen Knotenpunkten des Landes- sowie Wojewodschaftsstraßennetzes und der Staatsgrenze darstellen. Die einem einzelnen Korridor hierbei zugeordneten Straßen sind jedoch nicht einheitlich hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit, ihres Güterverkehrsanteils sowie der jeweiligen geländebedingten und ebenso naturräumlich-landschaftlichen Besonderheiten bzw. Einschränkungen. Daher ist es wichtig, diese Straßen an optimale Voraussetzungen für ihre Nutzung sowie entsprechende Ausbaustandards anzupassen, um einen möglichst reibungslosen Verkehr entlang dieser Straßenkorridore gewährleisten zu können.

Tabelle 18. Perspektive 4.2. Abstimmung von Verkehrsmaßnahmen im Leistungs- und Grundnetz (Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen), die aus Perspektive der Raumentwicklung in der Wojewodschaft von strategischer Bedeutung sind

Perspektive 4.2. Abstimmung von Verkehrsmaßnahmen im Leistungs- und Grundnetz (Hauptverkehrsstraßen, Autobahnen), die aus Perspektive der Raumentwicklung in der Wojewodschaft von strategischer Bedeutung sind

**Festlegungen im Bereich der Raumordnungspolitik der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Niederschlesien:**

1. Berücksichtigung von Straßenkorridoren, die aus Perspektive der Raumentwicklung in der Wojewodschaft von strategischer Bedeutung sind, bei der Planung von Investitionsvorhaben.

**Empfehlungen an die Regierung der Republik Polen:**

1. Berücksichtigung von Straßenkorridoren, die aus Perspektive der Raumentwicklung in der Wojewodschaft von strategischer Bedeutung sind, bei der Planung von Investitionsvorhaben.

**Empfehlungen an die Gemeinden:**

1. Im Rahmen der ausgewiesenen Straßenkorridore und der ihnen zugeordneten Straßen sollten Reserveflächen vorgehalten werden, um die Ausbaustandards möglichst zu vereinheitlichen. Von besonderer Wichtigkeit ist hierbei, eine mögliche Anpassung der Ausbaustandards dieser Straßen an die normativen Vorgaben sicherzustellen, unter Berücksichtigung der jeweiligen tatsächlichen Geländebedingungen. Im Rahmen der Möglichkeiten sollte auf den Bau neuer Auffahrten sowie Kreuzungsbereiche zu Zufahrts- und Gemeindestraßen verzichtet werden. Die Anbindung an die bzw. die ggf. erforderliche Erschließung der jeweils anliegenden Gelände sollte unter Nutzung bereits bestehender Auffahrten, Kreuzungsbereiche sowie neuer Straßen mit einem Ausbaustandard erfolgen, der zumindest der Straßenkategorie Z (vor allem bezogen auf die Ausbaustandards G und GP [Landstraßen]) entspricht. Im Rahmen der ausgewiesenen Korridore sollten Geh- oder Geh- und Radwege entsprechend den Vorgaben der *Entwurfs- und Ausführungsstandards für die Radinfrastruktur der Wojewodschaft Niederschlesien\** errichtet werden.

1) Korridor Autobahn A4 – Verlauf: (Staatsgrenze) Zgorzelec – Bolesławiec – Krzyżowa – Legnica – Wrocław – Oława – Opole.	Bolesławiec, Chojnów, Domaniów, Gromadka, Kąty Wrocławskie, Kobierzyce, Kostomłoty, Krotoszyce, Stadt Legnica, Legnickie Pole, Mietków, Nowogrodziec, Oława, Osiecznica, Pieńsk, Udanin, Warta Bolesławiecka, Wądroże Wielkie, Wiązów, Stadt Wrocław, Zagrodno, Zgorzelec, Stadt Zgorzelec, Złotoryja, Żórawina
2) Korridor „Warschau“ Schnellverkehrsstraße S8 – Verlauf: A8 bis Kreuz Wrocław Południe [Süd] – Wrocław Psie Pole – weiter als S8 Oleśnica – Kępno – Sieradz.	Długołęka, Dobroszyce, Kąty Wrocławskie, Oleśnica, Stadt Oleśnica, Syców, Wisznia Mała, Stadt Wrocław
3) Korridor „Berlin“ Autobahn A18 – Verlauf: Kreuz A18 Krzyżowa – Golnice – weiter als DK18 Żary – Olszyna (Staatsgrenze).	Bolesławiec, Osiecznica
4) Korridor „Poznań-Hradec Králové“ – Verlauf: S5 Rawicz – Trzebnica – Wrocław Północ [Nord] – weiter als DK5 Wrocław Południe [Süd] – weiter als S8 Magnice – weiter als DK8 Łagiewniki – Ząbkowice Śląskie, Kłodzko – Kudowa-Zdrój (Staatsgrenze).	Bardo, Ciepłowody, Stadt Duszniki-Zdrój, Jordanów Śląski, Kąty Wrocławskie, Kłodzko, Stadt Kłodzko, Kobierzyce, Stadt Kudowa-Zdrój, Lewin Kłodzki, Łagiewniki, Niemcza, Stadt Polanica-Zdrój, Prusice, Szczytna, Trzebnica, Wisznia Mała, Stadt Wrocław, Ząbkowice Śląskie, Żmigród
5) Korridor „Prag“ – Verlauf: S3 Nowa Sól – Polkowi-	Bolków, Czarny Bór, Dobromierz, Gaworzyce, Stadt

Perspektive 4.2. Abstimmung von Verkehrsmaßnahmen im Leistungs- und Grundnetz (Hauptverkehrsstraßen, Autobahnen), die aus Perspektive der Raumentwicklung in der Wojewodschaft von strategischer Bedeutung sind

ce – Lubin – Legnica – Jawor – Bolków – Kamienna Góra – Lubawka (Staatsgrenze).	Jawor, Jerzmanowa, Kamienna Góra, Stadt Kamienna Góra, Krotoszyce, Stadt Legnica, Lubawka, Lubin, Stadt Lubin, Męcinka, Miłkowice, Mściwojów, Paszowice, Polkowice, Radwanice, Stare Bogaczowice
6) Korridor (A4-Ausweichroute) – Verlauf: DK94 Zgorzelec – Bolesławiec – Legnica – Środa Śląska – Wrocław – Oława – Opole.	Bolesławiec, Stadt Bolesławiec, Chojnów, Stadt Chojnów, Kunice, Stadt Legnica, Malczyce, Miękinia, Miłkowice, Nowogrodziec, Oława, Stadt Oława, Pieńsk, Prochowice, Siechnice, Środa Śląska, Warta Bolesławiecka, Stadt Wrocław, Zgorzelec
7) Korridor (S3- Ausweichroute) –Verlauf: DK3 Nowa Sól – Polkowice – Lubin – Legnica – Jawor – Bolków – weiter als DK5 Kamienna Góra – Lubawka (Staatsgrenze).	Bolków, Gaworzyce, Stadt Jawor, Jerzmanowa, Kamienna Góra, Stadt Kamienna Góra, Stadt Legnica, Legnickie Pole, Lubawka, Lubin, Stadt Lubin, Marciśków, Męcinka, Miłkowice, Paszowice, Polkowice, Radwanice
8) Korridor (S5- Ausweichroute) – przebieg: DK5 Anschlussstelle Żmigród – Trzebnica – Wrocław.	Prusice, Trzebnica, Wisznia Mała, Stadt Wrocław, Żmigród
9) Korridor „Wałbrzych” – Verlauf: DK35 Kreuz Bielany Wrocławskie – Świdnica – Świebodzice – Wałbrzych.	Kąty Wrocławskie, Kobierzyce, Marcinowice, Mietków, Sobótka, Świdnica, Stadt Świdnica, Stadt Świebodzice, Stadt Wałbrzych
10) Korridor „Jarociń” – Verlauf: DK15 Trzebnica – Milicz – Krotoszyn.	Cieszków, Krośnice, Milicz, Trzebnica
11) Korridor „Nordsudeten” – Verlauf: DK30 Zgorzelec – Lubań – Jelenia Góra – weiter als DK3 Bolków – weiter als DK5 Dobromierz – weiter als DK34 Świebodzice – weiter als DK35 Świdnica – weiter als DW382 Dzierżoniów – Ząbkowice Śląskie – Kamieniec Ząbkowicki – Paczków.	Bolków, Dobromierz, Dzierżoniów, Stadt Dzierżoniów, Gryfów Śląski, Janowice Wielkie, Stadt Jelenia Góra, Jeżów Sudecki, Kamieniec Ząbkowicki, Lubań, Stadt Lubań, Lubomierz, Olszyna, Stadt Piława Górna, Siekierczyn, Stara Kamienica, Świdnica, Stadt Świdnica, Stadt Świebodzice, Ząbkowice Śląskie, Zgorzelec, Stadt Zgorzelec.
12) Korridor „Südsudeten” – Verlauf: DK30 Zgorzelec – Lubań – Jelenia Góra – weiter als DW367 Kowary – Kamienna Góra – Wałbrzych – weiter als DW381 Nowa Ruda – Kłodzko – weiter als DK46 Paczków.	Stadt Boguszów-Gorce, Czarny Bór, Głuszyca, Gryfów Śląski, Stadt Jedlina-Zdrój, Stadt Jelenia Góra, Jeżów Sudecki, Kamienna Góra, Stadt Kamienna Góra, Kłodzko, Stadt Kłodzko, Stadt Kowary, Lubań, Stadt Lubań, Lubomierz, Mysłakowice, Nowa Ruda, Stadt Nowa Ruda, Olszyna, Siekierczyn, Stara Kamienica, Stare Bogaczowice, Walim, Stadt Wałbrzych, Zgorzelec, Stadt Zgorzelec, Złoty Stok
13) Korridor „Ring Wrocław” – Verlauf: Błonie Kreuzungsbereich zur DK94 – Brzeg Dolny – (Ortsumgehung) – Miękinia (Ortsumgehung) – weiter als DW340 Oborniki Śląskie – Trzebnica – Oleśnica – weiter als DW451 Bierutów – weiter als DW396 Oława – Gaj Oławski – weiter als DW346 Kąty Wrocławskie – Środa Śląska	Bierutów, Borów, Brzeg Dolny, Dobroszyce, Domańów, Jelcz-Laskowice, Kąty Wrocławskie, Kobierzyce, Kostomłoty, Miękinia, Oborniki Śląskie, Oleśnica, Stadt Oleśnica, Oława, Stadt Oława, Środa Śląska, Trzebnica, Zawonia, Żórawina
14) Korridor „B-Ł-D” – Verlauf: Bielany Wrocławskie – Łany – Długołęka – Kreuz Wrocław Psie Pole.	Czernica, Długołęka, Kobierzyce, Siechnice, Stadt Wrocław
15) Korridor (ehem. Straße nach Oborniki) – Verlauf: DW342 Wrocław – Oborniki Śląskie	Oborniki Śląskie, Wisznia Mała, Stadt Wrocław
16) Korridor (ehem. Straße nach Olesnica) – Verlauf: DK98 Wrocław – Łącznik Długołęka – weiter als DW368 Oleśnica.	Długołęka, Oleśnica, Stadt Oleśnica, Stadt Wrocław
17) Korridor „Jelcz-Laskowice” – Verlauf: DW455 Wrocław – Jelcz-Laskowice – Oława.	Czernica, Jelcz-Laskowice, Oława, Stadt Oława, Stadt Wrocław
18) Korridor „Strzelin” – Verlauf: DW395 Wrocław – Strzelin.	Borów, Siechnice, Strzelin, Stadt Wrocław, Żórawina
19) Korridor „Dzierżoniów” – Verlauf: DW384 Łagiew-	Dzierżoniów, Stadt Dzierżoniów, Łagiewniki





Perspektive 4.2. Abstimmung von Verkehrsmaßnahmen im Leistungs- und Grundnetz (Hauptverkehrsstraßen, Autobahnen), die aus Perspektive der Raumentwicklung in der Wojewodschaft von strategischer Bedeutung sind

niki – Dzierżoniów.	
20) Korridor „Oława-Strzelin“ – Verlauf: DW346 Godzikowice – Gaj Oławski – weiter als DW396 Strzelin	Domaniów, Oława, Strzelin, Wiązów
21) Korridor „Sudetenvorland“ – Verlauf: DW382 Świdnica – Stanowice – weiter als DW374 Strzegom – Jawor – weiter als DW363 Złotoryja – weiter als DW364 Lwówek Śląski – Gryfów Śląski	Gryfów Śląski, Stadt Jawor, Jaworzyna Śląska, Lwówek Śląski, Męcinka, Mściwojów, Paszowice, Pielgrzymka, Strzegom, Świdnica, Stadt Świdnica, Złotoryja, Stadt Złotoryja
22) Korridor „Strzegom“ – Verlauf: DW347 Wrocław – Kąty Wrocławskie – weiter A4 Anschlussstelle Kostomłoty – weiter als DK5 Strzegom – Dobromierz.	Dobromierz, Kąty Wrocławskie, Kostomłoty, Strzegom, Stadt Wrocław, Żarów
23) Korridor „Sudeten-Verbindung“ – Verlauf: DW374 Stanowice – Świebodzie.	Strzegom, Stadt Świebodzie
24) Korridor „Złotoryja“ – Verlauf: DW364 Legnica – Złotoryja – dalej DW363 Bolesławiec.	Bolesławiec, Stadt Bolesławiec, Stadt Legnica, Krośnice, Warta Bolesławiecka, Zagrodno, Złotoryja, Stadt Złotoryja
25) Korridor „Alte 3“ – Verlauf: DK3 Szklarska Poręba – Jakuszyce (Staatsgrenze) – Jelenia Góra – weiter als DK30 Pasiernik – weiter als DW297 Lwówek Śląski – Bolesławiec – Nowa Sól.	Bolesławiec, Stadt Bolesławiec, Stadt Jelenia Góra, Lubomierz, Lwówek Śląski, Stadt Piechowice, Stara Kamienica, Stadt Szklarska Poręba
26) Korridor „Zittau“ – Verlauf: DW352 Zgorzelec – Bogatynia-Turoszów – weiter als DW354 Sieniawka – weiter als DW332 Zittau/Hradek nad Nisou.	Bogatynia, Zgorzelec, Stadt Zgorzelec
27) Korridor „Eisenbrücke“ – Verlauf: DK36 Prochowice – Lubin – weiter als DW323 Rudna – Góra – Leszno.	Góra, Jemielno, Lubin, Stadt Lubin, Prochowice, Rudna
28) Korridor „Głogów“ – przebieg: DW329 Anschlussstelle Kazimierzów – Głogów – weiter als DK12 Wschowa.	Głogów, Stadt Głogów, Jerzmanowa
29) Korridor „Lubiąż“ – Verlauf: DW338 Kawice – Wołów – Wińsko.	Prochowice, Wińsko, Wołów
30) Korridor – Verlauf: DW340 Bukowice – Wołów – Ścinawa.	Brzeg Dolny, Ścinawa, Wińsko, Wołów
31) Korridor – Verlauf: DK36 Lubin – Ścinawa – Rawicz.	Lubin, Stadt Lubin, Ścinawa, Wąsosz, Wińsko
32) Korridor (ehem. Straße nach Oleśnica) – Verlauf: DW368 Długotłęka – Anschlussstelle Oleśnica Zachód	Długotłęka, Oleśnica, Stadt Oleśnica
33) Korridor „Olomouc“ – Verlauf: DK33 Kłodzko – Bystrzyca Kłodzka – Boboszów (Staatsgrenze)	Bystrzyca Kłodzka, Kłodzko, Stadt Kłodzko, Międzyziesie
<b>Empfehlungen an benachbarte Wojewodschaften und Staaten: keine</b>	
<b>Verbindliche Vorgaben an die Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung von FNP: keine</b>	